

In diesem Heft

Editorial 3

Essay

REINHARD MOCEK
Potentiale linken Denkens in Deutschland-Ost.
Thesen zur Annäherung an ein schwieriges Problem 5

Sozialistische Bewegung

PETER VON OERTZEN
Tradition und Gegenwart in der
sozialistischen Bewegung 15

THEODOR BERGMANN
Jenseits von Stalinismus und Reformismus –
politische Bilanz und Perspektive der
sozialistischen Bewegung 19

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

INGO SCHMIDT
Standort, Weltmarkt und Rentier 30

ÁDÁM WIRTH
Ungarn und die NATO 43

WOLFRAM ADOLPHI
Wohin geht Europa im Osten?
Bericht und vier Tagebuchnotizen von
einer Ost-West-Antwortsuche in Montreuil 48

Dokumentierte Geschichte

ERNST THÄLMANN
Gefängnisbriefe (1939/40). Teil II 62

Konferenzen & Veranstaltungen

- HELMUT MEIER
Ostdeutsche Befindlichkeit fünf Jahre nach der
Herstellung der staatlichen Einheit 78
- GERD BEDSZENT
»Das warenförmige Subjekt
zwischen Krise und Aufhebung«.
Seminar der Krisis-Gruppe 84

Bücher & Zeitschriften

- Gerhardt Schürer:
Gewagt und verloren.
Eine deutsche Biografie,
Frankfurter Oder Editionen Frankfurt/Oder 1996
(HERBERT WOLF) 86
- Hermann Scheer:
Zurück zur Politik.
Die archimedische Wende gegen
den Zerfall der Demokratie,
Piper München 1995
(HORST DIETZEL) 91
- Peter Bender:
Die »Neue Ostpolitik« und ihre Folgen.
Vom Mauerbau bis zur Vereinigung
Deutscher Taschenbuch Verlag München,
3. überarbeitete und erweiterte Neuauflage 1995
Heinrich Potthoff:
Die »Koalition der Vernunft«.
Deutschlandpolitik in den 80er Jahren,
Deutscher Taschenbuch Verlag München 1995
(STEFAN BOLLINGER) 93
- Erwin Geschonnek:
Meine unruhigen Jahre. Lebenserinnerungen
(Hrsg. von Günter Agde),
Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin,
2. Erweiterte Auflage 1995
(MARION KUNZE) 95
- Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 96

Editorial

»Nur weil sie Bremsen haben, können Autos schneller fahren (als Pferdewagen)«, stellte einst metaphorisch ein weitsichtiger Analytiker des modernen Kapitalismus mit Bezug darauf fest, daß die Entfesselung kapitalistischer Rationalität ohne politisch-soziale Absicherung eine lebensgefährliche Veranstaltung ist.

Diese Einsicht des Joseph Alois Schumpeter ist im Konkurrenz-wahn der neuzeitlichen Weltmarktolympiaden des Kapitals inzwischen vollends der Verdrängung verfallen. Die Nationalstaaten gebärden sich wie geistlose Formel 1-Renner, die verzweifelt das Gaspedal ihrer überpowererten Boliden gegen das Bodenblech pressen, nur um wenigstens nicht zurückzufallen. Daß in diesem Konkurrenz-Klima das Leben aller extrem bedroht ist und die Natur des Planeten gänzlich verheizt zu werden droht, gilt längst als Rest-risiko der Weltwettbewerbsgesellschaft. – Jüngst ist nun (zum wiederholten Male) der Sozialstaat arg unter die Räder geraten. Sei's drum, dieses veraltete Modell mit seinen eingebauten Macken ist ohnehin marktwirtschaftlich nicht zu retten!

Ist schon die Möglichkeit der »Besser-Verdienenden«, sich aus der sozialen Solidargemeinschaft mit praller Brieftasche zu verabschieden, einigermaßen bedenklich, so treten die fatalen Konstruktionsfehler des Modells dort offen zutage, wo Profitwirtschaft und Sozialsystem unmittelbar aufeinander stoßen. Dann sollen nämlich die schlecht und schlechter verdienenden Beitragszahler dem Medizinisch-Industriellen-Komplex, den Pflegeheim-Unternehmern und der niedergelassenen Ärzteschaft wie selbstverständlich die Teilnahme an der Profitexplosion der letzten Jahre finanzieren. Während sich die realen Nettogewinne der Unternehmen – bezogen auf das eingesetzte Kapital – im letzten Jahrzehnt fast verdoppelt haben, haben die Reallöhne bestenfalls stagniert. Damit also auch im Sozialwesen die Profite anständig steigen können, reichen die Beitragssätze längst nicht mehr aus. Es bedarf vielmehr zusätzlicher Steuergeschenke durch den Staat. Leere in den Sozialkassen, stagnierende Masseneinkommen und steigende Beitragsansprüche signalisieren schließlich nichts weiter als den Bankrott des Systems – die gewohnten Verhältnisse werden schlicht unbezahlbar. Marktwirtschaftlich ist eben auf Dauer kein Sozialstaat zu machen.

Und dennoch, angesichts der gigantischen Steigerung der produktiven Kräfte, die das kapitalistische System fortwährend hervorbringt, bleibt nur der Schluß, daß die Menschen in dieser Gesellschaft zwar über ihre Verhältnisse, aber weit unter ihren

Möglichkeiten zu leben gezwungen sind. Für solche Situationen hat bereits ein scharfsinniger Kritiker des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts Bemerkenswertes festgestellt: »Um des erzielten Resultats nicht verlustig zu gehen, um die Früchte der Zivilisation nicht zu verlieren, sind die Menschen gezwungen, sobald die Art und Weise ihres Verkehrs ... den erworbenen Produktivkräften nicht mehr entspricht, alle ihre überkommenen Gesellschaftsformen zu ändern« (Karl Marx).

ARNDT HOPFMANN

REINHARD MOCEK

Potentiale linken Denkens in Deutschland-Ost.

Thesen zur Annäherung an ein schwieriges Problem

Erste These: Linkes Denken in den neuen Bundesländern ist weitgehend aus der marxistisch-leninistischen Denkwelt der DDR-Gesellschaftswissenschaften entstanden.

Daraus ergibt sich ein ganzes Bündel von Problemen, die längst nicht alle ausdiskutiert werden können. Und es entsteht gewiß gleich eine emotional gestimmte Front gegen diese These, wenn man die Schreckensgestalt des Null-acht-fünfzehn Marxismus-Leninismus vor Augen hat, die ja – gleichwohl in der Regel nicht in den gesellschaftswissenschaftlichen Fachinstitutionen vertreten – das weltanschaulich-politische Klima im Lande bestimmt hat. Aber durch alle Vulgarisierungen hindurch, die zum theoretischen Nulltarif feilgeboten wurden, hat sich an den Fachinstituten unbestritten eine seriöse marxistisch-leninistische Forschung entwickelt. Wesentliche Arbeitsfelder dieser Forschung wurden andernorts dargelegt; ich kann hier darauf verweisen¹.

Der gängige Marxismus-Leninismus allerdings wurde gegen theoretische Arbeit mobil gemacht, vor allem durch jene, die in ihm das bereits fertige Ganze, die allmächtige und »sieghafte« Theorie des Proletariats erblickten, die man schon deshalb nur mit höchstem Mißtrauen zur Weiterentwicklung in die Hände der ewig unzuverlässigen Intellektuellen delegieren konnte. Aber auch dieser wohlbehütete schier religiös gehandhabte Marxismus-Leninismus hatte durch alle Zeiten einen treuen Bezug zu traditionellen Werten. Wenn diese auch in der Regel schablonenhaft reduziert waren und gänzlich auf den historischen, gar theoretischen Kontext verzichteten, so standen doch Wortgebilde wie Völkerfreundschaft, Friedensliebe, Solidarität mit Notleidenden, Rechte der Arbeiterklasse, Befreiung aus Not und Elend, Brot für alle, bezahlbares Wohnen und Recht auf Arbeit und Bildung allenthalben in sämtlichen Texten. Man muß schon säuberlich scheiden zwischen den in diesem Vulgär-Marxismus-Leninismus enthaltenen theoretischen Vergewaltigungen des Marxismus auf der einen, den propagandistischen und durchaus öffentlichkeitswirksamen Losungen, mit denen er die Grundwerte in das öffentliche Bewußtsein transportierte, zum anderen. Von der kupierten Theorie erfuhren die wenigsten; und darunter litten diejenigen, die die ganze Sache gründlicher studiert hatten, in der Regel am meisten. Aber die Bevölkerung hatte eigentlich daran kaum ein Interesse; das bewegte keinen. Daß in Kindergarten, Schule und Jugendweihe aber die Ideale von Frieden, Freundschaft und Solidarität als die Grundverpflichtungen

Reinhard Mocek – Jg. 1936, Philosoph und Wissenschaftstheoretiker, Berlin; Veröffentlichungen u. a. Gesellschaftstheorien (1980), Neugier und Nutzen der Wissenschaftsgeschichte; Von der Möglichkeit einer »organischen Wende« in der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Utopie kreativ, Heft 47/48 (Sept./Okt.) 1994, S.74-86.

Beitrag anlässlich der Gesprächsrunde »Potentiale linken Denkens in Ost und West. Linke Intellektuelle in Ost und West – Zustand, Potenzen und Perspektiven« am 12. Dezember 1995 in der »Hellen Panke«, Berlin – stark gekürzt. Die folgenden Marginalien sind dem einleitenden, hier nicht dokumentierten Text entnommen.

dieses Staates unablässig vorgetragen wurden, hat – bei allem Überdruß am Schematismus und Ungeschick der Propagandisten – die große Masse der Menschen mit einem unreflektierten Gefühl des Glaubens an einen irgendwie guten Kern des ganzen Staatswesens erfüllt; gewiß, ganz und gar nicht betraf das diejenigen, die sich dieser Staat zum Feind machte, zu seinen inneren Feinden stempelte, verfolgte, demütigte und quälte. Es ist heute schwer, beide Seiten zu akzeptieren als gewesen, als Realgeschichte, als schlichtes Faktum. Aber gerade dieses Nachleben eines solchen Gefühls, gekoppelt eben mit jenen Werten, die man heutzutage mehr oder weniger vermißt und ersetzt sieht durch die rauhen Töne des neuen Alltags, erklärt jenen Sachverhalt, daß man sich linken Werten auch dann noch verbunden fühlte, als das werttragende Gebilde, der realsozialistische Staat mitsamt seiner Ideologie, längst zerbrochen war.

Nun müßte man aber – der Logik dieses Gedankenganges folgend – gerade im Vulgär-Marxismus-Leninismus die Quelle für linkes Denken in den neuen Bundesländern ansehen. Doch die Wirkung des geschilderten Sachverhaltes war zwieschlächtig. Zum einen resultierte eine Art Werterinnerung in breiten Kreisen der Bevölkerung, eben auch als Folge der allgemeinen Propaganda von der sozialistischen Wiege bis zur atheistischen Bahre. Und das waren traditionell linke Werte. Zum anderen blieb in den fachwissenschaftlichen Einrichtungen die Aufgabe einer reflexiven Bestimmung des Tragfähigen an den bisherigen marxistisch intendierten Arbeiten. erinnert sei, daß eine große Zahl der Evaluierungen, soweit die fachlich begründet waren, verhältnismäßig günstige Resultate erbracht haben. Es ist keineswegs so, daß die marxistische Theorie als forschungsmethodologische Basis in der überwiegenden Mehrzahl der gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen der DDR überall fluchtartig gemieden wurde. Gewiß ist der erste selbstkritische Schock tiefgreifend gewesen; ob er in einem produktiven Sinne folgenlos auch für die Tradierung der marxistischen Theorie in der Forschung geblieben ist, steht auf einem ganz anderen Blatt.

In diesem Zusammenhang ist die bereits gestellte Frage, ob die SED eine linke Partei gewesen ist, noch einmal aufzugreifen. Denn die Gesellschaftswissenschaftler haben in ihr ja eine nicht unbedeutende Rolle gespielt; und sie haben sich als linke Theoretiker nicht nur verstanden, sondern in dieser Denk- und Argumentationswelt auch höchst bewußt gelebt. Zieht man dieses Faktum heran, und rechnet das auch unter der »nichttheoretischen« Mitgliedschaft verbreitete akzeptierte linke Wertbewußtsein hinzu, dann war die SED-Mitgliedschaft fraglos links. Prüft man nun, wie sich in dieser Partei linke Wertvorstellungen entfalten konnten, welches innere emanzipatorische Verhalten, Sinnen und Trachten die allgewaltige Parteidisziplin aufkommen ließ, dann bleibt herzlich wenig übrig vom alten Bild der verschworenen Gemeinschaft derer, die für eine gerechte Welt der Freien und Gleichen kämpfte. Insofern hat der Stalinismus die ja bereits von Lenin formulierten Maßstäbe einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei bis zum Exzeß zugespitzt – und als eine solche disziplinierte und gegängel-

te Kampfmannschaft möchte man der SED das Prädikat »links« – als verschworene Gemeinschaft Gleichgesinnter und in dieser Partei Freier und Gleicher – nicht zuerkennen. Das gilt dann allerdings schon für die KPD, in etwa mit der Niederschlagung des Brandlerismus 1923 einsetzend, mit der Bolschewisierung 1925 ihren Höhepunkt findend.

Doch genug mit historischen Vergleichen. Man mag einwenden, daß man die Mittel mit dem Zweck nicht verwechseln darf. Das ist sicher richtig. Das naheliegende Argument lautet dann, daß zum Zweck der emanzipatorischen Gesellschaft Freier und Gleicher eben Mittel angewandt werden mußten, die eine gänzlich andere Struktur der menschlichen Beziehungen erforderten, wo Unterordnung und strengste Disziplin an der Tagesordnung waren, nicht aber der Demokratismus des unendlichen Dialogs. Doch auch hier gibt es Grenzen; und der Satz, daß eben nicht jedes Mittel durch das Ziel gerechtfertigt werden kann, zeigt seine Richtigkeit immer dann, wenn Menschenrechte, ja menschliches Leben als Manövriermasse für eben jene Zielwelt eingesetzt wird – und das wiederum von Leuten, die sich dann als die Auserwählten dünken, was ein ganz und gar antilinkes Motiv ist.

Doch nun zu Problemen, die sich viel direkter aus der ersten These ergeben, verglichen mit der soeben diskutierten Problematik, die gewiß eines der berühmten »weiten Felder« bildet.

Zunächst stößt man sich an dem Terminus »weitgehend«. Ist damit die aus der Anti-DDR-Politlandschaft im Herbst 1989 entstandene DDR-SPD gemeint, wird man mit Recht sofort stutzig, denn das historisch produktive, weil die morschen realsozialistischen Verhältnisse mit sprengende linke Denken kommt von daher, nicht aber aus der DDR-Gesellschaftswissenschaft mitsamt ihrem volksbreiten Werte-Background! Natürlich, das will ich keinesfalls bestreiten, hat sich in der Ost-SPD linkes Potential im politischen Leben der neuen Bundesländer organisiert. Doch das ist ja kein Problem und überall akzeptiert; kann mithin gar nicht Gegenstand einer Suche nach linken Potentialen sein, die sich nicht vordergründig zeigen oder – was in diesem Falle viel wichtiger ist – die nicht als solches anerkannt werden. Mir geht es darum, auf Potentiale aufmerksam zu machen, mit denen man gemeinhin nicht mehr rechnen will, die man ins Abseits gestellt sieht oder sehen möchte, die gleichwohl eine zunehmende Bedeutung für die politische Kultur in den neuen Bundesländern erlangen. Und das geschieht außerhalb der SPD in den neuen Ländern dort, wo sich die zum großen Teil abgewickelten Gesellschaftswissenschaftler oder marxistisch gebildeten Intellektuellen anderer Provenienz wieder stärker zu Worte melden. Das ist – jetzt auf die Gesellschaftswissenschaften bezogen – eine zahlenmäßig recht starke Gruppe; nach DDR-Statistik rund 8000 Personen, die allerdings schon zu DDR-Zeiten recht differenziert war. Marxistisch informiert waren alle, marxistisch propagandistisch aktiv waren längst nicht alle (nicht mehr als 20 Prozent, würde ich schätzen). Schwierig ist es, zu bestimmen, wieviele marxistisch schöpferisch tätig waren. Nimmt man die vielfältigen theoretischen Bemühungen zum Maßstab, den realen Sozialismus mit seinen vielen ökonomischen, politischen, ideolo-

Die meisten Orientierungsbegriffe des älteren politischen Denkens sind ins Schwimmen gekommen. Stark betroffen von solcher Bedeutungsverschiebung ist das alte Grundmuster »rechts-links«; man möchte auf seine weitere Verwendung fast schon verzichten, würde nicht mit stoischer Hartnäckigkeit auch weiterhin in diesen Begriffen politisiert, instrumentalisiert, definiert.

Erst unlängst hat Gregor Gysi linkes Denken mit sozialem Denken gleichgesetzt. Engagement für die Unterprivilegierten, Vernachlässigten, am Rande der Gesellschaft – der deutschen wie der Weltgesellschaft – Stehenden ist damit gleichbedeutend mit linkem Denken. Ich gestehe, daß mir eine solche Verortung viel zu unscharf ist; ja, sämtliche Grenzen zwischen dem, was man früher und heute unter rechten und linken politischen Kräften verstanden hat, auflöst. Sozial sind »Brot für die Welt« und »Misereor«, gar Greenpeace und alle Formen der Kinderhilfsverbände. Sozial ambitioniert sind maßgebliche Kreise in der CDU genauso wie die Unternehmerverbände in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs. Sozial dachten und handelten – konträr aufeinander bezogen – Bismarck und Lassalle. Natürlich zielt Gysi auf ein dauerhaftes, konzeptuelles soziales Engagement, wenn er »linkes« und »soziales« Denken gleichsetzt. Und damit scheiden gewiß etliche politische Parteien aus der Betrachtung aus. Nicht aber persönliche Haltungen, die quer durch alle politischen Lager

gischen und Alltagsproblemen einigermaßen in den Griff zu bekommen, dann ist der Anteil sehr hoch und Schriften zu diesem Gegenstandsbereich gibt es zu Tausenden. Zielt man auf die theoretische Innenwelt des Marxismus, ist der Anteil der DDR-Forschung schon wesentlich geringer. Doch das soll hier nicht weiter verfolgt werden – wichtig ist eine solche Betrachtung allein schon deshalb, weil gemeinhin der Eindruck zu dominieren scheint, als ob dieser DDR-Marxismus eine im propagandistischen Reproduzieren schließlich erstickte antiquierte Pseudowelt der Wissenschaft gewesen sei. Das ist mitnichten der Fall, weshalb diejenige Partei sich glücklich schätzen sollte, die zu dem kreativen Potential, das aus dieser Ecke kommt, ein offenes Verhältnis hat.

Gewisse Probleme ergeben sich aus dem hohen Abwicklungsgrad sowie dem Ruheständler-Anteil in dieser Gruppierung. Nach meinem Überblick gibt es noch keine verlässliche Statistik; auch ist das von Disziplin zu Disziplin recht unterschiedlich. Blickt man auf die Philosophie, die ja in diesem Konzert des Marxismus-Leninismus der DDR eine große Rolle gespielt hat, dann sind von den rund 150 habilitierten Philosophen zu DDR-Zeiten (von insgesamt etwa 800 direkt oder indirekt in den Einrichtungen des Hochschulwesens, der Akademie, der bewaffneten Kräfte sowie der Bildungsinstitutionen der SED und einiger Massenorganisationen tätigen Diplom-Philosophen) höchstens 15 noch in ihren alten Arbeitsstellen, davon etwa 8 als Professoren neuen Rechts. Das ist eine beispiellose Quote und eine – unter versuchter Wahrung allen Ernstes sei es gesagt – wahrhafte Kulturrevolution! Doch nicht darum geht es mir hier, sondern um die Tatsache, daß damit ein sehr großer Prozentsatz dieser in linken Traditionen stehenden Wissenschaftler außerhalb des wissenschaftlich-intellektuellen Lebensprozesses steht und kaum noch über wissenschaftliche Arbeit in die kommunikativ vermittelte Lebenswelt der Bundesrepublik einbezogen ist. Es blieb ihnen das politische Engagement; und da boten sich wahrlich nicht viele Parteien an. Von denen, die diese Chance aktiv nutzen, befindet sich ein großer Teil im Alter zwischen 45 und 70 Lebensjahren mit deutlichem Schwerpunkt knapp über die sechzig! Wissenschaftstheoretisch gesehen ist das nicht unproblematisch, menschlich gesehen natürlich ein Segen. Denn hinter diesem groben Rechenexempel verbergen sich Lebensschicksale oftmals dramatischer Art.

Zweite These: Das aus dieser gesellschaftswissenschaftlichen Quelle stammende linke Potential ist durch ein Generationsproblem förmlich gespalten.

Hier geht es nicht in erster Linie um das Austragen alter Spannungen, obwohl auch das eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Denn die theoretischen Bemühungen der aus dem Wissenschaftsprozess ausgeschlossenen älteren Generation bedürfen der Übersetzung durch die mittlere Generation, ihrer ehemaligen Schüler bzw. Untergebenen, die noch in ihren Positionen verblieben sind, in die scientific community. Das funktioniert natürlich überhaupt nicht, wenn subjektive Vorbehalte das Bild bestimmen und alte Rechnungen zu begleichen sind. Doch ganz abgesehen von dieser mensch-

lich-allzumenschlichen Seite der Sache liegt nach allen Erkenntnissen der neueren Wissenschaftsforschung das produktive Potential der Wissenschaft nun mal in der jüngeren und mittleren Generation. Das Problem einer effektiven linken marxistisch fundierten theoretischen Arbeit besteht einfach auch darin, diese Kluft zu überbrücken. Ich weiß, daß ich hier den Protest vieler Kollegen herausfordere. Gewiß hat jedes Wissenschaftsalter seinen produktiven Segen und niemand behauptet, daß ab dem sechzigsten Lebensjahr nur noch ein Wiederkäuer-Effekt eintritt. Nein, es geht um eine intakte Alterspyramide, also um die Möglichkeit eines Austauschs durch alle Wissenschaftsgenerationen hindurch. Und in dieser Pyramide liegt der Natur der Sache »Wissenschaft« nach das empirische Eingangstor bei der jüngeren Generation, die allein dadurch, daß sie sich zu qualifizieren hat, an den neuesten Daten des jeweiligen Gebietes dran und in diesen drin ist.

Mein Eindruck ist nun, daß sich zwar ein großer Teil der marxistischen Wissenschaftler der älteren Generation einer linken theoretischen Arbeit mit politischer Zielstellung wieder zugewandt hat, dies aber bei vielen Vertretern der mittleren Generation nicht der Fall zu sein scheint. Die Jüngeren haben sich teilweise auch anderen theoretisch-methodologischen Prämissen zugewandt, probieren andere, nichtmarxistische Ansätze aus, was ihnen fraglos neue fruchtbare theoretische Wege eröffnet. Inwieweit das in die Erneuerung der marxistischen Denkkultur hierzulande einfließen wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Dritte These: Die Verständigungsprobleme der Linken in West und Ost resultieren zum großen Teil aus der unterschiedlichen theoretischen wie politischen Abkunft, aus einem differenzierten Theorieverständnis sowie der unterschiedlichen Wertung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik.

Ich hatte vor nunmehr sechs Jahren, als wir uns im Vorstand der PDS das erste Mal zu der Frage aussprachen, wie unser Verhältnis zur westdeutschen Linken zu gestalten sei, mit Blick auf das gründliche und moderne theoretische Problembewußtsein der (weitgehend parteiunabhängigen, oft der DKP nahestehenden – darum, um diese »linke Klientel« ging es vor allem, nicht um Walter Jens und Jürgen Habermas) Linken drüben vor einer voreiligen Fusion gewarnt, weil wir damals theoretisch auf dem Nullpunkt angelangt waren und die Gefahr bestand, daß eigene theoretische Arbeit durch bloße Adaptation kompensiert wird. Mag sein, daß ich mich damals geirrt habe. Doch ich erinnere an die damalige Diskussion, weil es ganz spezifische Verständigungsprobleme zwischen den Linken in Ost und West gibt, denen man erst einmal auf die Spur kommen muß. Daraus sollte keineswegs ein Aufgeben der jeweiligen Spezifik resultieren – allein man sollte voneinander mehr wissen, um aufeinander auch zukommen zu können.

Ich möchte, in etwas verkürzter Form, einige solcher Unterschiede durch Gegenüberstellungen verdeutlichen, wobei ich unter den »Westlinken« die theoretisch produktiven Köpfe im wesentlichen außerhalb der etablierten Parteien bzw. in deren linken Spek-

tingenommen werden. Auch der Mieterbund, die Behindertenverbände, die Sozialarbeit für Obdachlose sind dauerhaft sozial engagiert – sind sie deshalb als linke Organisationen zu betrachten? Natürlich – soziales Engagement war ein absolut erstrangiges Anliegen der sozialistischen linken Tradition. Aber dieses Engagement resultierte aus einer theoretischen Verortung des Sozialen, war gekoppelt an eine Begriffsbestimmung, die Soziales keineswegs als pekuniäre Unterstützung der Armen, als Almosenleistung, Armenpflege und hospitalen Einsatz bestimmte, sondern als emanzipatives Leben auf der Basis einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Einrichtungen, die Armut und Unterprivilegierung von der Struktur der Gesellschaft her fortan unmöglich machen sollte.

Ich entscheide mich für eine sozialtheoretische Qualifikation des Begriffes »links« als politisches Markenzeichen und suche linkes Denken auch heute in der Tradition Marxens und seiner Vorläufer. Linkes Denken steht, diesem Ansatz entsprechend, auch gegenwärtig in ursächlicher Verbindung zu sozialistischem Denken. Also – linkes Denken heute ist irgendwie eingerahmt in die Begriffe bzw. Werte Solidar-gemeinschaft (Lorenz von Stein), Kampf für die Rechte der Lohnabhängigen gegen das Kapital (Marx) und Emanzipation in Freiheit und Demokratie (Rosa Luxemburg, Karl Kautsky). Damit ist dieser Begriff zugleich an einen Werterahmen gebunden. Links verträgt sich nicht mit Ungleichheit und antiemanzipativen Strukturen; rechts geht nicht mit Werten wie Gleichheit und Solidarität konform.

Die Westlinken argumentierten über Jahrzehnte hinweg aus der Negation bzw. durchgreifenden Kritik der bestehenden Gesellschaft heraus; die Ostlinken, die ich hier im Visier habe, waren bis weit in die achtziger Jahre durch Affirmation der bestehenden Verhältnisse geprägt, wenn ich von den wenigen Widerständlern, die es auch im Umkreis der marxistischen Wissenschaftler gab, absehe. Daraus ergaben sich durchaus fortwirkende Unterschiede. Die Westlinken verstanden und verstehen sich als Vordenker (von politischen Bewegungen, eventuell auch Parteien), die Ostlinken sind eher Rezeptionsdenker, d.h. versuchten in der Regel, anstehende Probleme mit Blick auf den Fortbestand der akzeptierten gesellschaftlichen Grundstruktur zu lösen. Daraus ergab sich bei den Westlinken eine ziemlich starke Spezifizierung persönlicher Standpunkte; jeder unterschied sich von jedem und theoretischer Konsens reichte oft nicht länger als von einer durchdebattierten Nacht zur anderen. Demgegenüber dominierte bei den Ostlinken Konsensdenken, also erstrebte Übereinstimmung der Standpunkte. Westlinke argumentierten in der Regel stark quellenorientiert, also von der Quelle zur Aufgabe, während die Ostlinken stärker aufgabenorientiert vorgingen, von der Aufgabe zur theoretischen Quelle vorstießen, wenn überhaupt. Daraus ergab sich ziemlich zwangsläufig, daß die Westlinke konzeptionell dachte, während die Ostlinke weitaus stärker durch pragmatische Aspekte bewegt wurde. Durch den Zusammenbruch der DDR waren wohl beide Seiten stark verunsichert, was jedoch bei der Westlinken keineswegs zum Verlassen marxistisch bzw. sozialistisch orientierter Standpunkte führte, während das im Osten zumindest vorübergehend ein Zug der Zeit zu sein schien.

Neben diesen eher methodologischen Differenzen gab es auch eine ganze Reihe theoretischer Kontroversen, um die aber bei entsprechenden Zusammenkünften oft genug ein großer Bogen geschlagen wurde. Das betrifft das kritische Verhältnis zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt bei den Westlinken, die fast uneingeschränkte Bejahung dieses Progresses bei den Ostlinken. In der theoretischen Analyse ging man bei den Westlinken viel stärker auf Übergänge und Alternativen ein, argumentierte prozeßkritisch, während im Osten das prozeßbegleitende, auf Determination und Regelmäßigkeit beruhende Denken bevorzugt war. Die Dialektik war also eher bei den Westlinken heimisch, der Materialismus bei den Ostlinken. Der Westlinke schließlich schaute weitaus stärker auf die Potentiale, aber auch Unsicherheiten, die aus der Kraft des subjektiven Faktors erwachsen, während für den Ostlinken aus diesem Faktor nicht mehr allzuviel an historischer Kreativität erwartet wurde.

Vierte These: Die grundlegenden theoretischen Brüche, die angesichts der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen mindestens seit den siebziger Jahren in der Welt vor der marxistischen Lehre gewissermaßen mahnend aufrissen, wurden von der DDR-Linken ratlos, problemverkleisternd, schließlich auch mehr oder weniger nihilistisch diskutiert.

Nach wie vor sind diese Schwachstellen in der theoretischen Arbeit

– ich spreche natürlich ganz und gar aus meiner Sicht heraus – nicht gebannt. Das betrifft vor allem das Eigentumsproblem als sozialphilosophische Grundfrage, an der ein ganzes Ensemble von Folgefragen hängt. Wenn es in sozial hochdimensionierten Größenordnungen kein greifbares Gemeineigentum gibt, dann reduziert sich die Eigentumsfrage auf die Drittelung von privatem, genossenschaftlichem und staatlich verwaltetem Eigentum, wobei je nach geltendem Konsens die im Bankkapital konzentrierten Finanzhoheiten das Spiel der Kräfte bestimmen. Man kann über das Genossenschaftswesen unter heutigen Bedingungen lang und breit diskutieren – es bleibt in seinem Einfluß auf die gesellschaftliche Ökonomie marginal und wird gesamtgesellschaftlich gesehen nie über den Kirchturmshorizont kommunaler Selbstbetätigung hinaus Bedeutung erlangen. Da das einzig ernstzunehmende und wirklich durchgearbeitete Konzept einer linken, sozialistischen Wirtschaftsreform auf sozialdemokratischer Basis jenseits des durchgeplanten Staatssozialismus – die Wirtschaftsdemokratie im Gefolge von Wissell, Naphtali bis zu Vilmar – angesichts der erklärten Frontstellung gegen die Marktwirtschaft gegenwärtig auch von seiner konzepttragenden Partei nicht mehr propagiert wird, bleibt eine Kernfrage für den Aufbau eines künftigen Sozialismus-Modells weitgehend unterbelichtet. Andere ebenfalls entscheidende theoretische Fragen, vor denen die DDR-Linke früh schon kapituliert hat, bestehen in der Neubestimmung der ökonomischen und sozialen Natur von gesellschaftlich nützlicher Arbeit. Auf geschichtsphilosophischem Terrain ist mit der Feststellung, daß die alte Lehre vom Klassenkampf nicht mehr gelte, längst nicht geklärt, wie sich die sozialen Konflikte, die die bislang gängigen Regelungen überschreiten, künftig darstellen werden. Militärische oder paramilitärische Maßnahmen gegen die auf Weltbasis zu erwartenden Umverteilungsbewegungen angesichts der geographisch höchst ungerecht sich auswirkenden ökologischen Krisenzeichen sind wohl bislang das letzte Wort des starken Staates militanter Industrienationen, aber gewiß kein befriedigendes Wort für den Linken. Über das historische Subjekt, aber auch über den Umfang dessen, was die Marxisten traditionell als den Überbau bezeichnet haben, ist momentan Stillschweigen eingekehrt. Mit neueren Beobachtungen zum Wandel in Wesen und Erscheinungsform politischer Parteien hat man sich wohl vertraut gemacht, allein man verschiebt Konsequenzen stets auf die Zeit nach der nächsten Wahl.

Demgegenüber sind ältere, ehrwürdige marxistische Theoriestücke, die wohl weniger soziologisch als philosophisch in die Welt der sozialen Gegebenheiten unserer Zeit hineinzuloten in der Lage wären, weitgehend vernachlässigt oder zu schmückenden Vokabeln hingerrichtet worden. Ich möchte nur die alte Trinität von Entfremdung, Emanzipation und Selbstverwirklichung nennen. Es hat den Anschein, als hätten sich die Linken geeinigt, die Emanzipation auf die bürgerlichen Freiheiten zurückzudefinieren, Entfremdung mit Konsumzwang zu umschreiben und unter Selbstverwirklichung den Individualismus zu verstehen. Die analytische und zugleich entlarvende Kraft dieser drei Theoriestücke – natürlich muß man sie in ihrem theoretischen Kontext lesen, was ich hier nicht weiter

Man könnte sagen, daß die frühere absolute Priorität, die das soziale Engagement für die Linken hatte, heute durch ein soziales und ökologisches fortzuführen ist. Im Wertekatalog der sozialistischen Tradition erhält das ökologische Engagement zunehmend einen stärkeren Platz, und zwar aus einem dem linken sozialen Ziel letztlich unterstellten Grunde, weil eine ökologisch verdorbene Welt emanzipatives Denken selbst gegenstandslos macht.

Es gibt mindestens zwei große Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, wo diese Grundsätze festgeschrieben sind und in denen sich folglich linke Intellektuelle wiederfinden können. In beiden Parteien geschieht das unter ausdrücklichem, wenngleich mit etlichen zeitbedingten Wenn und Aber ausgestattetem Bezug auf Marx. Daß die Grünen sich nicht expressis verbis als Linke begreifen, wenngleich manche nahen Wurzeln und nicht wenige personelle Bezugspunkte in der linken Studentenbewegung ausgangs der sechziger Jahre zu finden sind, macht das Definitionsproblem natürlich nicht leichter. Mit einem Schuß theoretischer Nonchalance – dieser Partei durchaus so fremd nicht – mag man hier zu sagen, daß »links« in dieser Partei derjenige ist, der sich als Linker bezeichnet. Wenn die SED und all das, was aus ihr personell und theoretisch in die PDS hinübergeschwappt ist, problemlos als »links« betrachtet wird, dann ist verständlich, daß für nicht wenige Bürgerrechtler der DDR die Bezeichnung »links« als unzumutbar betrachtet wird.

ausführen kann – ist gar nicht zu überschätzen. Zu DDR-Zeiten jedoch hat man aus Gründen der theoretisch-politischen Selbstbeschränkung weitgehend darauf verzichtet, diese Begriffe alltagspraktisch zu verifizieren. Das Auseinanderklaffen von emanzipatorischen Leistungen des Realsozialismus (Recht auf Arbeit, bezahlbare Wohnungen und Kindereinrichtungen, Frauenförderung) mit der sozialpolitischen Realität gerade auch in dieser Frage (fortwirkende patriarchalische Strukturen, Abblocken eines Diskurses über frauenspezifische Entwicklungsfragen etc.) war zu abschreckend, als daß auf diesem Felde theoretische Lorbeeren zu holen waren. Und wer gar über Entfremdung im Sozialismus sprach, war des Revisionismusvorwurfs sicher. Der Verzicht auf diese theoretischen Mittel durch die Linken hat also eine gewisse Tradition – begründen kann man ihn heutzutage allerdings nicht mehr.

Fünfte These: Die Suche nach Rezeptions- und Anschlußmöglichkeiten zu anderen Gesellschaftstheorien bzw. zu Ereignissen der eigenen marxistischen Theoriegeschichte ist bei der DDR-Linken unbefriedigend, bleibt in der Regel bei der Problemstellung stehen bzw. stößt auf heftigen Widerstand. Hier aber liegt eine große Herausforderung für linkes Denken!

Natürlich gibt es keine Theorieadditionen, aber es gibt Assimilationen im theoretischen Bereich. Insofern ist diese Frage nach der Rezeption anderer theoretischer Ansätze durchaus nicht ungewöhnlich. Aus der eigenen Theoriegeschichte bietet sich die rückgreifende Prüfung des Konzepts des Solidargemeinschafts-Sozialismus sehr wohl an; also emanzipatorische Lebenskultur bei Fortbestehen von Privateigentum an Produktionsmitteln. Was schon denkerisch bewegt worden ist, kann uns allemal Anregungen geben. Viel Staub hat die Rezeption des zivilgesellschaftstheoretischen Ansatzes schon aufgewirbelt; viele können nicht ernsthaft glauben, daß Kapitalherrschaft auf einem politisch nicht mehr auffälligen Nebengleis des sozialen Lebensprozesses stattfindet, gewissermaßen heimlich; und trotzdem geht es allen gut. Natürlich sind vereinfachte Gegenargumentationen von Übel, aber die Übernahme von Schlagworten in Parteiprogramme nützt selbstredend auch überhaupt nichts. Schließlich wären die Theorien über einen neuen Gesellschaftsvertrag eingehender zu prüfen. Auch hier hat die schnelle Wortrezeption eher geschadet als genützt.

Auf die Suche bei anderen, mit der marxistischen Problemgeschichte nicht konformen Konzepten zu gehen lohnt allemal; allerdings ist hier, wenn dies in klassischer marxistischer Umgebung geäußert wird, recht schnell das Wort von der drohenden theoretischen Verwilderung reproduziert. Die subtilen Beobachtungen der Sozialisierungstheorien, der anthropologischen Theorien, der Werttheorien und der Kommunikationstheorien sowie ihre oft verblüffenden Erklärungen für das Ich, Gott und die Welt sollte man sich eingehend zu Gemüte führen. Die medienbeherrschte Erziehungsumwelt der heranwachsenden Jugend übt höchstwahrscheinlich eine viel größere Suggestivkraft aus, als es die mißlichen sozialen Lebensumstände der Proletarierjugend vor einhun-

Schwer erträglich ist der Hochmut der Linken, sich als die Auserwählten zu betrachten, die für das soziale Wohl und Wehe der Unterprivilegierten zu sorgen hätten. Das stimmt aus einem ganz einfachen, soziologisch aufweisbaren Grund nicht. Für die sozialistische Tradition war der Arbeitnehmer wie vordem der Proletarier aufgrund seiner Stellung im Produktionsprozeß und im System eines Ausbeutungsverhältnisses der Geknechtete, der Unterprivilegierte, der in sozialer Not Befindliche. Arbeiter zu sein hieß, arm zu sein. Heute ist derjenige, der Arbeit hat, weitgehend schon ein glücklicher Mensch, soweit er mit seinem Entgelt seine modernen elementaren Lebensbedürfnisse sichern kann. Der Unterprivilegierte ist der Ausgestoßene, für den sich Marx, man weiß es, nie sonderlich interessiert hat. Der Linke, in Marxscher Tradition, mußte sich also auf die Interes-

dert Jahren vermocht haben. Sollten wir diese neue virtuelle Welt wirklich als einen Nebeneffekt der Gesellschaft, über die wir in linker Tradition nachdenken, deuten wollen?

Zu dieser These müssen hier Andeutungen genügen, da man nun ziemlich alle Aspekte der marxistischen Gesellschaftstheorie Revue passieren lassen und andere moderne Theorieansätze aus den genannten vier Denkfeldern dagegen halten müßte. Das wäre was für ein Parteilehrjahr für den Parteivorstand der PDS.

Sechste These: Die Linken sollen sich keinen vermeintlichen Widerspruch von Theoriediskussion als visionäres Reden über das Übermorgen einerseits und Beteiligungspragmatismus auf der anderen Seite einreden lassen.

Man braucht Theorie für beides! Ich votiere aber für eine Theoriediskussion außerhalb der Tageszeitungen, soll hier heißen außerhalb des Neuen Deutschland. Wenn jeder theoretische Versuch – schon die bloße Tatsache ist begrüßenswert – von der halben Basis mit düsteren Quittungen über den nun zu erwartenden abstürzlerischen Weg der betreffenden Partei registriert wird, dann läuft diese Debatte einfach falsch. Andererseits ist mit Visionen allein natürlich keine Verantwortung zu übernehmen; jedoch ohne Vision, soll heißen theoretisch gestützte Aussage zum Übermorgen, ist der Beteiligungspragmatismus ein Taumeln von einer Parteitagskritik zur anderen. Aber selbst das Wort Vision sollte man mit Vorsicht gebrauchen. Das klingt immer so, als sei linke, sozialistische Politik heutzutage nur im halbtrunkenen Zustand wehmütigen Herzens und erinnerungsschwanger dem schwärmerisch dreinblickenden Kampfgenossen vorzutragen. Vision – wenn man in linker Politik an diesem Wort überhaupt ernsthaft festhalten will – ist antwortfähige Theorie über den nächsten Tag hinaus. Insofern sollte derjenige, der theoretisch schwach geworden ist, auch auf Visionen verzichten. Denn schöne Visionen anstatt einer argumentationsfrohen Theorie vorzuweisen, das ist nichts anderes als das nächtliche Pfeifen im Walde.

Siebente These: Der Marxismus – als für meine Begriffe auch heute noch wesentliches Rückgriffsfeld der Linken – ist im wissenschaftstheoretischen Sinne aufgebrochen. Das bietet erhöhte Chancen zur Theorieinnovation.

Dafür gibt es große historische Vorbilder. Der Darwinismus ist bislang aus jeder seine Grundfesten erschütternden Krise belehrt und bereichert hervorgegangen. Aber das ist kein Garantieschein. Dieses Aufgebrochensein kann auch der Anfang vom Ende sein. Die Situation ist offen, beides ist möglich. Und woher sollte der Druck, an diesem Theoriesystem weiter zu bauen, auch kommen, wenn nicht aus der linken Tradition? Dazu ist es also nötig, daß ein Klima herrscht, das nicht im unbegrenzten Pessimismus alle Jünger verjagt, sondern kreative junge Leute anheizt, diese Thematik immer und immer wieder anzudenken. Keine Altersreflexionen allein, so wichtig diese sind. Aber sie verführen zum bloßen Fortschreiben und lassen kaum durchgreifende Neuansätze zu. Dafür aber muß der gestandene Marxist den Newcomer interessieren

sen der in Lohn und Brot stehenden Arbeitnehmer konzentrieren.

Das kann man natürlich heutzutage ernsthaft nicht mehr fordern. Damit erhebt sich aber das Anliegen linken Denkens und linker Politik über den früheren Rahmen weit hinaus. Wie Marx in der Arbeiterfrage nicht nur die Hebung des Lebensniveaus aller auf ein menschliches Maß verstanden hat, sondern davon schlicht das Überleben der industrialisierten Gesellschaften abhängig machte, so ist auch heute für den Linken das Schicksal dieser Welt der Dreh- und Angelpunkt seiner Aktivitäten. Aber nicht nur für ihn! Es ist ein verkehrter Anspruch, daß von der linken, also in sozialistischer Tradition stehenden politischen Haltung heutzutage allein die nötige Moral und politische Schubkraft zu erwarten sei, um die Weltprobleme zu lösen. Und es gibt da einen übergeordneten Begriff, auf den sich, historisch gesehen, ja auch die sozialistische Tradition erhebt, der aber zugleich Bezugspunkt für nichtsozialistische, bürgerliche humanistische Haltungen ist. Ich meine den aufgeklärten Humanismus in der Linie von Kant über die amerikanische Unabhängigkeitserklärung zu den Menschenrechtsdeklarationen der Neuzeit. Der sich diesen Idealen verpflichtet fühlende politisch denkende und handelnde Mensch ist weder automatisch noch vom Bekenntnis her ein Linker, es sei denn, er hat den Weg dieses Humanismus dann auch für sich selbst in die Linie Marx, Bebel, Luxemburg und Kautsky umgegossen. Aber der bürgerliche Humanismus unseres Jahrhunderts, repräsentiert

durch Namen wie Thomas Mann, Hans Driesch, Emil Fuchs und viele andere, ist in diesem Sinne keineswegs »links«. Linke geistige Orientierung ist also aus gutem Grunde nicht als Denkvorschrift in den beiden linken Parteien hierzulande festgeschrieben!

können. Und, fast als Wiederholung wie bei der tibetanischen Gebetstrommel, Theoriediskussion gehört nicht in die Basisversammlung und auf Parteitage. Theoriediskussion ist ein hochwissenschaftliches Anliegen, ist Sache der linken Intellektuellen und der seriösen Wissenschaft. Aber auch umgekehrt gibt es sachzwanghafte Prioritäten. Der theoriegewaltige Intellektuelle sollte eben nicht versuchen, auf Parteitag durch geschicktes Ausspielen seiner Redegewandtheit, durch das Vorzeigen von Begriffen wie Folterinstrumente Funktionen zu erstürmen.

1. Vergleiche dazu Reinhard Mocek: Vom »mutigen Bade in der Politik«. Anmerkungen zu den Wissenschaften von der Gesellschaft in der DDR, in: UTOPIE kreativ, 1991, H. 14, S. 37-42, und 1991, H. 15, S. 15-19.

PETER VON OERTZEN

Tradition und Gegenwart in der sozialistischen Bewegung

Wenn wir uns erinnern und wenn wir uns dabei des Inhalts unserer Erinnerungen ganz gewiß sind, dann sagen wir: Dies oder jenes sei uns (noch) gegenwärtig. Oder wir sagen: Wir vergegenwärtigen uns den Gegenstand unserer Erinnerungen, wir vergegenwärtigen uns jene zeitlich zurückliegenden Zustände oder Ereignisse, deren wir uns erinnern.

Das heißt, das Vergangene, das wir erlebt oder erfahren haben – unmittelbar persönlich oder als »Zeitgenossen« – und dessen wir uns erinnern, ist nicht nur bloße Vergangenheit, es ist – wenn erinnert – auch gegenwärtig, es ist Gegenwart.

Das hat wohl etwas mit dem besonderen zeit-losen Charakter des »Ich« zu tun. Ich bin (dieser bestimmte Mensch ist) zwar empirisch nicht mehr derselbe wie vor fünfzig Jahren; aber mein »Ich« ist dennoch dasselbe »Ich« wie damals. Oder anders ausgedrückt: Ich bin mit mir identisch, ich bin (noch) derselbe. Für unsere Fragestellung bedeutet das: Die selbst (mit-)erlebte Vergangenheit oder Geschichte hat für mich eine andere Qualität als die vorangegangene Geschichte, die ich selbst nicht miterlebt habe.

Dieser Umstand hat Folgen für unser Geschichtsbild und damit auch für unser Verständnis von Tradition. (Dies gilt natürlich nur für denjenigen, der reflektiert und auf Grund empirisch begründeter tatsächlicher Geschichtskennntnisse mit der Vergangenheit umgeht.) Diese Folgen stellen sich so dar: Der Geschichtsprozeß vor meiner (unserer) eigenen Zeit erscheint als eine mehr oder weniger kontinuierlich fortlaufende Entwicklung, als ein Prozeß permanenter Veränderung. Es ist ein Prozeß, der sich über lange Zeit erstreckt und der von uns sehr weit entfernt zu sein scheint – geschichtliche Vergangenheit eben.

Das ändert sich, wenn »Ich« selbst den geschichtlichen Prozeß erlebe. Dann tritt jener Effekt ein, den Marx im »Elend der Philosophie« charakterisiert hat: Der Bourgeois denke, »es hat eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr«. Die bürgerliche Gesellschaft – und mit ihr der Bourgeois – sind zwar geschichtlich geworden; aber von nun an gibt es keine qualitativen Veränderungen mehr: Die bürgerliche Gesellschaft ist geschichtslos und damit ewig. (Wer denkt dabei nicht an Fukuyamas »Ende der Geschichte«.)

Mir scheint freilich, dieses Phänomen gelte nicht nur für den Bourgeois. Jeder Mensch unterschätzt die Entwicklungsprozesse seiner Lebenszeit im Vergleich mit Länge (Dauer) und Qualität jener Entwicklungen, deren Zeitgenosse das »Ich« (noch) nicht

Peter von Oertzen – Jg. 1924, Prof. a.D. für Politikwissenschaft an der Universität Hannover; 1970-1974 Niedersächsischer Kultusminister; Veröffentlichungen u.a.: Die soziale Funktion des staatsrechtlichen Positivismus (1974); Betriebsräte in der Novemberrevolution (Neuausgabe 1976); Für einen neuen Reformismus (1984).

Dieser Beitrag wurde anlässlich des Ehrenkolloquiums zum 80. Geburtstag von Theodor Bergmann am 9. März 1996 in Berlin vorgetragen.

gewesen ist. Was vor meiner Geburt – der geistig-sozialen, nicht biologischen – geschehen ist, ist »Geschichte«; was »Ich« selbst erlebt habe, ist immer noch so etwas wie »Gegenwart«, es wird erinnert und dadurch »vergegenwärtigt«.

Ich verdeutliche das an einem Beispiel, dessen Problematik übrigens zu unserem heutigen Thema gehört: dem Leben und Wirken von Theodor Bergmann. Ich habe die gesamte Nachkriegszeit bewußt miterlebt, insbesondere die Geschichte der SPD, in die ich vor fünfzig Jahren eingetreten bin und an deren Leben ich fast immer aktiv und häufig an verantwortlicher Position teilgenommen habe. Wenn ich dieses halbe Jahrhundert von 1945 bis 1996 mit dem kaum längeren Halbjahrhundert von der Wiedergründung der SPD nach Ende des Sozialistengesetzes 1890 bis zur Wiedergründung nach Ende der Nazizeit vergleiche: Welche dramatischen Veränderungen haben sich in dieser Epoche 1890 bis 1945 vollzogen! Aufstieg der Sozialdemokratie zur Millionenpartei; Parteispaltung, Oktoberrevolution und Novemberrevolution; Untergang der Weimarer Republik; Entstehung und Untergang des faschistischen Regimes; nicht zu vergessen zwei Weltkriege mit ihren umwälzenden Folgen. Oder wir beschränken uns auf die ereignisreichen 28 Jahre von 1890 bis 1918/19: Wenn ich von heute aus 28 Jahre zurückgehe, bin ich bei der Studentenbewegung und der Begründung der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt; und wie nahe ist uns diese Periode noch.

Ich muß mich daher fragen: Weshalb sollten sich von 1945 bis 1996 weniger dramatische Veränderungen ergeben haben als von 1890 bis 1945 oder von 1968/89 bis heute weniger als von 1890 bis 1918/19? Trotzdem kann ich mich nicht gegen den Eindruck wehren, daß die selbst miterlebten Ereignisse mir immer noch so nahe sind, als wären sie erst gestern gewesen, und daß die Veränderungen in dieser meiner persönlichen »Gegenwart« mir relativ weniger bedeutend erscheinen, als Veränderungen im gleichen Zeitraum fünfzig oder hundert Jahre zuvor.

Wenn ich also meine Lebenszeit – die ja immer auch meine »Gegenwart« war und in gewissem Sinne immer noch ist – genauso als historischen Prozeß, d.h. als tiefgreifende radikale Veränderung begreifen will, als eine Veränderung, die ebenso radikal ist, wie die Veränderungen der »Geschichte« zuvor, dann erfordert das eine große bewußte geistige Anstrengung. Und es besteht die sehr naheliegende Versuchung, ihr auszuweichen – der Anstrengung, die erlebte Gegenwart als Geschichte, aber auch die Geschichte als damalige lebendige Gegenwart zu begreifen.

Da wir uns aber von der subjektiven Erfahrung, daß die vergangenen Jahrzehnte für uns doch auch und immer noch Gegenwart waren und sind, nicht so leicht freimachen können, besteht eine doppelte Gefahr: Entweder wir behandeln die – neuen – Probleme von 1996 mit den – alten – Erkenntnissen und Begriffen von 1945/46 und danach oder wir registrieren die dramatischen Veränderungen, die sich von 1945 bis 1996 genauso vollzogen haben, wie von 1890 bis 1945, und lassen unsere Überzeugungen von vor fünfzig Jahren als »überholt« fallen. Wir stehen also in doppelter Gefahr, entweder in Traditionalismus oder Dogmatismus zu

verharren oder uns einem kritiklosen Modernismus und damit Opportunismus zu überlassen.

Bei der Bewältigung dieses Dilemmas spielt lebendige Tradition eine wichtige Rolle. Tradition ist die vergegenwärtigte geschichtliche Erfahrung einer sozialen Gruppe oder Bewegung, sie ist so etwas wie ein kollektives Gedächtnis. Sie greift in doppelter Hinsicht über das individuelle Gedächtnis hinaus. Sie ist die Erinnerung vieler Menschen und befestigt sich durch den Austausch ihrer jeweiligen individuellen Erfahrung. Überdies wird diese Erinnerung in mündlichen Überlieferungen, in schriftlichen Zeugnissen und in Symbolen der unterschiedlichsten Art festgehalten. Und insofern reicht dieses kollektive Gedächtnis auch zeitlich gesehen über die Erinnerungen der einzelnen hinaus.

Ganz allgemein ist Zivilisation ohne ein solches kollektives Gedächtnis gar nicht möglich – Wissenschaft, Kunst Philosophie Religion leben überhaupt nur aus der Tradition und der Auseinandersetzung mit ihr. Und konkret kann keine Institution, Gruppe, Bewegung, Organisation ohne ein kollektives Gedächtnis, ohne die Vergegenwärtigung gemachter kollektiver Erfahrungen historisch existieren. Dies gilt insbesondere für die sozialistische Bewegung, die sich durch allen geschichtlichen Wandel hindurch immer wieder und immer noch mit dem historischen Phänomen des Kapitalismus auseinandersetzen muß.

Nur die Vergegenwärtigung früherer Erfahrungen und ihre bewußte Verarbeitung erlauben es einer sozialen Bewegung, mehr zu sein oder zu werden, als eine Ansammlung von Individuen, die sich von Tag zu Tag mehr oder weniger beliebig und daher niemals langfristig mit immer neuen Problemen auseinandersetzen.

Aber nicht nur für die längerfristigen Perspektiven und damit für die Wirksamkeit sozialer Gruppen oder Bewegungen ist eine lebendige Tradition unverzichtbar. Ohne sie ist auch Kontinuität und Erneuerung ihrer Anhänger und Mitgliedschaft nicht möglich. Nur die wenigsten Menschen schließen sich als isolierte einzelne auf Grund rein rationaler Überlegungen einer Gruppe oder Bewegung an und werden durch sie in ihr gehalten. Die meisten werden durch soziale Einflüsse und Erfahrungen dazu bewogen, die ihrerseits durch Tradition geprägt sind: der Familie, der Nachbarschaft, des sozialen Milieus. Und selbst wenn jemand wirklich als einzelner auf Grund rein individueller Erwägungen zu einer Gruppe stößt, dann »stellt er sich« – wie man sagt – »in eine Tradition«, d.h. er schließt sich einer vorhandenen Tradition an, die ihn ihrerseits prägt und ihn teilhaben läßt am kollektiven Gedächtnis der Gruppe. Geschieht das nicht – und in der sozialistischen und Arbeiterbewegung der Gegenwart geschieht das immer weniger –, dann ist das Verhältnis der einzelnen zu Gruppe oder Bewegung lose, ja beliebig, und nimmt leicht einen völlig opportunistischen, d.h. nur noch von wechselnden zufälligen Situationen abhängigen Charakter an. Natürlich existiert auch die entgegengesetzte Gefahr, daß die Traditionsbindung sich verfestigt und zum Selbstzweck erstarrt – wie sich an der sektenhaften Überresten alter sozialistischer Fraktionen oder Tendenzen beobachten läßt, die immer noch und immer wieder die Schlachten von vorgestern schlagen.

Aus diesen lose aneinandergereihten unsystematischen Überlegungen ergeben sich trotzdem einige konkrete Konsequenzen, und zwar ganz besonders für die Glieder der sozialistischen Bewegung, die schon einen langen Kampf gekämpft hat und weit über die Lebenszeit eines/r einzelnen hinausreichende Perspektiven verfolgt. Und eine spezifische politisch-ökonomische Denkrichtung, wie die marxistische, ist wie jede wissenschaftliche Disziplin oder Strömung ihrem Wesen nach auf die Bewahrung und Erneuerung von Tradition angewiesen, die die schon einmal gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse nicht in Vergessenheit geraten läßt.

Es gilt, die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich zu unseren Lebzeiten vollzogen haben und vor unseren Augen vollziehen, zur Kenntnis zu nehmen, aber dabei nicht zu übersehen, was sich hinter dem Schleier der rasch wechselnden Oberflächenerscheinungen eben nicht verändert hat, sondern gleichgeblieben ist.

Es gilt, die historische Erfahrung, die Erfahrungen vergangener Generationen, die in der Tradition aufbewahrt sind, sich bewußt zu halten und sie dennoch immer auf's neue kritisch zu überprüfen.

Es gilt, für neue Probleme neue Lösungen zu suchen, aber die ungelösten alten Probleme darüber nicht zu vergessen und die trotz aller Veränderungen gültig gebliebenen alten Erkenntnisse festzuhalten.

Wenn es in unserer Bewegung jemanden gibt, der – soweit das überhaupt einem einzelnen Menschen möglich ist – diesen Forderungen gerecht geworden ist, dann ist es Theodor Bergmann.

THEODOR BERGMANN

Jenseits von Stalinismus und Reformismus – politische Bilanz und Perspektive der sozialistischen Bewegung

Das kurze Jahrhundert der Extreme

Geboren 1916 in Berlin mitten im Ersten Weltkrieg, stehe ich mit 80 Jahren 1996 am Ende eines kurzen Jahrhunderts der Extreme. Geboren im Kaiserreich, großgeworden, Schule und Arbeiterbewegung erlebt in der Weimarer Republik, emigriert aus dem Dritten Reich am 7. März 1933, Rückkehr nach der Wanderung durch drei Emigrationsländer (das ehemalige Palästina 1933-1935, die Tschechoslowakei 1936-1938, Schweden 1938-1946), am 1. April 1946 in die britisch besetzte Zone, in Trizonesien (so sang man damals im Kölner Karneval), dann in Nordwürttemberg, dann in Württemberg-Baden, dann in Baden-Württemberg, einem Bundesland der BRD, schließlich im größeren (noch nicht Groß-) Deutschland. Diese vielen Stationen lassen uns nachdenken über die technische und ökonomische Vitalität des deutschen Kapitalismus, zugleich aber auch über seine historische Unbelehrbarkeit.

Von den Zäsuren in der Arbeiterbewegung nenne ich die allerwichtigsten:

1914 Erster Weltkrieg, Übergang der Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiführung ins Lager ihrer imperialistischen Bourgeoisie, damit tiefe und andauernde Spaltung der Arbeiterbewegung.

1917 Sieg der Bolschewiki in Rußland.

1918/19 Niederlage der Revolutionsversuche in Deutschland und Ungarn.

1924 Lenins Tod, Beginn der »Bolschewisierung« der Kominternparteien – Thalheimer sieht einen »Scherbenhaufen« voraus.

1933 Kampflöse Kapitulation fast der gesamten deutschen Arbeiterbewegung – Hitler erklärt seinen endgültigen Sieg über Marxismus, Bolschewismus und Weltjudentum und verkündet das Dritte Reich.

1936 Beginn des spanischen Bürgerkriegs, der 1939 mit einer Niederlage endet.

1936-1938 In den Moskauer Prozessen vernichtet Stalin die alte Garde der Bolschewiki und die Führung der Roten Armee.

1938 Münchener Abkommen der westlichen »Demokratien« mit den faschistischen Achsenmächten Deutschland und Italien.

1939 im August antwortet Stalin mit einem Pakt ewiger Freundschaft mit Hitlerdeutschland, das am 1. September den Zweiten Weltkrieg und am 22. Juni 1941 den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion beginnt.

1943 läßt Stalin die Komintern auflösen.

Theodor Bergmann – Jg. 1916, Stuttgart. Politisch geprägt durch die KPD-O; 1933 Emigration, Landarbeiter im ehemaligen Palästina, der CSR, Schweden; Anfang 1946 Rückkehr nach Westdeutschland; Zusammen mit Heinrich Brandler und Waldemar Bolze Herausgeber der »Arbeiterpolitik« bis 1952; 1973-1981 Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität Stuttgart-Hohenheim. Umfangreiche publizistische Tätigkeit zur Geschichte der Arbeiterbewegung; u. a. 1987 »Gegen den Strom« – die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition).

Der Beitrag entstand anlässlich des Ehrenkolloquiums für den Autor am 9. März 1996 in Berlin.

1945 am 8. Mai kapituliert Hitlerdeutschland.

1948 wird die erste Häresie einer kommunistischen Regierung gegen die Stalinsche SU-Führung offenbar und Jugoslawien in den Bann getan.

1949 siegen die chinesischen Kommunisten, 1959 Castros Anhänger in Kuba.

1956, drei Jahre nach Stalins Tod, enthüllt Chruschtschow die wichtigsten Verbrechen der Stalin-Führung.

1968 wird der Prager Frühling, der Reformversuch der tschechoslowakischen Kommunisten, von fünf brüderlichen Armeen niedergewalzt.

1985 beginnt Michail Gorbatschow den Versuch der Reform in der UdSSR.

1989 wird der real existierende Sozialismus ohne Widerstand in Osteuropa liquidiert, der Kapitalismus wieder eingeführt.

1990 lösen Jelzin und Krawtschuk Nasarbajew und Schuschkewitsch die UdSSR auf, in einigen GUS-Ländern wird die Kommunistische Partei von ehemaligen ZK-Mitgliedern verboten.

Vermutlich hat es noch in keinem Jahrhundert der Menschheitsgeschichte eine solche Dichte schwerwiegender Ereignisse, eine derartige Häufung von Katastrophen gegeben, wie in diesem unseren Jahrhundert. Siege, Niederlagen, Katastrophen der Arbeiterbewegung – dem entsprachen die Stimmungslagen der Sozialisten: Euphorie, Siegeszuversicht, Hoffnung auf die Weltrevolution – Niedergeschlagenheit, Depression, Verzweiflung, Lähmung, Hoffnungslosigkeit. Die stalinistischen Erklärungen und »Analysen« hatten vom ständigen, gesetzmäßigen Wachsen des sozialistischen Friedenslagers gesprochen, das nur durch die wenigen Abweichler gefährdet wäre, die daher in kurzem Prozeß liquidiert wurden. Auf und Ab – das ist Bewegung und Geschichte, der ständige Kampf der Ausgebeuteten um eine bessere Gesellschaft. Gesellschaftliche Gesetze sind keine Naturgesetze, sondern resultieren aus Klassenkämpfen, setzen sich durch im Kampf der in Klassen gespaltenen Menschen gleicher Interessenlage, die sich in der Arbeiterbewegung organisieren. Für den Sieg der Revolution genügt nicht die »Reife der objektiven Verhältnisse«, die vermeintliche Ausweglosigkeit des Kapitalismus. Dazu gehört als subjektive Voraussetzung die Bereitschaft der Ausgebeuteten, die Verhältnisse radikal zu verändern, die Erkenntnis eines erfolgversprechenden Weges zu einer besseren Gesellschaft. Die Gewinnung der Mehrheit der Werktätigen für den Kommunismus ist nach Rosa Luxemburg die entscheidende Voraussetzung einer siegreichen Revolution in hochentwickelten Industrieländern.

Die selbstbetrügerische Siegesgewißheit kommunistischer Regierungen, ihre deterministische Geschichtsbetrachtung beruhte auf Fehl- oder Überinterpretation von Tagesartikeln der Klassiker. Denn im 18. Brumaire sagt Karl Marx: »Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg...; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft ... Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbre-

chen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche ... schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht.« (MEW Bd. 8, S. 15)

Bilanz des Revisionismus von Bernstein bis Severing

Ohne Zweifel hat die internationale Arbeiterbewegung manche Erfolge erzielt, z.B. allgemeines Wahlrecht, Koalitionsfreiheit, Sozialversicherungssystem, Arbeitszeitverkürzung, erhöhtes Selbstbewußtsein der arbeitenden Menschen. Diese Errungenschaften sind aber wohl weniger dem reformistischen Verhandeln und der Integration in den kapitalistischen Staat zu verdanken, sondern eher dem Klassenkampf und der Furcht der Bourgeoisie vor der Revolution. In Zeiten ökonomischer Krisen und mangelnder Kampffähigkeit der Arbeitenden baut die kapitalistische Gesellschaft diese Errungenschaften offensiv ab. (Siehe die brutale Kapitloffensive nach dem Zusammenbruch der DDR 1989/90!)

Die Integration der SPD-Führung in den kapitalistischen Staat bedeutete 1914-1918 Unterstützung des Militarismus und des Krieges, 1918/19 Rettung der deutschen Bourgeoisie, Feindschaft gegen Sowjetrußland und gegen den Kommunismus. Am 20. Juli 1932 folgte die abgesprochene, widerstandslose Kapitulation vor dem Papen-Staatsstreich, 1933 die widerstandslose Kapitulation vor dem Hitler-Staatsstreich. Der Verzicht auf das sozialistische Endziel, auf den revolutionären Kampf, die Arbeitsgemeinschaftspolitik, das »friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus« führte zur Wehrlosigkeit der deutschen Werktätigen, zur Profillosigkeit der SPD. Bewegung ohne Ziel muß ziellos werden. Ein gewaltiger Unterschied besteht zwischen Eduard Bernstein, dem ersten theoretischen Revisionisten, und dem Kapitulant Karl Severing vom Juli 1932. Aber ist nicht die Kapitulation von 1932 die logische Konsequenz dieser besonderen Art von Revision des Marxismus?

Kontrafaktisch kann man fragen, ob vielleicht die Stalinsche Deformation des Kommunismus in der Sowjetunion zu vermeiden gewesen wäre, wenn eine deutsche Revolution die weltpolitische Isolierung der Sowjetunion durchbrochen hätte. Kann man also die deutsche Sozialdemokratie von aller historischen Mitschuld freisprechen?

Natürlich ist die politische Bilanz der SPD nicht typisch für alle Parteien der Zweiten Internationale. Zwar war die SPD lange Zeit in der Internationale führend. Aber die Parteien zum Beispiel in Österreich, Norwegen, Schweden boten ein anderes Bild der kämpferischen Vertretung der proletarischen Klasseninteressen.

Bilanz der Kommunisten

Trotz des Siegesgeschreis der bürgerlichen Medien sind einige historische Leistungen der Oktoberrevolution und des sich auf ihr gründenden ersten sozialistischen Großversuchs in der Menschheitsgeschichte zu nennen:

Bereits 1928 erläuterte die KPD-O Formen und Methoden des Kampfes gegen den Reformismus:

»Wir müssen aber klar darüber sein, daß die Vernichtung der Sozialdemokratie etwas anderes bedeutet als z. B. die Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparates... Die Vernichtung der Sozialdemokratie bedeutet vor allem die Vernichtung des sozialdemokratischen Einflusses unter den Arbeitermassen. Es handelt sich darum, die sozialdemokratischen Arbeiter von der Richtigkeit der kommunistischen Argumente zu überzeugen. Eine Verschärfung des Kampfes gegen den Reformismus bedeutet eine Verschärfung der Überzeugungskraft unserer Politik. Eine Politik aber, ... die uns von den sozialdemokratischen Arbeitern isoliert, ist keine Verschärfung des Kampfes gegen den Reformismus, sondern stärkt objektiv die Position der sozialdemokratischen Instanzen.« Aus einer Stellungnahme zum VI. Weltkongreß, in: »Gegen den Strom«, Heft 2 vom 24.11.1928, S.4.

Beendigung der zaristischen Gwalt Herrschaft,
 Beendigung des Zweiten Weltkriegs,
 Bauernbefreiung und Agrarreform, Alphabetisierung einer analphabetischen Bevölkerung,
 Industrialisierung eines Agrarlandes,
 Hauptbeitrag zum Sieg über den deutschen Faschismus im Zweiten Weltkrieg.

Besonders letzteres will das deutsche Bürgertum dem Vergessen anheimgeben. Analoges ließe sich über die Revolutionen in Jugoslawien, China und Kuba sagen.

Den positiven Leistungen stehen wesentliche negative Ergebnisse gegenüber:

Abbau der Räte-(Sowjet-)Demokratie,
 Vernichtung der innerparteilichen Debatte und Demokratie,
 Entmachtung der Gewerkschaften, Zerstörung der sozialen Gegengewichte gegen den Staatsapparat und die Planungsbürokratie,
 Bürokratisierung und Überzentralisierung,
 Vernichtung des undogmatischen Marxismus,
 Innenpolitischer und innerparteilicher Terror (»Begründung«: Verschärfung des Klassenkampfes nach dem Sieg des Sozialismus!),
 Undemokratische, überzentralisierte Planung,
 Überhastete, einseitige Industrialisierung,
 Zwangskollektivierung,

»Bolschewisierung« der außerrussischen kommunistischen Parteien.

Von den tieferen Struktur mängeln der UdSSR, die als Ursache des Niedergangs schließlich zur Selbstzerstörung führten, kann ein außenstehender Beobachter folgende nennen:

Erstens: Die monolithische Struktur der Wirtschaft. Staatseigentum wurde als höchste Form des Eigentums an Produktionsmitteln angesehen und daher alle anderen Eigentumsformen möglichst zu 100 Prozent beseitigt. Damit wurde entgegen den Warnungen Bucharins und anderer die Bürokratie vermehrt und der Zwang für die staatlichen, – nun Monopol-Unternehmen aufgehoben, sich im Wettbewerb als besser zu erweisen.

Zweitens: In der gesellschaftlichen Struktur, den Institutionen, fehlten die Gegengewichte, unabhängige Gewerkschaften, andere (sozialistische) Parteien, die die Interessen der sozialen Schichten vertreten konnten. Offenbar existieren auch in einer Gesellschaft ohne Kapitalisten und ohne »antagonistische Klassen« verschiedene soziale Schichten mit unterschiedlichen, wenn auch nicht antagonistischen Interessen.

Drittens: Im Staat fehlten die Gewaltenteilung, die demokratischen Strukturen. (Damit ist nicht die bürgerliche Demokratie gemeint, sondern die von Rosa Luxemburg und Ernst Bloch.)

Viertens: Partei und Staat waren eng verflochten; ihre Aufgaben und Aktivitäten überschritten sich.

Fünftens: Infolge der Verflechtung mit dem Staat und des Abbaus der inneren Demokratie erstarrte die KP, wurde hierarchisch, die Macht überzentralisiert. Sie wurde für die Masse der Mitglieder und besonders für ihre Funktionäre zu einem Apparat, der Karrieren ermöglichte und Privilegien verteilte; sie war nicht mehr Vorbild und Vordenkerin der Gesellschaft.

»Sicherlich der schwerste Schlag gegen die kommunistische Bewegung waren die Moskauer Prozesse, die allerdings nur den öffentlichen Höhepunkt einer mehrjährigen Bartholomäusnacht bildeten. In drei öffentlichen und einem Geheimprozeß »gestanden« weltbekannte Bolschewiki, Kampfgenossen und Schüler Lenins, die absurdesten Verbrechen gegen den von ihnen entscheidend mitaufgebauten Sowjetstaat. Waren die Geständigen die Verbrecher, oder waren es Stalin und seine NKWD-Schergen ... Nachdem die KPD-O und ihre schwache internationale Organisation IVKO zuerst nur Zweifel an der Richtigkeit der Moskauer Darstellung geäußert hatten, folgte bald eine eindeutige Verurteilung der Stalinschen Politik und die Forderung, Stalin müsse im Interesse der Sowjetunion schnellstens abgesetzt werden. Für Kommunisten, die in der Sowjetunion bei aller Kritik am ultralinken Kurs einen Hauptfeiler des sich verwirklichenden Sozialismus sahen, war das eine schwierige Entscheidung, die nach intensiver Diskussion geführt wurde.«
 Theodor Bergmann: Eine kommunistische Alternative zum Stalinismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 14 (Oktober) 1991, S.74 ff.

Sechstens: Die KP erstarrte zu einer Gerontokratie. »Aus dem Krenl wurde man mit Blumen auf dem Sarg hinausgetragen und an der Kremmlauer beigesezt.«¹

Siebtens: Der Marxismus wurde zur Rechtfertigung der jeweiligen Generallinie instrumentalisiert; als legitimatorische Scheinwissenschaft verlor er alle Fähigkeiten zur kritischen sozialen Analyse und Prognose.

Achtens: Die vom Generalsekretär Stalin vorgezeichnete »Generallinie« durfte nicht diskutiert oder angezweifelt werden, auch wenn sie oftmals hin und her schwankte und zu schweren, vorauszu sehenden Niederlagen führte. Aber eine gute, strategisch richtige Generallinie entsteht nur, kann nur ausgearbeitet werden, wenn »rechte« und »linke« kommunistische Abweichler ihre Alternativen dargelegt haben und die Generallinie diesen Alternativen gegenübergestellt wurde. Ohne Abweichler keine richtige Generallinie!

Neuntens: Zu den Mängeln der wirtschaftlichen Strategie gehören: überhastete, einseitige Industrialisierung mit ständiger Priorität für die Schwerindustrie, die forcierte Kollektivierung ohne Großmaschinen, das Unverständnis für die Funktionen des Marktes auch in der Planwirtschaft, das Ignorieren der Bedürfnisse der Werktätigen, das Ignorieren der Wirkungen des Weltmarktes.

Die nicht regierenden kommunistischen Parteien

Der Widerstand gegen die »Bolschewisierung« der kommunistischen Parteien, die auf dem VI. Weltkongreß der Komintern beschlossen wurde, begann bereits damals in einigen außerrussischen Parteien. Das haben wir erst nach der Öffnung der Archive in Moskau und Ostberlin feststellen können. Von 1924 bis 1928 schwankte die Komintern mehrfach, suchte versöhnlerische Kompromißlösungen, setzte 1926 Funktionäre wieder ein, die 1924 abgesetzt oder ausgeschlossen worden waren. Die endgültige Entscheidung für den verschärften ultralinken Kurs in den westeuropäischen Parteien und die bedingungslose Unterordnung unter die Bedürfnisse der Stalin-Fraktion fiel auf dem Geheimgetreffen der Thälmann-Stalin-Fraktionen in Moskau im Februar 1928. Diese Entscheidung wurde auf dem VI. Weltkongreß nur noch akklamiert, nicht mehr wirklich diskutiert: Sozialdemokraten als Hauptfeinde, Sozialfaschismus-»Theorie«, Gründung roter Gewerkschaften, Spaltung aller Massenorganisationen, akut revolutionäre Situation.

In einem längeren Prozeß wurden der wachsende Apparat der Parteien und der Komintern in seiner Zusammensetzung verändert, von allen kritischen Elementen gesäubert und neue Arbeitsmethoden eingeführt. Aber die von der Stalin-Fraktion betriebene Unterwerfung wäre außerhalb des Machtbereichs der GPU nicht möglich gewesen ohne die Unterwürfigkeit vieler Funktionäre, die daher am unausweichlichen Niedergang und der schließlichen Selbstzerstörung mitschuldig sind.

Viele Genossinnen und Genossen aus der Gründergeneration der Komintern hielten aber auch aus Überzeugung und Tradition an Parteidisziplin und Solidarität mit dem ersten Arbeiterstaat fest, oh-

Die Sozialfaschismus-These war in jeder Hinsicht verhängnisvoll; sie vertiefte den Graben zu den reformistisch geführten Klassengenossen, festigte den Einfluß der reformistischen Führungen und führte zu ideologischen Annäherungen an die NSDAP, die wiederum kommunistische Anhänger verunsicherten und verwirrten, z. B. Teilnahme am faschistischen Volksentscheid gegen die SPD-geführte Preußen-Regierung.«
Theodor Bergmann: Eine kommunistische Alternative zum Stalinismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 14 (Oktober)1991, S.72.

ne zu bemerken, daß die ganze Partei, der sie diszipliniert folgten, inzwischen soziologisch und strukturell eine ganz andere geworden war und daß die Stalin-Fraktion ihren Internationalismus mißbrauchte für Fraktionsinteressen, die als die Interessen der Sowjetunion ausgegeben wurden. Erst in einem mühseligen, oft schmerzhaften Selbstverständigungsprozeß lösten sie sich von ihrer Partei und nahmen eine Position kritischer Solidarität ein.

Ich freue mich, daß es noch drei oder vier Länder gibt, in denen kommunistische Parteien die Staatsmacht behaupten und nach alternativen Entwicklungsmodellen suchen. Aber Solidarität ist nur echt, wenn sie auch ihre Kritik nicht verschweigt. Und es schadet der KP Chinas nicht, wenn wir am Militäreinsatz auf dem Tiananmen-Platz im Juni 1989, am militärischen Streit mit Indien 1962/63, mit der Sowjetunion 1968/69, mit Vietnam 1979/80 laut und deutlich Kritik üben – vom Standpunkt der sozialistischen Demokratie aus und des proletarischen Internationalismus. Unsere Begründungen und unsere Zielsetzungen unterscheiden sich dabei grundsätzlich von der kapitalistischen Kritik.

Endsieg des kapitalistischen Systems?

Nach der Selbstzerstörung des realsozialistischen Lagers in Osteuropa von Berlin bis Wladiwostok, der widerstandslosen Kapitulation der »führenden Parteien der Arbeiterklasse«, die diese Führungsrolle sogar in den Staatsverfassungen festgeschrieben hatten, und dem Überlaufen so mancher führender Funktionäre zum Kapitalismus befinden sich die Politiker der kapitalistischen Führungsmächte USA und BRD im Siegesrausch. Sie lassen sich von ihren Hofhistorikern bestätigen, daß die Menschheitsgeschichte abgeschlossen sei; der Wettkampf der Gesellschaftssysteme sei nun endgültig zugunsten des überlegenen Systems – des Kapitalismus, der »Marktwirtschaft« – entschieden.

Wie oft habe ich schon in meinem Leben vom deutschen Endsieg gehört, von der endgültigen Vernichtung der Menschheitsfeinde Marxismus, Bolschewismus usw.!

Die Sieger des Augenblicks sind von den Göttern mit Blindheit und Selbstzufriedenheit geschlagen. Sie fühlen sich frei von der lästigen Systemkonkurrenz in Europa und ergreifen auf allen Gebieten die Offensive. Dabei ignorieren sie auch den fortgesetzten Systemwettbewerb in Asien. Der Gesellschaftsvertrag mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften war für sie nur solange gültig, wie sie Gegenbeispiele fürchteten; er war realiter nur ein Waffenstillstand im Klassenkampf. Die Bourgeoisie hat den Fehdehandschuh aufgenommen, sehr zur Überraschung ihrer »Sozialpartner«, die ohne Kampfkonzeption sind, strategisch und taktisch wehrlos, untereinander rivalisierend, ohne die alte Solidarität. SPD- und Grünen-Führung übernehmen auf allen wichtigen Politikfeldern die Positionen und Argumente der Herrschenden. Ist es nicht die (fast logische) Folge des Bernsteinschen Revisionismus, daß Gerhard Schröder feststellt, es gebe heute keine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik? Damit es kein Mißverständnis gibt: er will auch keine; im Gegenteil will er mit den Kapitalisten und ihrer CDU/CSU »den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern«. Der Vorsitzende

des DGB, der größten, potentiell demokratischen Organisation der deutschen Werktätigen, will mit den Unternehmern zusammenrücken – und das zu einer Zeit, wo diese alle Errungenschaften der Gewerkschaften systematisch aushebeln.

Dabei hat der Kapitalismus nur begrenzt seine gesamtgesellschaftliche und makroökonomische Effizienz bewiesen. Die Mängelliste des Kapitalismus im Weltmaßstab brauche ich in diesem Kreis von Kapitalismuskritikern nicht im einzelnen nachzuweisen.

Die schärfste Kritik am kapitalistischen Gesellschaftssystem darf Sozialisten nicht wieder zu dem Irrglauben verleiten, der Kapitalismus sei in einer ausweglosen Sackgasse und zur baldigen Ablösung verurteilt. In der Geschichte gibt es weder einen Endsieg noch ein mehr oder weniger gesetzmäßiges oder automatisches Ende des Kapitalismus. Kapitalistische Auswege können sein: Sozialabbau, Kriege mit der dazu gehörigen Wertevernichtung, Faschismus, große Innovationen in der Produktion (die eine neue Kondratjewische Welle auslösen). Ein Sturz des Kapitalismus setzt – wie oben gesagt – außer den zu Krisen gesteigerten Widersprüchen des Kapitalismus als zweiten Faktor voraus, daß die Ausgebeuteten gewillt sind, die alte Ordnung durch eine neue, bessere zu ersetzen, daß die Mehrheit der Werktätigen von einer glaubhaften Alternative überzeugt (worden) ist.

In diesem Zusammenhang sind zwei Dinge abzulehnen. Mit den verschiedensten Begründungen wird den deutschen Werktätigen vorgeworfen, sie lebten zu gut auf Kosten der viel ärmeren Ausgebeuteten der Entwicklungsländer, über ihre Verhältnisse. Das ist sachlich falsch: Die Extraprofite aus der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte fallen nur den Kapitalisten zu. Ebenso falsch ist der »Ratschlag«, die Werktätigen in Europa müßten bescheidener leben, an ihrem Standard Abstriche vornehmen lassen zugunsten der Menschen in der Dritten Welt. Die große Verschwendung in den industrialisierten Ländern liegt in Rüstung, Militär, Rüstungsexport, Krieg und Lebensstil der herrschenden Klasse, nicht bei den Arbeitenden und gewiß nicht bei dem letzten Drittel der Zweidrittelgesellschaft.

Kapitalismus an der Jahrtausendwende

Der moderne Kapitalismus ist nicht mehr der gleiche wie zu Zeiten des »Kommunistischen Manifests«; aber er ist Kapitalismus geblieben. Produktions-, Verkehrs- und Kommunikationstechnologien haben sich verändert, ebenso die Methoden und Instrumente der Herrschaftsmittel Repression und Manipulation. Die neuen Technologien haben die nationalen Grenzen für die Kapitalisten und ihre Kapitalien aufgehoben, die Globalisierung der Ausbeutung beschleunigt. Umso wichtiger wird ein neuer Internationalismus, der sich auf die gemeinsamen Interessen der Arbeitenden in Industrie- und Entwicklungsländern gründet. Zugleich haben sich die parasitären Züge im Kapitalismus verstärkt. Er wird mehr und mehr zum Casino-Kapitalismus. Dank des ständigen Kampfes der organisierten Arbeiterbewegung und dank der Systemkonkurrenz konnten der Kapitalismus etwas humanisiert, die Herrschaftsformen demokratisiert werden. Aber die gegenwärtige Krise zeigt erneut, daß

»Eine sich erneuernde revolutionäre Bewegung, Gegengewicht und Alternative zu einem reformfeindlichen Kapitalismus, bedarf einer anderen Struktur, innerparteilicher Demokratie und einer an anderen Disziplin – nicht aus Gläubigkeit und Gehorsam, sondern aus offener Debatte und Überzeugung, einer anderen politischen Kultur: Solidarität, Toleranz, pluralistischer Marxismus.«

Ebenda, S.79.

die Wesensmerkmale und Triebkräfte des Kapitalismus bestehen geblieben sind. Arbeitsgemeinschaft, Sozialvertrag, Wirtschaftsdemokratie, Konsensus usw. haben den Klassenkampf von oben nicht beseitigt, auch wenn die Führungen von DGB, SPD und zeitweise KPD auf den Klassenkampf von unten verzichtet haben.

Veränderte Technologien und Arbeitsprozesse, die Erziehungsarbeit der sozialistischen Bewegung, der tägliche Klassenkampf haben die Arbeitenden und die Arbeiterklasse verändert. Die von Lohn, Gehalt und Rente Abhängigen bilden die große Mehrheit; zu ihr gehören Lehrer, Ingenieure, Computer-Spezialisten, Sozialarbeiter, viele Ärzte, auch viele neue Schein-Selbständige. Aber die abhängig Beschäftigten bilden keine einheitliche Masse mit völlig gleichen Tagesinteressen – sowenig wir vor 150 Jahren. Damals geschrieben Marx und Engels im Manifest.

»Auf dieser Stufe bilden die Arbeiter eine über das ganze Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse. Massenhafteres Zusammenhalten der Arbeiter ist noch nicht die Folge ihrer eigenen Vereinigung, sondern die Folge der Vereinigung der Bourgeoisie... Diese Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei, wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie ersteht immer wieder, stärker, fester, mächtiger.«

Ihre Lebensvorstellungen und -gewohnheiten sind individualisiert; ihr Klassenbewußtsein ist geschwächt – wie könnte es angesichts des Erscheinungsbildes der Arbeiterbewegung und ihrer Führungen anders sein! Weder der Reformismus noch der Kaserenhofsozialismus bieten glaubwürdige Alternativen zum real existierenden Kapitalismus.

Eckwerte einer sozialistischen Alternative

Die inneren Probleme der kapitalistischen Länder, die internationalen Konflikte der kapitalistischen Weltwirtschaft rufen gebieterisch nach alternativen Lösungsvorschlägen. Diese müssen länderspezifisch sein, die Ungleichzeitigkeit und Ungleichartigkeit der sozialistischen Bewegungen in der Welt voll berücksichtigen. Es wäre vermessen, wenn ich hier versuchen würde, ein neues Modell auch nur für ein sozialistisches Deutschland zu entwerfen. Aber einige mir wichtig erscheinende Eckwerte will ich benennen.

Erstens: Beseitigung der ökonomischen Macht der Kapitalisten und ihrer Konzernherren, die in politische Macht umgesetzt wird, durch Enteignung der Kommandohöhen der Wirtschaft. Das bedeutet zugleich, daß andere Sektoren und Wirtschaftszweige nicht verstaatlicht werden, sondern mehrere Eigentumsformen an Produktionsmitteln existieren.

Zweitens: Damit Beseitigung des Strebens nach Profitmaximierung und privater Kapitalakkumulation als Haupttriebkräfte ökonomischer Entwicklungen.

Drittens: Demokratie auch im Wirtschaftsleben – vom Betrieb bis zur staatlichen Plankommission, die damit zu einem Organ wird, in dem die autonom organisierten gesellschaftlichen Kräfte über die Grundfragen der sozialökonomischen Entwicklung, u.a. Verteilung des Mehrwerts verhandeln. Planung wird so zu einem

offenen, demokratischen Prozeß.

Viertens: Die sozioökonomische Planung wird durch eine Materialbilanz für Energie und Rohstoffe und ein gesellschaftliches Organ für vorausschauende und kontrollierende Technologiefolgenabschätzung ergänzt und durch sozialistische Marktwirtschaft korrigiert. Dafür ist ein neues Verständnis des Verhältnisses von Markt und Plan und der vielfältigen indirekten staatlichen Steuerungsmittel erforderlich.

Fünftens: Sparsamer Umgang mit Rohstoffen und Natur. Zielvorstellung in einem hochindustrialisierten Land ist nicht mehr Maximierung der Produktion, sondern Beseitigung der Armut, menschenwürdiges Leben für alle, Abbau der materiellen Ungleichheit, nicht der konsumierende Mensch, sondern der alleseitig gebildete und sozial engagierte Mensch.

Sechstens: Der Lebensstandard ist qualitativ zu verbessern durch erweiterte Bildungsangebote für jedermann, verbesserte soziale Sicherung, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Recht auf Arbeit und Wohnung, Ausbau und Verbesserung der sozialen Dienste.

Siebtens: Trennung von Staat und Kirchen, von Staat und Parteien.

Achtens: Es bedarf demokratisch verfaßter Gegengewichte gegen den Staatsapparat: Vom Staat unabhängige Gewerkschaften, Interessenvertretungen aller sozialen Gruppen und Schichten.

Neuntens: Sicherung aller bürgerlichen Freiheiten; Demokratie besonders in einer revolutionären Partei; Pluralismus der Parteien. Nur faschistische und ähnliche Parteien sind zu verbieten. Demokratie ist nur zu sichern durch aktivste Mitarbeit, Kritik und Kontrolle aller Bürger einer sozialistischen Gesellschaft, durch Selbstorganisation der Werktätigen.

Zehntens: Volle und effektive Gleichstellung der Geschlechter auf allen Feldern der Gesellschaft.

Elfens: Internationale Solidarität mit den Werktätigen der Entwicklungsländer in ihrem Kampf für politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Hilfe bei der Schaffung moderner, menschenwürdiger Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Die radikale Veränderung der Gesellschaft von einer des Profits und der allgemeinen Konkurrenz zu einer der Kooperation und der freien Entfaltung all' ihrer Angehörigen – das ist eine Revolution. Mit welchen Mitteln sie durchgeführt werden wird, läßt sich nicht vorausbestimmen; das hängt u. a. vom Widerstand der alten herrschenden Klasse und ihres Apparates ab. Es war sicher falsch, den Weg der russischen Oktoberrevolution, der durch den Widerstand des alten Staatsapparates, die auswärtige Intervention und den weißen Terror bedingt war, als allgemeingültig zu verstehen. Aber ebenso sicher war der Weg der SPD, das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus – und das gerade im militaristischen Deutschland – ein Holzweg.

Für die radikale sozialistische Veränderung unserer Gesellschaft genügen nicht die punktuellen Bewegungen, wie AKW-Bewegung, Ostermarsch, Ohne-mich, Friedensbewegung usw. Sie sind wichtig als Ausdruck von Opposition. Aber die Erfahrung zeigt, daß die herrschende Klasse, weil gut organisiert und den Staatsapparat be-

herrschend, ihre Ziele gegen diese Bewegungen durchgesetzt hat. Eine sozialistische Partei hat die Aufgabe, die Kräfte der gesellschaftlichen Veränderung zu bündeln, ihnen durch Überzeugung eine Richtung zu weisen, die langfristigen gemeinsamen Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen zu formulieren und ihr solidarisches Handeln zu fördern.

Warum ich Kommunist bleibe

Ich will zum Schluß kommen. Das Wort Kommunismus ist diskreditiert durch seine stalinistische Karrikatur. Nur zu wahr! Aber wieviele Begriffe sind im Laufe unseres Lebens mißbraucht worden und nun diskreditiert: Sozialismus, Internationalismus durch den Übergang der SPD-Führung ins Lager des Militarismus 1914, Demokratie durch Weimar, Berlusconi etc., Menschenrechte durch die Politik der kapitalistischen Führungsmächte.

Und einige Axiome meiner Jugend haben sich in der historischen Erfahrung einfach als falsch erwiesen; z. B. daß es zwischen sozialistischen Staaten keinen Krieg geben könne. Breshnew und Mao Zedong haben dieses Axiom zerstört. Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: Der Sozialismus löst alle nationalen Fragen. Auch dieses Axiom erwies sich als Irrtum.

Aber der Kommunismus, den ich meine, ist viel älter als Stalin. Er beginnt mit der Mitgliedschaft von Marx und Engels im Bund der Kommunisten, setzt sich fort mit dem Widerstand der Bolschewiki und des Spartakusbundes gegen den imperialistischen Weltkrieg, der Oktoberrevolution, mit Rosa Luxemburg, ihren Genossen, Genossinnen und Schülern, mit aufrechten, selbständigen Revolutionären, nicht Apparatschiki.

Ich habe vorhin den auf die heroische Periode folgenden Niedergang des Kommunismus erwähnt. Jetzt sind wir an einem sehr tiefen Punkt. Aber der wirkliche Kommunismus, welchen Namen Ihr Jüngeren ihm eines Tages auch geben werdet, die Aufgabe, eine bessere Gesellschaft zu erkämpfen, bleibt den Unterdrückten und ihren Sprechern auferlegt. Die Aufgabe bleibt, wenn von Stalin und seinen Schergen niemand mehr reden wird.

Am vorläufigen Endsieg des Kapitalismus – von Berlin bis Wladiwostok – habe ich bei aller Trauer über die widerstandslose Kapitulation so vieler »führender Kräfte der Arbeiterklasse« – etwas positives entdeckt. MarxistInnen aus Ost und West konnten 1990 gemeinsam in Wuppertal über Trotzki diskutieren. Heute treffen wir uns im Karl-Liebknecht-Haus, ohne an der Staatsgrenze von jungen »Genossen« drangsaliert oder gar verhaftet zu werden, ohne daß unsere Konterbande kontrolliert würde. Der Wegfall dieser Grenze ermöglicht gemeinsames Nachdenken, offenen Erfahrungsaustausch, auch Solidarität mit GenossInnen aus Ost und West, deren Resultate in Konferenzen, Büchern, neuen Freundschaften zu besichtigen und zu prüfen sind. Mit klügeren, reformfähigen Führungen hätten wir das aber viel billiger haben können. Immerhin: Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört: kritische, selbstkritische, lernwillige, erneuerungsfähige MarxistInnen aus Ost und West. Also: Nutzen wir diese Möglichkeiten! Wir sind aufgefordert, wie zu Zeiten von Luxemburg und Liebknecht, uns

»Die neue Bewegung bedarf ferner eines nicht-stalinischen Geschichtsverständnisses. Der Geschichtsablauf ist nicht zwangsläufig. Gesellschaftliche Gesetze der Entwicklung sind nicht Naturgesetze. Gesellschaftliche Entwicklungen realisieren sich durch Aktivitäten von sozialen Gruppen, Klassen und von Individuen. Jeder Mensch trägt Verantwortung für sein Handeln und für sein Nichthandeln, ist also zur Einflußnahme verpflichtet.«
Ebenda.

als marxistische Intellektuelle einzumischen und uns gegebenenfalls einzuordnen, wie Bordieu und andere in die französischen Streiks 1995, unser Wissen denen zur Verfügung zu stellen, die die Chance des lebenslangen Lernens nicht bekommen haben. An kritischen und selbstkritischen MarxistInnen herrscht immer Mangel!

Wir brauchen eine Analyse und radikale Kritik, Analyse des Kapitalismus von heute, Analyse der neuen Lage der großen Mehrheit, die nicht von unverteuerten Profiten lebt, sondern von Lohn, Gehalt, Rente, Sozialhilfe; sodann radikale Kritik unserer eigenen Fehler als Sozialisten im Kapitalismus und im real existierenden Sozialismus. Wir müssen die Aktionsfelder neu abstecken, uns fragen, was in Parlament, Regierungen und Bürgermeistereien zu erreichen ist und mit welchen Hilfsmitteln, was auf dem französischen Weg des Streiks und der Betriebsbesetzung durch die »Arbeitsplatzbesitzer« erreicht werden kann. Sodann sollten wir einen Rohentwurf eines für uns brauchbaren alternativen sozialistischen Modells ausarbeiten und den Arbeitenden und nicht mehr Arbeitenden vorstellen. Und schließlich ist zu überlegen, wie eine sozialistische Partei und Internationale aufzubauen sind und wie sie aussehen sollten.

Wer von uns hat bei so viel ungetaner Arbeit Zeit für Jammern und Depressionen? Das wäre Mißbrauch des großen Privilegs, daß wir von schwerer körperlicher Arbeit freigestellt sind.

¹ In den längeren Gesprächen zwischen Michael Gorbatschow und Zdenek Mlynár sagte Gorbatschow: Bei uns war es eine Tradition, den Kreml erst im Sarg mit Blumen, wenn nicht ins Mausoleum, dann wenigstens Richtung Kremlmauer zu verlassen ... Mlynár fügte hinzu: Oder auch, im schlimmsten Fall, ohne Blumen und zu einer ganz anderen Mauer.

INGO SCHMIDT

Standort, Weltmarkt und Rentier

Zu Beginn der siebziger Jahre begann weltweit eine historische Umbruchsphase, die mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus zu einem vorläufigen Ende gekommen ist. Am Anfang dieses Umbruchs standen in den kapitalistischen Metropolen verschärfte Verteilungskonflikte zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen Metropolen und Peripherien. Sichtbarer Ausdruck dieser aufbrechenden Konflikte waren eine Zunahme der Streikaktivitäten in einen und die Ölkrise im anderen Fall. Neben diesen Verteilungskonflikten gab es eine verstärkte Konkurrenz zwischen den verschiedenen kapitalistischen Metropolen, die mit der Aufgabe des internationalen Systems fester Wechselkurse erkennbar wurde. Das Ende der Pax Americana fand im Bedeutungsverlust des Dollar seinen Niederschlag, der sich seither in der Konkurrenz mit den Währungen anderer Führungsmächte des kapitalistischen Weltsystems – mit der Deutschen Mark und dem japanischen Yen – zu bewähren hat.

Vor der Umbruchsphase der vergangenen zwanzig Jahre hatten unterschiedliche Gesellschaftsordnungen zugleich die räumliche Aufteilung der Welt markiert. Den keynesianischen Wohlfahrtsstaaten des kapitalistischen Westens standen die sozialistischen Staaten des Ostens gegenüber. An dem einen oder anderen dieser beiden Modelle orientierten sich schließlich fast alle unterentwickelten Staaten des Trikonts. Mit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes durch das Wegbrechen der einen Seite ist dieser Orientierungspunkt entfallen. Der reale Sozialismus ist fast vollständig von der Bildfläche verschwunden, und die Wohlfahrtsstaaten des Westens unterliegen einem andauernden Anpassungsdruck durch den Neoliberalismus.

Mit dem Ende des Staatssozialismus und der Krise der keynesianischen Wohlfahrtsstaaten löst sich die vormalige räumliche und soziale Weltordnung gleichermaßen auf. Was bleibt ist der kapitalistische Weltmarkt. Obwohl Alternativen hierzu derzeit nur schwer vorstellbar scheinen und noch weniger durchsetzbar wären, stellt der Weltmarkt nicht den Kern einer neuen Weltordnung und noch viel weniger das Ende der Geschichte dar. Ohne Wachstum und Beschäftigung kann der Kapitalismus keine gesellschaftliche Integration gewährleisten, und daher scheint es manchem, als würde sich Gesellschaft überhaupt auflösen – die Moderne verschwinden und in einen amorphen Zustand der Postmoderne übergehen.

Ingo Schmidt – Jg. 1964,
Ökonom, wissenschaftlicher
Mitarbeiter am volkswirtschaftlichen Seminar der
Universität Göttingen,
Arbeitsschwerpunkte:
Gewerkschaften,
Keynesianismus und
Regulationstheorie.

Vom Wohlfahrts- zum Wettbewerbsstaat

Zu Beginn der siebziger Jahre meldeten erstarbte Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen überall in den kapitalistischen Metropolen höhere Einkommens- und Machtansprüche an. In der Folge kam es zu Verteilungskonflikten, die noch verschärft wurden, da die produktive Basis der vorangegangenen Wachstumsphase zu erodieren begann. Als Resultat dieser Konflikte wurde ein grundlegender Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik eingeleitet. Die keynesianisch inspirierte Politik der Nachfragessteuerung, der Beschäftigungssicherung und des Interessenausgleichs wurde zugunsten einer neoliberalen Austeritätspolitik aufgegeben. Ende der siebziger Jahre begann – in unterschiedlichem Ausmaß – die Politik des Sozialabbaus, die nach dem ruhmlosen Ende des realen Sozialismus und der zugleich verstärkten Weltmarktkonkurrenz noch einmal radikalisiert wurde.

Tragende Säulen des keynesianischen Wohlfahrtsstaates werden im neoliberalen Wettbewerbsstaat als störende Reste einer überkommenen gesellschaftlichen Statik betrachtet. Löhne sind nicht mehr Kosten- und Nachfragefaktor, und die Wirkungen einer Lohnsenkung sind nunmehr klar bestimmt. Löhne sind im Neoliberalismus Kosten, und niedrigere Löhne führen zu mehr Beschäftigung. Auch Staatsausgaben gelten nicht mehr als ein Faktor, der fehlende private Nachfrage ausgleichen und auf diese Weise das Beschäftigungsniveau erhöhen könnte. Auch Staatsausgaben stellen Kosten dar, weil sie zu Steuer- oder Zinserhöhungen und damit zu höheren Preisen führen.

Im Keynesianismus wurden Kosten als gegeben angenommen, und über eine politische Nachfragesteuerung sollten das Beschäftigungs- und Einkommensniveau erhöht werden. Im Neoliberalismus gilt dagegen die Nachfrage als vom Weltmarkt bestimmte und nicht zu beeinflussende Größe. Daher werden die Kosten zur politischen Steuerungsgröße: Um Produktions- und Beschäftigungsniveau zu erhöhen, müssen die Kosten gesenkt werden. – Die Vorstellung, der Weltmarkt würde das Nachfrageniveau und mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einen universellen Maßstab politischen und ökonomischen Handelns vorgeben, ist ebenso verbreitet wie fragwürdig.

Senkung der Staatsquote

Gegen eine politische Nachfragesteuerung wurde von liberaler Seite schon immer eingewandt, daß diese Politik wirkungslos sei, weil lediglich private durch öffentliche Nachfrage ersetzt würde. Ohne einen positiven Beschäftigungseffekt käme es zu einer unnötigen Erhöhung der Staatsquote.

Staatsquote – der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Sozialprodukt – und Verschuldungsquote – das Verhältnis von öffentlichem Schuldenstand zum Sozialprodukt – sind in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Eine Umkehrung dieses Trends wird aber erst seit den siebziger Jahren und verstärkt seit Beginn der neunziger Jahre gefordert. Als Begründung wird weniger das Argument der Wirkungslosigkeit öffentlicher Ausgabenpolitik als die drohende Zahlungsunfähigkeit des Staates angeführt.

Die Produktionsunternehmen in den alten Bundesländern schöpfen (...) den breiteren Eigenfinanzierungsspielraum nur teilweise für höhere Sachinvestitionen aus. Wie bereits 1993 blieb ihr Bedarf an Investitionsfinanzierungen sogar deutlich hinter den Finanzierungsmöglichkeiten zurück. Bundesbankmonatsbericht, Mai '95.

Es stimmt, daß der Staat mit steigender Verschuldung einen größeren Anteil seines Haushaltes für den Schuldendienst aufwenden muß. Die Verbindlichkeiten des Staates stellen aber zugleich Forderungen privater Kreditgeber dar, deren Einkommen mit dem Schuldendienst des Staates anwächst. Eine Senkung der Staatsquote dürfte daher zum Widerstand jener Rentiersklasse führen, die mit der Finanzkrise des Staates entstanden ist. Eine Absenkung der Staatsquote ist daher unwahrscheinlich. Dagegen dient die steigende Staatsschuld als Argument im Kampf um die Verteilung der öffentlichen Haushalte. Der Hinweis auf die steigende Verschuldung begründet dann nicht allgemeine Ausgabenkürzungen, sondern eine Umverteilung staatlicher Gelder zugunsten des Schuldendienstes: »Es wird notwendig, einen größeren Teil der Staatseinnahmen zu verwenden, um die nationalen Schulden zu bedienen. Dieser eigentlich fruchtlose Anspruch ist oder scheint vorrangig zu sein gegenüber gesellschaftlich sinnvolleren Aufgaben des Staates.«¹ Die Klage über die staatliche Finanzmisere stellt in Wirklichkeit offensiv vorgetragene Ansprüche auf einen wachsenden Anteil am Staatshaushalt dar.

Kostensenkung

Folgt man neoliberalen Gedanken, sind sinkende Preise und steigende Rentabilität die entscheidenden Größen für die Wettbewerbsfähigkeit. Sinkende Preise sollen die Absatzchancen gegenüber der ausländischen Konkurrenz erhöhen, und eine steigende Rentabilität soll Investitionen im Inland fördern. Internationale Wettbewerbsfähigkeit kommt also darauf hinaus, möglichst viel im Inland zu produzieren und möglichst viel im Ausland abzusetzen. – Übrigens wird diese Sichtweise dem heute bestehenden Weltmarkt mit seinen entwickelten internationalen Produktions- und Absatzbeziehungen in keinsten Weise gerecht. Implizit gehen in ihrer Betrachtung die Neoliberalen nach wie vor von der Existenz nationaler Märkte und Produktionsstandorte aus, die miteinander im Wettbewerb stünden.

Wichtiger als dieser Einwand ist jedoch die Frage, wie gleichzeitig Preise zu senken und die Rentabilität zu erhöhen sind. Die Antwort hierauf geben Lohnsenkungen und technischer Fortschritt. In gleiche Richtung kann auch die Steuerpolitik wirken, wenn sie direkte Steuern senkt und indirekte (Umsatz-)Steuern erhöht, wie dies in den letzten Jahren geschehen ist.²

Wenngleich es gesamtwirtschaftlich nicht zu Preissenkungen gekommen ist, so ist es doch zumindest gelungen, die Inflationsrate dauerhaft zu senken. Nachdem der Vereinigungsboom die Inflation 1992 bis auf 5,1 Prozent getrieben hatte, ist es danach zu einem kontinuierlichen Rückgang gekommen. 1995 lag die Inflation mit 1,8 Prozent noch unter dem Durchschnittsniveau der achtziger Jahre.³

Auch die Rentabilität hat sich in den letzten Jahren wieder erhöht. Nachdem die Netto-Kapitalrendite in den siebziger Jahren gefallen war, hat sich dieser Trend in den achtziger Jahren umgekehrt. Eine Untersuchung des WSI kommt dabei zu folgendem Ergebnis: »Trotz Massenarbeitslosigkeit ist also heute in

Westdeutschland die Netto-Kapitalrendite so hoch wie in früheren Vollbeschäftigungszeiten.«⁴

Schließlich konnte auch das Ziel eines steigenden Exportüberschusses erreicht werden. Für 1995 schreibt das DIW: »Der reale Außenbeitrag verbesserte sich im Jahresendquartal abermals. Während das Defizit in der Dienstleistungsbilanz etwa gleich hoch blieb, nahm der Handelsbilanzüberschuß um 6 Mrd. DM (Jahresbasis) zu.«⁵

Somit fallen eine moderate Preisentwicklung, Rentabilitätssteigerungen und ein erhöhter Auslandsabsatz zusammen. Nur die Investitionen hinken hinterher, und die Beschäftigung scheint von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vollkommen abgekoppelt zu sein. Ende letzten Jahres schrieb das DIW, daß es »eine Schrumpfungphase der Investitionen in diesem Umfang in der Bundesrepublik bisher noch nicht gegeben hat.«⁶ Und an anderer Stelle heißt es über die Aussichten der Beschäftigungslage: »Bei nur schwachem Wachstum in diesem Jahr ist am Arbeitsmarkt keine durchgreifende Wende zum Besseren zu erwarten. Die Arbeitslosigkeit wird sogar steigen.«⁷ Dabei ist festzuhalten, daß der Rückgang der Investitionsneigung sowie die negative Beschäftigungsentwicklung im Konjunkturzyklus wohl schwanken mögen, aber gleichwohl langfristige Trends darstellen. Daher bleibt festzuhalten, daß der Neoliberalismus in der Lage ist, einige seiner unmittelbaren Ziele zu erreichen: Über Lohn- und Sozialabbau sowie eine restriktive Geldpolitik ist eine dauerhafte Senkung der Inflationsrate gelungen, konnten Rentabilität und Gewinnsituation sowie der Exportüberschuß erhöht werden. Hingegen ist eine Senkung von Staatsverschuldung und Staatsquote bislang nicht gelungen.

Damit bleibt der öffentliche Sektor natürlich ein Anlagefeld für privates Vermögen. Dies gilt um so mehr, als eine Steigerung der privaten Nachfrage angesichts anhaltenden Lohn- und Sozialabbaus kaum zu erwarten ist. – Die Geldanlage im öffentlichen Sektor führt allerdings nicht mehr zu einem Wachstum von Nachfrage und Beschäftigung, sie führt nur noch zu einem erhöhten Anteil des Schuldendienstes am Gesamthaushalt und zu entsprechenden Kürzungen bei anderen Haushaltspositionen, deren Ausgaben vor allem eine positive Beschäftigungswirkung haben.

Industriepolitik

Die Klage über die staatliche Finanzkrise und die daran anschließenden Forderungen nach Ausgabenkürzungen richten sich praktisch nur gegen Ausgaben im Sozialbereich. Daß es trotz dieser Kürzungen nicht zu einer Abnahme der Staatsquote kommt, liegt an der gerade behandelten Ausweitung des öffentlichen Schuldendienstes. Dies ist aber nicht der einzige Grund. Neben der Bildung privater Geldvermögen auf Kosten öffentlicher Haushalte spielen öffentliche Ausgaben auch für die industrielle Entwicklung eine immer größere Rolle. Dies gilt für die Bereitstellung sogenannten Risikokapitals ebenso wie für den Infrastrukturausbau und die Forschungsförderung. Überall endet das Loblied auf den innovativen Unternehmer in der Forderung nach öffentlicher Hilfestellung.

Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts, die als materielle Grundlage der neuen Produktionsform bis auf einen gewissen Höhergrad herzustellen, die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise ist. Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise.

Karl Marx

Entgegen liberaler Weltsicht sind solche Forderungen nicht Folge eines übermäßig freigiebigen Staates, dessen Haushaltspolitik bei privaten Haushalten und Unternehmen zu Anspruchsdenken und ›Rent-Seeking‹ führt und damit privates Innovationsverhalten verdrängt. In der Forderung nach Industriepolitik kommt vielmehr eine Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zum Ausdruck, die über die Steuerungskapazität privater Akteure und unregulierter Märkte hinausweist.

Obwohl eine staatliche Industriepolitik dem liberalen Weltverständnis von freier Konkurrenz zwischen privaten Wirtschaftssubjekten fundamental entgegensteht, gehen beide doch in einem Punkt zusammen. Die anonymen Konkurrenzmärkte liberaler Theorie scheinen mit einem unüberschaubaren Weltmarkt Wirklichkeit geworden zu sein. Gleichzeitig stellt der Weltmarkt auch die Bezugsgröße nationaler Industriepolitik dar. Wo Kostensenkungen und gesteigerte Rentabilität nicht hinreichen, um weltweit mobiles Kapital zur Investition an einem nationalen Standort zu veranlassen, sollen die Verwertungsbedingungen durch industriepolitische Maßnahmen zusätzlich verbessert werden. Denn neben Kostensenkungen können schließlich auch öffentliche Infrastruktur, Abschreibungsvergünstigungen und dergleichen mehr zu einer weiteren Erhöhung der privaten Rentabilität beitragen. Die Idee besteht einfach darin, daß immobile Produktionsfaktoren sich möglichst günstig auf die Rentabilität des mobilen privaten Kapitals auswirken sollen.⁸ Wie bei Kostensenkungen geht es folglich auch in der Industriepolitik darum, einen möglichst großen Anteil der weltweit verfügbaren Nachfrage auf einen nationalen Standort zu ziehen.

Der Weltmarkt: Mythos oder Sachzwang?

Inflationsbekämpfung und Haushaltskonsolidierung, Kostensenkungen und Industriepolitik – es gibt derzeit keine politische Maßnahme, die nicht mit dem Hinweis auf internationale Wettbewerbsfähigkeit, nationale Standortkonkurrenz und dem Damoklesschwert der Kapitalflucht begründet würde. Was sich hinter diesen Schlagworten verbirgt, ist die simple Tatsache, daß sich Kapital in privater Verfügungsgewalt befindet, daß es im Verhältnis zur Beschäftigung knapp ist und daher Arbeitsbedingungen, Löhne und nationale Politik ohne nennenswerten Widerstand bestimmen kann. Wie im Geschäftsalltag vor Ort gilt auch auf dem Weltmarkt: Den Zuschlag bekommt, wer das günstigste Angebot vorlegt.

Nun sind Privateigentum, Konkurrenz und Arbeitslosigkeit nichts Neues, sondern im Gegenteil grundlegende Charakteristika der kapitalistischen Produktionsweise. Zu diesen Charakteristika gehört zwar auch der Weltmarkt⁹; aber ökonomisches und politisches Handeln wurden nicht immer in solch einem Ausmaß vermeintlichen oder tatsächlichen Weltmarktzwängen unterworfen, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Daher lohnt die Frage, wie der Weltmarkt zu einem Unterwerfung gebietenden Sachzwang werden konnte, ob er eine reale Macht oder nur einen Mythos, den Fetisch des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts darstellt.

Kapitalmobilität und Finanzspekulation

Den Ausgangspunkt der Weltmarktkonkurrenz bilden Überakkumulation und Nachfragemangel: Wenn Kapital sich nur noch mit abnehmender Rate verwerten kann, müssen neue Anlagesphären und neue Märkte erschlossen werden: »Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel.«¹⁰

Diese Feststellung aus dem Kommunistischen Manifest gilt auch heute noch. Seither hat sich nicht der Weltmarkt an sich verändert, sondern lediglich dessen Erscheinungsformen. Hatten Marx und Engels im wesentlichen noch den weltweiten *Absatz von Endprodukten* im Auge, so ist seit Ende des vergangenen Jahrhunderts eine internationale *Verlagerung von Produktionsstandorten* beobachtbar. Lenin bezeichnete diesen Kapitalexport als ein wesentliches Charakteristikum des Imperialismus.¹¹ Unter der Vorherrschaft der USA kam es seit Mitte dieses Jahrhunderts außerdem zur Entstehung internationaler Produktionsbeziehungen; mit den Multinationalen Konzernen entstand zugleich ein weltweiter Austausch von Vor- und Zwischenprodukten.¹² Geld- und Währungsströme, die bis dahin wesentlich der Finanzierung internationaler Handels- und Produktionsbeziehungen gedient hatten, bildeten seit den sechziger Jahren eigene geschlossene Kreisläufe aus, die infolge der Deregulierung der Weltfinanzmärkte seit den siebziger Jahren ein enormes Wachstum aufweisen.

Gegenüber dem »klassischen« Imperialismus stellen Multinationale Konzerne und unregulierte Weltfinanzmärkte neue Formen internationaler Wirtschaftsbeziehungen dar. Beide Phänomene haben dazu geführt, daß die internationalen Austauschbeziehungen ein größeres Wachstum aufweisen als die Produktion. Damit vertiefte sich die internationale Arbeitsteilung, was zur Zurückdrängung geschlossener regionaler und nationaler Wirtschaftskreisläufe führte. Aus diesem Grund kann Weltmarktkonkurrenz auch nicht als eine Art Wettlauf nationaler Ökonomien angesehen werden.

Eine zweite Folge der Entstehung und Ausbreitung Multinationaler Konzerne und unregulierter Weltfinanzmärkte ist eine enorme Erhöhung der Kapitalmobilität. Diese Entwicklungen wurden durch sinkende Transportkosten und mikroelektronische Datenfernübertragung ermöglicht und vorangetrieben. Insbesondere Finanzmärkte kommen theoretischen Modellvorstellungen der freien Konkurrenz recht nahe: Der Marktzutritt ist unbeschränkt, und dank Mikroelektronik gibt es kostengünstige Informationen und finden Anpassungsprozesse an veränderte Angebots- und Nachfragebedingungen in kürzester Zeit statt. Insofern ist es vollkommen zutreffend, wenn der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger James Tobin über die Entwicklung der Weltfinanzmärkte feststellt: »Strukturelle Veränderungen der jüngsten Vergangenheit haben das Geldsystem monetaristisch gemacht...«¹³

Obwohl die Funktionsweise der Finanzmärkte der des Marktmodells recht nahekommt, entsprechen deren Resultate keineswegs den theoretischen Voraussagen dieses Modells. Statt Stabilität und Gleichgewicht herrschen Instabilität und Ungleichgewichte.

Beides führt dazu, daß langfristige Investitionen in Produktion und Beschäftigung schwerer zu kalkulieren sind. Umgekehrt bieten schwankende Zinssätze, Wechselkurse und Wertpapierkurse vielfache Möglichkeiten, schnelles Geld zu verdienen. Allgemein formuliert besteht das Problem darin, daß die Ausweitung der Finanzgeschäfte eine Tendenz zu erhöhter Unsicherheit und Zinserhöhungen geschaffen hat.

Nach liberaler Theorie müßten die reichlich vorhandenen Finanzierungsmittel zu sinkenden Zinsen und steigenden Investitionen führen. Im Idealfall sollte dieser Marktmechanismus sogar für Vollbeschäftigung sorgen. Tatsächlich jedoch findet eine andere Entwicklung statt. Die Bundesbank stellte Ende 1995 »ein kräftiges Wachstum der Mittel zur Innenfinanzierung und eine noch stärkere Expansion der Mittel zur Außenfinanzierung« fest. Sie wies aber zugleich darauf hin, »daß es auch im vergangenen Jahr für viele Unternehmen noch rentabler war, einen großen Teil des gewachsenen Cash Flow zum Aufbau von Geldvermögen zu verwenden, als in neue Sachanlagen zu investieren.«¹⁴

Regulierte Finanzmärkte

Die Ausweitung der Weltfinanzmärkte in den vergangenen zwei Jahrzehnten hatte verschiedene Voraussetzungen. Ökonomisch wurde sie durch einen langfristigen Rückgang der Rentabilität industrieller Investitionen ausgelöst. Gewinne wurden im Laufe dieser Entwicklung in abnehmendem Maße investiert, sondern als Geldanlage gehortet. Mit der Ausbreitung mikroelektronischer Systeme zur Datenfernübertragung wurde es möglich, die gehorteten Geldanlagen schnell und kostengünstig umzusetzen und so eigenständige Finanzkreisläufe zu schaffen. Die erweiteren technologischen Möglichkeiten konnten aber erst nach der vollständigen Deregulierung der Finanzmärkte genutzt werden.

Finanzmärkte unterliegen jedoch anderen Funktionsbedingungen als Güter- und Kapitalmärkte. Während sich Umschlagszeiten und Umsätze auf ersteren aufgrund extrem niedriger Kosten enorm beschleunigt und damit die Ausweitung der Finanzmärkte erst ermöglicht haben, fallen auf Güter- und Kapitalmärkten mit ihren realwirtschaftlichen Produktions- und Vermarktungsprozessen höhere Kosten an, sind Umschlagszeiten und Planungszeiträume länger. Unterschiedliche Funktionsbedingungen zwischen monetärer und realer Ökonomie verhindern die marktgesteuerte Entstehung eines gesamtwirtschaftlichen Vollbeschäftigungsgleichgewichtes. Ganz im Gegenteil blockiert die monetäre Ökonomie der Weltfinanzmärkte die realwirtschaftliche Entwicklung.

Um die Finanzmärkte wieder stärker an realwirtschaftliche Prozesse anzukoppeln, gibt es verschiedene Vorschläge zur politischen Regulierung. Am weitesten geht dabei die Idee eines internationalen Währungssystems, in dem eine Weltzentralbank das internationale Zins- und Wechselkursgefüge bestimmen und damit die globalen Finanzströme steuern kann.¹⁵ Der konkreteste Vorschlag zielt auf die Einführung einer Devisenumsatzsteuer, die kurzfristige Spekulationsgeschäfte drastisch verteuern und damit unrentabel machen würde, während sie auf langfristige

Der soziale Zweck geschickter Investition sollte die Überwindung der dunklen Kräfte der Zeit und Unwissenheit sein, die unsere Zukunft einhüllen. Der tatsächliche private Zweck der geschicktesten Investition von heute ist, »der Kugel vorauszuweichen« (...) schlauer zu sein als die Masse, und das schlechte oder sich entwertende Geldstück an den Nächsten abzustoßen. Keynes

Investitions- oder einmalige Handelsbeziehungen nur marginale Auswirkungen hätte.¹⁶

Solche Vorschläge weisen im einzelnen ihre Stärken und Schwächen auf – allen gemeinsam und ein grundlegendes Problem ist ihr technokratischer Charakter: Soziale und politische Kräfteverhältnisse werden weitgehend vernachlässigt.

Ein Weltwährungssystem erfordert eine internationale Kooperation der Währungspolitik. Eine Devisenumsatzsteuer müßte wenigstens in einem nationalen Parlament eine Mehrheit finden. Weder das eine noch das andere mutet derzeit sonderlich realistisch an – nicht zuletzt da es gesellschaftliche Kräfte gibt, die von der Ausdehnung der Weltfinanzmärkte sehr gut leben.

Diese Expansion hat ihren Ausgangspunkt natürlich nicht in einer ›falschen‹ Politik der Deregulierung, die nun – belehrt durch die destabilisierenden Auswirkungen globaler Finanzspekulation – wieder rückgängig gemacht werden könnte. Vielmehr lag – wie eingangs ausgeführt – ihr Ausgangspunkt in der langfristig sinkenden Rentabilität industrieller Anlagen und in der Verschärfung der Verteilungskämpfe zu Beginn der siebziger Jahre. Überakkumulation, restriktive Geld- und Fiskalpolitik sowie Deregulierung haben schließlich eine Rentiersökonomie entstehen lassen. In dieser Ökonomie existiert ein durchsetzungsfähiges gesellschaftliches Interesse an der Fortführung des eingeschlagenen Weges zur Globalisierung der Finanzmärkte bei gleichzeitigem Umbau nationaler Wohlfahrts- zu internationalen Wettbewerbsstaaten. Politische Richtungsänderungen erfordern weniger ausgeklügelte Reformkonzepte als die Entstehung sozialer Gegenmacht.

Nationale Fiskalpolitik

Die Bedeutung sozialer Interessen für die ökonomische Entwicklung wird auch an der Fähigkeit des Nationalstaates zur Steuerung des Beschäftigungsniveaus deutlich. Damit ist ein Kernbestandteil keynesianischer Wohlfahrtsmodelle – wie sie bis in die siebziger Jahre für die Industrieländer charakteristisch waren – angesprochen. Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen und eine erhöhte Kapitalmobilität haben den Staatshaushalt als ein Instrument der Beschäftigungspolitik suspendiert. Der beschäftigungsschaffende Effekt steigender Staatsausgaben wird konterkariert, da die Finanzierung des Staatshaushaltes zu steigenden Zinsen führt. Damit kommt es zu sinkenden Investitionen; außerdem steigen der Kapitalimport, wird die Währung aufgewertet und sinken schließlich die Exporte. Investitions- und Exportrückgang sind aber mit einer Abnahme der Beschäftigung verbunden.

Die Frage ist nun, ob diese von Kritikern und Gegnern staatlicher Beschäftigungspolitik vorgetragene Argumentationskette stichhaltig ist. In der Tat können flexible Wechselkurse und Kapitalflucht eine nationale Regierung zur Abkehr von einer expansiven Beschäftigungspolitik zwingen. Dies ist aber weniger eine Frage ökonomischer Notwendigkeit, wie ein Vergleich zwischen der Wirtschaftspolitik Frankreichs und der USA in den achtziger Jahren zeigt. Die US-Regierung wendete sich politisch gegen Sozialstaat und gewerkschaftliche Gegenmacht, führte aber gleichzeitig

In der modernen Wirtschaft lebt ein einflußreicher Teil der Bevölkerung in einer relativ sicheren Position, was Einkommen und Verdienst angeht. (...)

In schlechten Zeiten wird viel geredet über die Arbeiter, die entlassen werden; wenig erwähnt wird die bequeme Position derjenigen, die sie hinauswerfen. Außerdem gibt es die große staatliche Bürokratie und die zahllosen Geistesarbeiter (...).

Auch in dieser Gruppe wird eine Rezession nicht als so schlimm empfunden oder gefürchtet; für viele und vielleicht die meisten Selbständigen sind Position und Bezahlung sicher, und die stabilen Lebenshaltungskosten in einer Rezession sind nicht unwillkommen.

John K. Galbraith

ein kreditfinanziertes Aufrüstungsprogramm durch, das sehr wohl positive Beschäftigungseffekt hatte. Dagegen versuchte die französische Regierung Sozialstaatsausbau, gewerkschaftliche Beteiligung und expansive Beschäftigungspolitik miteinander zu verbinden. Während den Vereinigten Staaten zu jeder Zeit ausreichende Mittel auf den Weltfinanzmärkten zur Verfügung standen, wurde Frankreich durch Kapitalflucht zu einer Hochzinspolitik gezwungen, um fortwährende Abwertungen zu vermeiden und den Staatshaushalt weiterhin finanzieren zu können. Hohe Zinsen bedeuten natürlich das Ende expansiver Beschäftigungspolitik.

Dieser Vergleich zeigt, daß erhöhte Staatsausgaben zu unterschiedlichen Reaktionen führen können. Zudem wurde der Abbruch des französischen Experiments nicht durch Kapitaleinfuhren und Aufwertungen bewirkt, wie die oben angeführte Lehrbuchargumentation nahelegt. Ausschlaggebend war das glatte Gegenteil, nämlich Kapitalflucht und Abwertungen. Beides erklärt Marc Lombard in einer vergleichenden Untersuchung zwischen den USA und Frankreich folgendermaßen: »Die massiven Kapitalausfuhren, die der Wahl einer sozialistisch-kommunistischen Regierung folgten, zeigen die Vertrauenskrise an, welche die Geschäftswelt zu jener Zeit ergriffen hat.«¹⁷

Spielräume der Wirtschaftspolitik

Der (an den jeweiligen Zielsetzungen gemessen) Erfolg der Reagan-Administration in den USA und der Mißerfolg der sozialistisch-kommunistischen Koalition in Frankreich legen zwei Schlußfolgerungen nahe: Erstens gibt es kein ökonomisches Gesetz, daß expansive Fiskalpolitik grundsätzlich verhindert – auch nicht unter den Bedingungen globaler Kapitalmobilität. Zweitens hängen Erfolg oder Mißerfolg offensichtlich von der jeweiligen Zielsetzung der Fiskalpolitik ab. Unter den Bedingungen flexibler Wechselkurse und unbeschränkter Kapitalmobilität konkurrieren nationale Währungen um die Gunst des anlagesuchenden internationalen Finanzkapitals. Aus der Konkurrenz erwächst schließlich eine Währungshierarchie, die zugleich wirtschaftspolitische Spielräume zuordnet. Hartwährungsländer können expansive Fiskalpolitik finanzieren, ohne mit Kapitalflucht rechnen zu müssen. Wenn diese Politik positive Effekte auf das Produktivitäts- und das Produktionsniveau eines Landes hat, kann es sogar noch an Vertrauen bei internationalen Kapitalanlegern gewinnen. Für Schwachwährungsländer gilt das Umgekehrte: Ihnen werden steigende Budgetdefizite nicht als Begleiterscheinung einer klugen, die Leistungsfähigkeit eines Landes erhöhenden Wirtschaftspolitik angerechnet; ein höheres Defizit gilt in diesem Fall als Kennzeichen unsolider Staatsfinanzen und damit als Anlaß zur Kapitalflucht. Die entscheidenden Akteure, die über Erfolg oder Mißerfolg nationaler Wirtschaftspolitik entscheiden, sind private Geldvermögensbesitzer und Finanzinstitutionen, die über die weltweite Anlage der Vermögen entscheiden. Treffend spricht Andrew Glyn von einem »Veto-Recht der internationalen Finanzmärkte.«¹⁸

Zur politischen Ökonomie des Rentiers

Die Bedeutung der internationalen Finanzmärkte sowohl für private Investitionsentscheidungen als auch für wirtschaftspolitische Spielräume geht auf die Entstehung und Stabilisierung einer Rentiersökonomie seit den siebziger Jahren zurück. Die Ursachen hierfür sind im langfristigen Trend industrieller Entwicklungen zu finden. Ein anhaltender Rentabilitätsrückgang hat in den siebziger Jahren eine Überakkumulationskrise verursacht. Zusammen mit verschärften Verteilungskämpfen um Lohn, Profit und Grundrente – Stichwort Ölkrise – führte diese zu einem politischen Strategiewechsel. Der mit der Krise ohnedies eintretende Investitionsrückgang wurde zum Ausgangspunkt einer Abkehr vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat. Der krisenbedingte Druck auf den Arbeitsmarkt wurde nicht mehr durch geld- und fiskalpolitische Maßnahmen ausgeglichen, sondern durch den Übergang zu Konsolidierungs- oder sogar Austeritätspolitik noch verstärkt.

War die industrielle Akkumulation infolge des langfristigen Rentabilitätsrückganges ohnehin unter Druck, so führte die Abkehr vom Keynesianismus zu Nachfrageausfällen, welche die Akkumulation zusätzlich beschränkten.

Die entstehende Arbeitslosigkeit wurde genutzt, um die Lohnentwicklung zu bremsen und so die Rentabilität industrieller Investitionen wieder zu erhöhen. Auf diese Weise konnten zwar die Gewinne gesteigert werden, infolge gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangels kam es aber nicht zu einer Rückkehr auf den Wachstumspfad der fünfziger und sechziger Jahre. Die einsetzende Stagnation führte mit rückläufigen Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen bei gleichzeitig steigenden Zahlungsverpflichtungen des Sozialstaates zu anhaltender oder sogar steigender Staatsverschuldung. Während die keynesianische Wachstums- und Beschäftigungspolitik ein steigendes Staatsdefizit einkalkuliert, gelang es der neoliberalen Stabilisierungspolitik bislang kaum, bestehende Haushaltsdefizite zu verringern. Bei realwirtschaftlicher Stagnation erfordert allein die Finanzierung eines bestehenden Defizits fortgesetzte Schuldenakkumulation. Freigabe der Wechselkurse und Deregulierung der Finanzmärkte schufen privaten Vermögensbesitzern schließlich die Möglichkeit, über ungehinderte Kapitalbewegungen die Kontrolle über Staatshaushalte und Wirtschaftspolitik zu erlangen.

Ausgehend von Stagnationstendenzen der industriellen Akkumulation, die sich in einer sinkenden Kapitalproduktivität ausdrückte, führte der Übergang vom Keynesianismus zum Neoliberalismus zur Entstehung einer dauerhaften, gesamtwirtschaftlichen Nachfragerücke einerseits und einer Verteilungsänderung von den Löhnen zu den Gewinnen andererseits. Damit waren die ökonomischen Voraussetzungen der Finanz- und Schuldenakkumulation gegeben.

Vom Produktivitätspakt zur Rentiersökonomie

Mit der Gewichtsverschiebung von der realen zur monetären Akkumulation war zugleich eine soziale Kräfteverschiebung verbunden. Nicht mehr Manager und Industrielle gaben fortan den Ton in der Bourgeoisie an, sondern Finanzanleger und Rentiers.

Besonders Unterbeschäftigung wird den Maßnahmen vorgezogen, die sie bekämpfen könnten. Die Staatsausgaben gegen die Arbeitslosigkeit kämen zum Defizit hinzu, und daraus könnte das Gespenst einer künftigen Steuererhöhung entstehen. Niedrige Zinssätze, selbst wenn sie gegen Rezession und Arbeitslosigkeit nicht sonderlich wirkungsvoll sind, sind nachteilig für Zinseinkommen.

John K. Galbraith

Während der Neoliberalismus öffentlich Staatskritik übte, indem er keynesianische Wirtschaftspolitik und Sozialstaatsinstitutionen für Arbeitslosigkeit, Inflation und Finanzkrise des Staates verantwortlich machte, gewann der Staat für die Rentiersökonomie tatsächlich immer mehr an Bedeutung. Wurde der keynesianische Wohlfahrtsstaat von der Akkumulation des privaten Industriekapitals getragen, so wurde der Staatshaushalt mit seinem wachsenden Schuldendienst zu einer entscheidenden Einkommensquelle der Rentiersökonomie.

Die obersten Ziele der Rentiersökonomie sind nicht mehr Wachstum und Beschäftigung, sondern stabile Preise und hohe Zinsen. Ein konstantes Preisniveau sichert den Wert und hohe Zinsen die Verwertung eines Geldvermögens. Da sich Geldvermögen und Verbindlichkeiten im privaten Sektor gegeneinander aufheben, ist der Staat die entscheidende Anlagesphäre und Einkommensquelle für private Geldvermögen.

Die mögliche Entstehung und Funktionsweise einer Rentiersökonomie hat Don Patinkin bereits Ende der vierziger Jahre erkannt: »Der private Sektor gewinnt ›auf Kosten‹ eines wohlwollenden Staates, der bereit und in der Lage ist, den ›Verlust‹ aufgrund des gestiegenen Wertes seiner ›Schuld‹ zu tragen.«¹⁹ Um das Wohlwollen des Staates unabhängig von Regierungsmehrheiten und -entscheidungen zu sichern, besteht unter den Bedingungen unbeschränkter Kapitalmobilität die Drohung, eine Währung durch Kapitalflucht zur Abwertung zu zwingen und schließlich auch ihren Inlandswert – ihre Kaufkraft – durch die importierte Inflation zu zerstören.

Trotz verteilungsbedingter Rentabilitätssteigerungen in der Industrie kommt es daher zu keinem Anstieg der Investitionen, wenn zugleich die Zinsen steigen. So schreibt das DIW: »Auslöser der neuerlichen Abschwächung war der Anstieg der langfristigen Zinsen im Jahr 1994 gewesen.«²⁰ Neben diesem konjunkturellen Zinsanstieg hat sich auch das Zinsniveau seit den achtziger Jahren langfristig erhöht.²¹ Nimmt man die Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hinzu, wird verständlich, weshalb die reale gegenüber der monetären Akkumulation zurückbleibt.

Die ökonomische Entwicklung von einem langanhaltenden – von der Industrie getragenen – Wirtschaftsaufschwung zu einer Rentiersökonomie mit realwirtschaftlicher Stagnation wäre weniger problematisch, wenn sie innerhalb eines langfristigen Konjunkturzyklus lediglich eine Reinigungskrise darstellen würde, die schließlich zu Wachstum und höherer Beschäftigung zurückführt. Dies ist aber nicht der Fall. Ökonomisch haben Schulden- und Finanzakkumulation zu einem realwirtschaftlichen Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung geführt. Soziologisch ist eine Rentiersklasse entstanden, die den Kern einer ›zufriedenen Mehrheit‹ der Gesellschaft ausmacht.²² Hinter dem ›Veto-Recht der Finanzmärkte‹, das sozialstaats- und beschäftigungsorientierte Interventionen behindert, stehen also die Interessen einer neuen Rentiersklasse. Operationen auf den globalen Finanzmärkten sind lediglich das Instrument zur Durchsetzung der Einkommensansprüche dieser Klasse.

Private Geldvermögen begründen gleichermaßen Interessen wie Macht; ihre Besitzer stellen den Kern der ›zufriedenen Mehrheit‹ dar, weil sie eine Politik der Preisstabilisierung und des Umbaus vom Wohlfahrts- zum Wettbewerbsstaat durchsetzen können. Dabei umfaßt die Klasse der Rentiers eine weite Spanne vom Superreichen, der ausschließlich von seinem und für sein Vermögen lebt, bis zu den Angehörigen der Mittelklasse, die Teile ihres Einkommens dauerhaft ›auf die hohe Kante legen‹. Aktive Unterstützung erfährt diese Rentiersklasse aus der Industrie, die die Unterbeschäftigung zur Durchsetzung von Lohn- und Sozialabbau sowie gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechten nutzt. In der Hoffnung, durch Lohnzurückhaltung in der Weltmarktkonkurrenz bestehen zu können, wird die Politik der Rentiersökonomie von großen Teilen der Arbeiterklasse geduldet oder sogar – im Namen des nationalen Standortes – unterstützt.

›Denn wer ein dickes, kugeliges Sparschwein will«, fügte der Vater hinzu, ›führt es an eine ergiebige Geldquelle.« Sprach's und legte sein Erspartes in Bundesschatzbriefen an. Werbetext des Informationsdienstes für Bundeswertpapiere.

Offene Fragen

Ein grundlegendes Charakteristikum der internationalen Rentiersökonomie besteht darin, daß sich mit der ungleichen Entwicklung von realer und monetärer Akkumulation ein immer größer werdendes Krisenpotential anhäuft. Ein Teil des industriellen Profits fließt beständig in die Finanzakkumulation. Dadurch werden der industriellen Wertschöpfung Mittel entzogen, aber gleichzeitig Forderungen an die Wertschöpfung aufgehäuft. Dieser Mechanismus kann eine anhaltende Stagnation der realen Akkumulation tragen oder zu einer Schuldendeflation und damit gesamtwirtschaftlichen Depression führen.

In jedem Fall wird es zu steigender Arbeitslosigkeit kommen. Realwirtschaftliche Stagnation bedeutet, daß es mehr Rationalisierungs- als Erweiterungsinvestitionen gibt; die Zahl der Arbeitslosen steigt daher kontinuierlich an. Im Falle von Schuldendeflation und Depression kommt es dagegen zu einem plötzlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Die kapitalistische Produktionsweise hat – trotz ihres immanenten Krisenzyklus – Wachstum zur Existenzvoraussetzung; Stagnation und Depression stehen dazu im Widerspruch und hemmen die weitere Entwicklung. Innerhalb des Krisenzyklus mögen beide Phänomene als vorübergehend zu bewältigen sein. Für die internationale Rentiersökonomie stellt die Alternative zwischen Stagnation und Depression jedoch ein Charaktermerkmal dar und befindet sich damit im Widerspruch zu den Akkumulationserfordernissen kapitalistischer Entwicklung. Das Problem besteht nun darin, daß die Rentiersökonomie eine breite soziale Basis – die o.g. ›zufriedene Mehrheit‹ – hat, die politische Interventionen zur Krisenlösung verhindert. Im Gegenteil: Preisstabilisierung, Hochzinspolitik, Lohn- und Sozialabbau sowie Gewährleistung des staatlichen Schuldendienstes als politische Strategie der Rentiersökonomie fördern den Aufbau weiterer Krisenpotentiale.

Wenn die Rentiersökonomie mit ihrer sozialen Basis eine Blockade der kapitalistischen, aber auch jeder anderen gesellschaftlichen Entwicklung darstellt, lautet die entscheidende Frage, ob und wie sich gesellschaftliche Kräfte herausbilden können,

welche die bestehende Blockade durchbrechen und ein neues gesellschaftliches Entwicklungsprojekt durchsetzen können. Hierfür sind Stabilität, Bruchstellen und Perspektiven der ›zufriedenen Mehrheit‹ maßgeblich.

Für das industrielle Kapital ist es kurzfristig rentierlich, die globalen Finanzmärkte als Sachzwang des Weltmarktes für die Durchsetzung von Lohn- und Sozialabbau zu inszenieren. Finanzielle Instabilität und Stagnation der Nachfrage sind aber Begleiterscheinungen der Rentiersökonomie, die langfristig die Entstehung neuer Märkte und damit die Realisierung steigender Profite verhindert. – Einige Industriebranchen und erhebliche Teile der Mittelklassen hängen direkt oder indirekt von staatlicher Nachfrage ab, so daß ihre Zins- mit ihren sonstigen Einkommensansprüchen in Konflikt geraten. Und schließlich wird die Arbeiterklasse feststellen, daß Lohnverzicht nicht zur Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern nur zu einer Umverteilung des Volkseinkommen zu Gunsten der Profite führt. Die soziale Basis der internationalen Rentiersökonomie ist also brüchiger, als es auf den ersten Blick scheint.

- 1 John K. Galbraith: Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Hamburg 1995, S. 270.
- 2 Vgl. Dieter Vesper: Steuern, Staatsausgaben und Umverteilung, in: Prokla 99, 1995, S. 165-192.
- 3 Die durchschnittliche Inflationsrate, genauer der Preisindex der privaten Lebenshaltung lag in den achtziger Jahren bei 2,6 Prozent. – Zahlen nach den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank.
- 4 Hartmut Görgens: Kapitalrentabilität bei derzeitiger Massenarbeitslosigkeit so hoch wie früher bei Vollbeschäftigung, in: WSI-Mitteilungen 10/1995, S. 633-640; hier S. 639.
- 5 DIW-Wochenbericht 7/1996, S. 109.
- 6 DIW-Wochenbericht 51-52/1995, S. 871.
- 7 DIW-Wochenbericht 1-2/1996, S. 16.
- 8 Vgl. hierzu Robert Reich: Die neue Weltwirtschaft – Das Ende der nationalen Ökonomie, Frankfurt/Berlin 1993.
- 9 Immerhin heißt es bereits 1848 im Kommunistischen Manifest: »Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete.« MEW, Bd. 4, S. 463.
- 10 MEW, Bd. 4, S. 465.
- 11 »Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von Waren kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend geworden.« (Hervorhebungen im Original) W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: LW, Bd. 22, S. 189-309; hier S. 245.
- 12 Vgl. Steven Hymer: Multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung, in: Dieter Senghaas: Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt/M. 1972.
- 13 James Tobin: Price Flexibility and Output Stability, in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 7, No. 1, Winter 1993, pp. 45-65; hier p. 54.
- 14 Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, November 1995, S. 40ff.
- 15 Vgl. Wilhelm Hankel: Das große Geld-Theater, Stuttgart 1995; IV. Aufzug: Der monetäre Gesellschaftsvertrag.
- 16 Vgl. James Tobin: A Proposal for Monetary Reform, in: Eastern Economic Journal 4 – July/October 1978, S. 153-159.
- 17 Marc Lombard: A Re-Examination of the Reasons for the Failure of Keynesian Expansionary Policies in France, 1981-1983, in: Cambridge Journal of Economics 1995, 19, pp. 359-372; hier p. 370.
- 18 Andrew Glyn: Social Democracy and Full Employment, in: New Left Review 211, May/June 1995, pp. 33-55, hier p. 39.
- 19 Don Patinkin: Preisflexibilität und Vollbeschäftigung, in: Ingo Barenz, Volker Caspari (Hrsg.): Das IS-LM-Modell, Marburg 1994, S. 77-112, hier S. 86f.
- 20 DIW-Wochenbericht 1-2/1996, S. 5.
- 21 Vgl. ebenda.
- 22 Vgl. John K. Galbraith: Die Herrschaft der Bankrotteure, Hamburg 1992.

ÁDÁM WIRTH

Ungarn und die NATO

Als vor sechs Jahren der Warschauer Pakt aufgelöst wurde, meinten in Ungarn nur wenige, daß sich das Land einem anderen internationalen Militärbündnis anschließen sollte. Auch jene, die einen »Anschluß an Europa« verfochten (als ob Ungarn bis dahin kein europäisches Land gewesen wäre), betonten dabei hauptsächlich wirtschaftliche und politische Aspekte. Vom Eintritt in das westliche Militärbündnis war nicht die Rede. Mehr noch: Gerade die Neutralität war es, die von der Mehrzahl als wünschenswertes Ziel angestrebt wurde. In ihrem Wahlprogramm und ihrer Öffentlichkeitskampagne wurde diese Neutralität sogar vom Ungarischen Demokratischen Forum versprochen und verfochten – also von jener Partei der Rechten, die ganz heftig gegen den Warschauer Pakt auftrat und schließlich die Wahlen von 1990 gewann.

Schon der gesunde Menschenverstand sprach dafür, daß – nachdem einer der zuvor bestehenden zwei Militärblöcke endgültig zerfallen war – auch Sinn und Zweck des anderen, des sogenannten Nordatlantikpakts, der NATO, nicht mehr existierten. Seine weitere Aufrechterhaltung – und erst recht seine Ausbreitung auf weitere Staaten – kann durch nichts ernsthaft begründet werden. Man kann sich nicht mehr auf eine angebliche militärische Gefährdung durch die Sowjetunion berufen. Die Sicherheit Europas wird nicht mehr durch ein Gleichgewicht zwischen verfeindeten Militärbündnissen garantiert. Diese Sicherheit hätte ja nun geradezu die Abwendung von Militärblöcken verlangt, deren Wirkung auf der Erregung von Furcht, auf Abschreckung beruht – und dem Abbau dieser Blöcke. Für viele Staaten Europas öffnete dies eine einmalige Gelegenheit zur Deklarierung einer international garantierten Neutralität und zum Ausbau einer darauf beruhenden ausgedehnten Neutralitätszone als Schritt zur Errichtung eines neuen Sicherheitssystems auf unserem Subkontinent.

Wieso kam es trotzdem dazu, daß nun der NATO-Anschluß einer Reihe osteuropäischer Staaten – darunter der Ungarns – auf der Tagesordnung steht? Da keine Gefahr besteht, daß diese Länder von außen angegriffen werden, haben sie auch keinerlei echtes Interesse, der NATO anzugehören. Denn es gibt keinen potentiellen militärischen Feind, gegen den die NATO Schutz bieten könnte. Die Lösung bestehender Probleme und eventueller Zwistigkeiten der Staaten dieser Region (Behandlung der Nationalitätenfrage, Wiederherstellung traditioneller, doch jetzt zerfallener Wirtschaftsbeziehungen usw.) kann nur mit friedlichen Mitteln,

Ádam Wirth – Jg. 1929, Philosoph, Veröffentlichungen u.a. Lenin als Philosoph (1970), Beiträge zur Philosophiegeschichte (1987); Vorsitzender der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei.

durch Stärkung des wechselseitigen Vertrauens und gutnachbarlicher Beziehungen erreicht werden. Ein Eintritt in die NATO könnte bloß neue Spannungen zwischen den Staaten dieser Region erzeugen. Wenn wir ein Land an der Peripherie eines Militärbündnisses werden, sind wir größeren Risiken ausgesetzt, als außerhalb jeglicher Militärbündnisse. Dazu kommt, daß der Beitritt zur NATO die Aufgabe bedeutender Momente unserer Souveränität verlangt. Wir würden unsere nationalen Interessen jenen der Großmächte unterordnen, die eine bestimmende Rolle in dieser Militärmacht innehaben – ganz zu schweigen davon, daß ein NATO-Beitritt, und die damit einhergehende Umstellung unserer Waffensysteme, der Organisation und Befehlsstruktur unserer Streitkräfte, uns sehr schwere zusätzliche finanzielle Lasten aufbürden würde.

Die Erzwingung eines Beitritts zur NATO liegt im Interesse jener neuen Machtgruppen, die die auf den Kapitalismus ausgerichtete Systemumwälzung betreiben. Dieser Systemwandel hat schon jetzt für den Großteil der Bevölkerung katastrophale Auswirkungen gezeitigt: Die Gesamtproduktion im Lande ist um 30 Prozent gesunken; mehr als ein Viertel der Arbeitsplätze ging verloren; die Zahl der Arbeitslosen ist binnen weniger Jahre auf das Zwanzigfache gestiegen; ungefähr die Hälfte der Bevölkerung lebt an oder unter dem offiziellen Existenzminimum – die Armut greift um sich. Es ist also nicht verwunderlich, daß das Wiener Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) bei einer Umfrage in fünf ehemals sozialistischen Ländern (Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei sowie früher zur DDR gehörende Teile der Bundesrepublik) zum Ergebnis gekommen ist, daß in Ungarn mehr als die Hälfte der Befragten das neue System für schlechter hält als das frühere. Es ist bezeichnend, daß sich 72 Prozent der Angelernten und 69 Prozent der Hilfsarbeiter als »Verlierer« des Systemwandels bezeichnen. Aber auch 60 Prozent der kleinen Unternehmer und Selbständigen zählen sich zu den Verlierern. Nur eine dünne Schicht von Neureichen – ganze 5 Prozent der Befragten – waren der Meinung, das »neue System« sei wesentlich besser als das frühere.

1994 hatte bei den ungarischen Wahlen eine große Mehrheit der Wähler den bis dahin geltenden »nationalen« Rechtskurs abgelehnt. Aber die daraufhin an die Macht gekommene sozialistisch-liberale Regierung änderte nur die Stilart der politischen Machtausübung. Hauptrichtung blieb nach wie vor die Vollendung des kapitalistischen Systemwandels, also »ein Ausbau des Kapitalismus von oben«, wie es im Regierungsprogramm heißt. Die Privatisierung wurde nunmehr auch auf strategische, infrastrukturelle Wirtschaftszweige ausgedehnt – also auf die Energiewirtschaft, die Banken, auf öffentliche Dienste. Sozialleistungen und der bis dahin kostenlose Gesundheitsdienst werden massiv abgebaut. Die Reallöhne gehen laufend zurück. Es ist nicht verwunderlich, daß die Popularität der Mehrheitspartei der Regierungskoalition – der USP – binnen kurzer Zeit sehr stark zurückgegangen ist.

Trotz der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung bemüht sich die Regierung, den kapitalistischen Systemwechsel durchzu-

setzen – mit Unterstützung westlicher kapitalistischer Kreise. Doch die zuvor von westlichen Regierungen versprochene materielle Hilfe kommt nur tropfenweise. – Die Regierungen der ehemals sozialistischen Länder versuchen, ausländisches Kapital hauptsächlich durch schmackhafte Privatisierungsmaßnahmen, durch das Angebot billiger Arbeitskraft und hoher Extraprofiten anzulocken. Gleichzeitig aber kämpfen die westlichen Länder selbst mit einer wirtschaftlichen Rezession (das genauere Wort »Krise« ist ja verpönt) und öffnen ihre Märkte nicht für Waren aus Osteuropa. Deshalb treten politische und militärpolitische Formen der Unterstützung der neuen osteuropäischen Machthaber in den Vordergrund.

Die sich dem kapitalistischen Systemwandel verschreibenden politischen Kräfte möchten durch den Beitritt zur NATO ihre Machtpositionen stabilisieren und festigen, um unter dem Schuttschild der Militärgemeinschaft die totale gesellschaftliche Umwälzung vollenden zu können. Der erste Schritt war die Teilnahme an der »Partnerschaft für den Frieden« der NATO. Dabei wurde kein Hehl daraus gemacht, daß dies der Vorbereitung des totalen NATO-Anschlusses dient. Nur die Reihenfolge und die genauen Zeitpunkte sind noch nicht festgelegt. Inzwischen häufen sich aber wechselseitige Besuche und »Erfahrungsaustausche« von militärischen Kommandeuren der NATO und Ungarns sowie gemeinsame Führungsübungen. In die Wege geleitet wurde eine Angleichung der Bewaffnung, Ausrüstung und Bekleidung der ungarischen Streitkräfte an die der NATO-Länder sowie die Anpassung des organisatorischen Aufbaus und der Kommandostrukturen. Die Regierung versuchte, wachsende Besorgnisse und Ängste der öffentlichen Meinung dadurch zu beschwichtigen, daß sie versprach, am Ende dieses Angleichungsvorgangs die Frage des NATO-Anschlusses durch eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen, also dann, wenn schon alles auf einen gemeinsamen Nenner gebracht wäre und – nach ihrer Hoffnung – die Volksabstimmung nurmehr eine leere Formalität wäre.

Unter den politischen Parteien des Landes war es allein die linke Arbeiterpartei, die sich konsequent gegen den NATO-Anschluß einsetzte. Im Herbst 1995 begann sie, Unterschriften jener Menschen zu sammeln, die eine sofortige Ausschreibung einer Volksabstimmung forderten, die dann eine klare Antwort darauf gegeben hätte, ob die Staatsbürger es überhaupt wollen, daß sich Ungarn an die NATO anschließt. Eine solche Volksabstimmung hätte noch beizeiten entscheiden können, ob die inzwischen begonnenen Anschlußverhandlungen und die praktischen Vorbereitungen überhaupt weitergeführt werden sollten – oder nicht. Obwohl diese Aktion der im Parlament nicht vertretenen Arbeiterpartei von der Presse und anderen Medien totgeschwiegen wurde, während die Regierung eine massive hintergründige NATO-Propaganda entfaltete, kamen für die Forderung nach einer sofortigen Volksabstimmung in dieser Frage binnen knapp zwei Monaten 170.000 Unterschriften zusammen.

Die ungarische Verfassung und das Gesetz über Volksabstimmungen schreiben vor, daß wenn mindestens hunderttausend gülti-

ge Unterschriften für die Abhaltung einer Volksabstimmung in einer bestimmten Frage vorliegen, diese ausgeschrieben werden muß. Die Nationale Wahlbehörde hatte die für solch eine Ausschreibung nötige Zahl von Unterschriften beglaubigt. Das Parlament verwarf jedoch – unter Bruch der Verfassung! – die Durchführung einer entsprechenden Volksabstimmung. Dies wurde damit begründet, daß zur Zeit in dieser Frage nur eine »meinungsbefragende Abstimmung« möglich sei, da ja eine echte Entscheidung des Volkes erst in Kenntnis aller Details eines Beitrittsvertrages Geltung haben könne. Die Ausschreibung einer rechtskräftigen Volksabstimmung sei nur für die Fällung einer endgültigen Entscheidung obligatorisch. Diese Interpretation widerspricht aber der ungarischen Verfassung, die die Ausschreibung einer Volksabstimmung binnen zwei Monaten bei Vorlage von hunderttausend Unterschriften ohne jegliche weitere politische Tüfteleien vorschreibt. Es liegt also ein offensichtlicher Verfassungsbruch vor. Das politische Ziel ist klar: Die echte Entscheidung soll nicht dem Volke überlassen werden, es soll ihm keine Gelegenheit gegeben werden, den eingeleiteten Anschlußprozeß wesentlich zu beeinflussen. Eine Volksabstimmung soll – wenn überhaupt – erst zwecks einer nachträglichen formellen Gutheißung ausgeschrieben werden, wenn das Volk schon vor vollendeten Tatsachen steht.

Die Arbeiterpartei hat gegen diesen offensichtlichen Verfassungsbruch eine Klage beim Verfassungsgerichtshof eingebracht. Dieser jedoch ist der Entscheidung auf eine Weise ausgewichen, die nur als zynisch bezeichnet werden kann. Er berief sich darauf, daß er in dieser Frage nicht zuständig sei, da das Parlament in dieser Angelegenheit kein Gesetz verabschiedet, sondern bloß eine Routineentscheidung getroffen habe, während der Entscheidungsbereich des Verfassungsgerichtes sich darauf beschränke zu prüfen, ob formelle Gesetze der Verfassung entsprächen. Dadurch hat der Verfassungsgerichtshof einem offensichtlichen Bruch der Verfassung die Stange gehalten.

Die im Parlament vertretenen Parteien haben also mit verfassungswidrigen Ausreden – bei Mittäterschaft des Verfassungsgerichtes – die Ausschreibung einer Volksabstimmung abgelehnt und dadurch den Weg in die NATO freigemacht. Zur gleichen Zeit haben sie sich jetzt auch das Gesetz über Volksabstimmungen vorgeknöpft: Die Zahl der verlangten Unterschriften soll wesentlich angehoben, die Vorschriften für die Rechtsgültigkeit verschärft werden, um in Zukunft keine so offensichtlichen Verfassungswidrigkeiten begehen zu müssen, wenn es darum geht, unerwünschte Volksentscheide abzulehnen oder einfach zu ignorieren.

Nachdem die Volksabstimmung »aus dem Wege geräumt« ist, bemüht sich die Regierung jetzt darum, den Prozeß des Beitritts zur NATO zu beschleunigen und unumkehrbar zu machen. Sie beteiligt sich an den »Friedensaktionen« der NATO in Bosnien und bietet amerikanischen NATO-Truppen einen Luftwaffenstützpunkt und einen Nachschub- und Ruhestützpunkt in Ungarn, auf denen ständig einige Tausend Amerikaner stationiert sind. Die hier befindlichen amerikanischen Soldaten machen auch Schießübungen auf ungarischen Militärübungsplätzen. Um es klarzumachen:

Formell ist Ungarn zwar nicht in der NATO, dafür aber die NATO in Ungarn – mit ihren Truppen. Und alle Zeichen weisen darauf hin, daß deren Aufenthalt in Ungarn als dauerhafte Anwesenheit geplant ist.

Während diese Generalprobe für eine Dauerstationierung von NATO-Militäreinheiten in Ungarn läuft, werfen schon weitere Folgen des geplanten NATO-Beitritts Ungarns ihre Schatten voraus. Durch den NATO-Beitritt würde Ungarn auf einen Großteil seiner militärischen Souveränität verzichten. Es würde darauf eingehen, daß ungarische Truppen unter fremdes Kommando gestellt und im Lande fremde Truppen stationiert würden. Es würde einwilligen, daß die NATO – sobald sie es einseitig als notwendig betrachtet – in Ungarn Atomwaffen stationieren könnte (was z.B. für Tschechien von der dortigen Regierung ganz strikt abgelehnt wird), wobei die Entscheidung über den Einsatz dieser Waffen im Ausland getroffen werden würde. All dies wäre von unübersehbaren Folgen für die Sicherheit des Landes begleitet.

Eine NATO-Mitgliedschaft Ungarns würde außenpolitische Komplikationen hervorrufen und unter Umständen zu einer Isolierung des Landes in seiner Region führen. Rußland hat schon nachdrücklich zu verstehen gegeben, daß es eine Ausweitung der NATO als feindseligen Schritt betrachten würde, der das Verhältnis zwischen Rußland und der NATO sowie seine Beziehungen zu den der NATO beitretenden osteuropäischen Ländern – darunter auch zu Ungarn – schwer belasten könnte.

Zur Zeit hat Ungarn mit keinem der NATO-Mitgliedsländer eine gemeinsame Grenze. Es hat auch keinen Zugang zum Meer, der einen direkten Kontakt zur NATO ermöglichen würde. Was die Nachbarländer betrifft, so ist allein in der Slowakei die Frage einer eventuellen NATO-Mitgliedschaft aufgeworfen worden; aber auch dies ist sehr fraglich. Das Auftreten unseres Landes als NATO-Mitglied, eingeklemt zwischen Staaten, die diesem Militärblock nicht angehören, müßte zwangsläufig zu neuen Spannungen und Komplikationen führen und würde dem Ausbau gutnachbarlicher Beziehungen auf der Basis eines gegenseitigen Vertrauens nicht gerade förderlich sein.

All dies beweist, daß der Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes, der Erhaltung des Friedens in dieser Region nicht durch einen NATO-Beitritt, sondern durch Festigung von Neutralität und gutnachbarlichen Beziehungen am besten gedient werden kann. Eben darum gibt die Arbeiterpartei ihren Kampf für die Neutralität und gegen den NATO-Anschluß nicht auf. Die neuesten Umfragen zeigen, daß die Zahl derer, die den NATO-Beitritt ablehnen und für die Neutralität des Landes sind, weiter ansteigt. Nun hängt es von der Einheit und Zusammenarbeit der Gegner des NATO-Beitritts bzw. der Anhänger der Neutralität – also von Kommunisten, Antifaschisten, demokratischen Patrioten, Antimilitaristen, Pazifisten, Umweltschützern sowie Verteidigern der Menschenrechte – ab, ob es gelingen wird, unseren gemeinsamen Willen bei den jetzigen Machthabern durchzusetzen.

WOLFRAM ADOLPHI

Wohin geht Europa im Osten?

Bericht und vier Tagebuchnotizen von einer Ost-West-Antwortsuche

Tagebuchnotiz I

Die europäischen Linken, heißt es, sind gegen die Maastricht-Verträge. Welche europäischen Linken? Die west- und die osteuropäischen? Wie groß ist Europa? Wer ist links in Europa? Und warum gegen Maastricht? Weil, so heißt es, Maastricht den Abbau des Sozialstaates, die Deregulierung, die hemmungslose Liberalisierung, mithin den Manchester-Kapitalismus reinsten Wassers in sich trägt. Aber wo in Europa greift denn Maastricht? Im Westen. Und was wird mit dem Osten? Will der Osten, daß Maastricht auch dort Einzug hält? Weil – vielleicht – der Manchester-Kapitalismus dort ohne Maastricht schon viel weiter vorangekommen ist als mit? Und ist es – nur mal als Beispiel – ein Zeichen des Gegen-Maastricht-Seins, wenn deutsche Linke für das Arbeitskräfte-Entsendegesetz plädieren, das – trotz manchen andersklingenden Arguments – in der Realität nichts anderes bedeutet, als den deutschen Arbeitsmarkt gegen ausländische – west- und osteuropäische – Konkurrenz abzuschotten? Und also hiesige relativ reiche Verhältnisse ebenso zu stabilisieren sucht wie dortige viel ärmere? Und dennoch am europa- und weltweiten Agieren des Kapitals aber auch nicht ein winziges Quentchen ändert?

Als die Einladung zum Kolloquium »Wohin geht Europa im Osten?« über den Bundesvorstand der PDS auf meinen Tisch kommt, erschrecke ich über das Ausmaß meines Nichtwissens. Es ist mindestens so groß wie das Nichtwissen so vieler Westdeutscher über Ostdeutschland.

Bericht – Erster Teil

Aber vielleicht ist wenigstens die Existenz von Fragen Zeichen guten Willens?

Fragen jedenfalls – und nicht Antworten – müssen es auch gewesen sein, die zur bemerkenswert gemeinsamen Einladung durch einen Politiker und einen Publizisten zu diesem dreitägigen Kolloquium in den großen Saal des Rathauses von Montreuil geführt haben. Der Politiker: Jean-Pierre Brard, Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, weltoffen-reformorientierter Kommunist und Bürgermeister von Montreuil, das mit seinen rund 100.000 Einwohnern als eine der großen Ost-Vorstädte von Paris noch immer ein Stück »Rote-Gürtel«-Geschichte atmet. Der Publizist: Jacques Kergoat, mit einigen Jahrzehnten beruflicher Erfahrung ausgestatteter Herausgeber der politisch-wissenschaftli-

Wolfram Adolphi –
Jg. 1951, Dipl.-Staats-
wissenschaftler, Dr. sc. phil.
mit Arbeiten zur Außenpoli-
tik der VR China und zur
Geschichte der deutsch-
chinesischen Beziehungen;
freiberuflich tätiger
Journalist, Mitarbeiter der
Redaktion UTOPIE kreativ.

Die Konferenz »Wohin geht
Europa im Osten?« fand in
Montreuil am 3., 4. und
5. Mai 1996 statt.

chen Zeitschrift »Politis la Revue«, die künftig vierteljährlich als »Politique la Revue« erscheinen und auch weiterhin durch ihre »kleine« Wochenzeitungsschwester »Le nouveau Politis« begleitet sein wird.

Und das Gewicht der Fragen zum Osten Europas ist augenscheinlich groß. So groß, daß die Stadt bereit war, trotz allen auch in Frankreich allgegenwärtigen Sparens ein Budget für das Kolloquium zusammenzubringen, das den rund 35 PolitikerInnen verschiedener linker Parteien, RegierungsberaterInnen, ÖkonomInnen, SozialwissenschaftlerInnen und JournalistInnen aus Rußland und Litauen, Polen und Bulgarien, Ungarn und Tschechien, Rumänien und Rest-Jugoslawien das Kommen erst ermöglichte und zudem noch für eine vorzügliche Konferenzorganisation einschließlich der Simultanübersetzung zwischen den drei Konferenzsprachen Französisch, Englisch und Russisch sorgte. Und so groß auch, daß noch einmal rund 35 französische UniversitätsprofessorInnen, WissenschaftlerInnen anderer Einrichtungen, wissenschaftliche MitarbeiterInnen von Gewerkschaftsgremien und PublizistInnen für die Konferenzmitarbeit gewonnen und täglich zusätzlich an die 150 Gäste aus der interessierten Öffentlichkeit begrüßt werden konnten.

Tagebuchnotiz II

Wie sympathisch, daß sich die Ernsthaftigkeit der Einladung und Fragestellungen auch im Titel der Konferenz widerspiegelte. »Wohin geht Europa im Osten?« war gefragt – und nicht: »Wohin geht Osteuropa?« Nicht um ein exotisch-fernes Osteuropa sollte debattiert werden aus dem distanzierten Blickwinkel des »sicheren« Standortes der westeuropäischen Metropole Paris heraus, sondern für Wechselwirkungen wollte man sensibilisieren. Nicht besserwisserisch Ratschläge wollte man geben, sondern einander sorgfältig zuhören.

Im Februar war »UTOPIE kreativ« an der Organisation des deutsch-linken »Crossover« in Berlin beteiligt, und auch da war sorgfältiges Zu- und Aufeinanderhören als eine offensichtlich langsam wieder in Mode kommende Tugend auszumachen gewesen. Im Saal des Montreuiler Rathauses konnte man die sprichwörtliche Stecknadel zu Boden fallen hören.

Bericht – Zweiter Teil. Themenkomplex: Privatisierung und wirtschaftliche Neustrukturierung

Die Debatte eröffnete der Moskauer Ökonom Boris Rakizki vom Institut für Perspektiven und Probleme Rußlands. Später in der Diskussion würde er noch einmal unterstreichen, daß die gegenwärtige russische Wirtschaft »nichts, aber auch gar nichts mit Marktwirtschaft im westlich bekannten Sinne zu tun« habe. Jetzt beschrieb er die Entwicklungen in Rußland wie folgt: Die Privatisierung habe mit Gorbatschow 1990 als Nomenklatura-Privatisierung begonnen, das heißt: die Nomenklatura transformierte ihre politische in ökonomische Macht. Unter Jelzin habe 1993 eine neue Etappe der Privatisierung eingesetzt – aber der Unterschied sei nur der, daß sich die Nomenklatura jetzt

In Osteuropa ist die gleiche sozio-ökonomische Logik dabei sich durchzusetzen wie im Europa von Maastricht, in den Ländern des sogenannten Nordens ebenso wie in denen des sogenannten Südens. Ost- und Westeuropa haben eine voneinander unterschiedene Geschichte, haben unterschiedliche gesellschaftliche Systeme kennengelernt, und in beiden Systemen sind beachtliche soziale Leistungen entwickelt worden. Auf diesen Leistungen aufbauend müssen Alternativkonzepte zu den monetaristischen und antisozialen »Konvergenzkriterien« von Maastricht entwickelt werden.

Catherine Samary, Thesen zur Montreuil-Konferenz:
 »Die Westlinke im Angesicht der Privatisierungen im Osten: Welche solidarischen Widerstandsachsen sind gegen die Markliberalisierung aufzubauen?«
 (Aus dem Französischen von W.A.)

»demokratisch« nannte. In Wirklichkeit müsse die Privatisierung von ihrem Beginn an als kriminell bezeichnet werden. Alle Diskussionen über demokratische Formen der Eigentumsentwicklung hätten sich als Schall und Rauch erwiesen, der Aktienkauf durch die Beschäftigten sei nirgends mit tatsächlichem Mitspracherecht gekoppelt gewesen, und eine Kapitalflucht von mindestens 100 Milliarden Dollar ins Ausland zeige, daß von einem »Eigentum verpflichtet« – Grundsatz nicht die Rede sein könne. Durch drei Grundprozesse sei die russische Privatisierung charakterisiert: durch die Flucht des Staates aus der Ökonomie, die Zerstörung der Industrie und die Degradierung der Bevölkerung.

Jean-Louis Moynet, Ingenieurökonom und ehemaliger Regionalfunktionär des Gewerkschaftsverbandes CGT, hielt dem mit der Erfahrung praktischen Einsatzes in der Konversion der Rüstungsindustrie Rußlands, der Ukraine und Bjelorußlands entgegen, daß die Privatisierung absolut notwendig und alternativlos gewesen sei – und »in einigen wenigen Fällen« habe sie ja auch »Dynamik hervorgebracht«. Allerdings seien die konkreten Schocktherapie-Wege wohl höchst untauglich gewesen – und ganz gewiß brauche es jetzt ein neues Eingreifen des Staates. Ob freilich die ostdeutschen Erfahrungen hinsichtlich der Art des Staats-Eingreifens vorbildlich seien, müsse bezweifelt werden. Dort habe man ein ungewöhnlich hartes und viel zu schnelles – eben auch schocktherapeutisches – Vorgehen gegen die Industrie beobachten können.

Noch klarer ging mit dem ostdeutschen »Beispiel« der französische Soziologe François Bafoil ins Gericht. Die Notwendigkeit der Schocktherapie sei hier damit begründet worden, daß die gesamte DDR-Wirtschaft für vollständig obsolet und damit das BRD-Modell als einzig gültiges erklärt worden sei. Das habe jede Art von Pluralismus im Herangehen an die anstehenden Entscheidungen verhindert – die »großen Illusionen des Jahres 1990« seien »zerstoben«, und »mindestens eine ganze Generation« werde es dauern, bis die Folgen der Schocktherapie überwunden seien.

Rossiza Chobanowa, Ökonomin an der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, berichtete von einer anderen Schocktherapie: von einer neuen Art »Cocom-Liste«, darin bestehend, daß die Weltbank keine Kredite für Projekte der tatsächlichen wirtschaftlichen Erneuerung Bulgariens bereitstelle. Der Zusammenbruch der alten RGW-Wirtschaftsverbindungen sei durch nichts ersetzt worden. Über 20 Prozent Arbeitslosigkeit unter den Hochqualifizierten, zwei Drittel der Bevölkerung unterhalb der offiziell benannten Armutsgrenze lebend, die Abwanderung von Zehntausenden hochqualifizierten Spezialisten, ein Nichtzustandekommen der ursprünglich so wärmstens empfohlenen Joint ventures, ein Ausbleiben ausländischer Direktinvestitionen, eine Verteilung von Hilfsgeldern zu 15 Prozent an die bulgarischen, zu 85 Prozent aber an die westlichen Partner, dazu ein auch nach 1993 immer weiter fortgesetzter Rückgang des Imports aus anderen Ländern Mittel- und Osteuropas von 49 Prozent 1991 auf 37 Prozent 1995 bei einem unausgeglichenen Wachstums des Imports aus der EU – dies sei die Bilanz von fünf Jahren Privatisierung, die keinen anderen als nur einen höchst pessimistischen Ausblick ermögliche.

Catherine Samary von der Universität Paris IX spannte den Bogen zum Westen: Diese Art der Privatisierung, die den Privatssektor nicht als Sektor, sondern als Totalität begreife, werde auf den Westen zurückschlagen. »Wir sind im gleichen Boot«, war der Kerngedanke ihrer Wortmeldung, denn: die Effektivitätskriterien, die im Osten gelten, seien die des kriminellen Privateigentums, und nun seien wir gemeinsam auf dem Weg zurück ins 19. Jahrhundert.

Die auf diese etwas ausführlicheren Vorträge folgende Debatte, die sowohl noch einige vorbereitete Kurzbeiträge wie auch eine längere Diskussion aus dem Saal heraus einschloß, drehte sich wesentlich um den politischen Charakter der jeweiligen Privatisierungsentscheidungen.

Die Privatisierung in Rußland, meinte der französische Ökonom Gilles Favarell-Garrigues, der in Jekaterinburg beratend tätig war, sei auch deshalb so schnell gegangen, weil die Verantwortlichen die Dinge schnell unumkehrbar machen wollten. Da aber noch jede juristische Grundlage gefehlt habe, habe sich der Staat selbst jeder organisierenden Einflußnahme beraubt. Und was die Joint ventures unter solchen Bedingungen angehe – sie würden lediglich dafür sorgen, daß die kriminelle Privatisierung nun eben vom Ausland aus betrieben werde.

László Andor, »UTOPIE kreativ«-LeserInnen aus Heft 63 bereits bekannter Ökonom aus Budapest, bilanzierte die Privatisierung in Ungarn so: Sie beseitige nicht die vorhandenen Disproportionalitäten, denn die Privatisierung von Staatskonzernen erbringe Privatkonzerne, die Privatisierung der Landwirtschaft aber habe zu ihrem Zusammenbruch – weil zur Zerstörung von Boden und Wald – geführt. Sie habe auch nicht zur Stabilisierung der Wirtschaft geführt, denn die Hälfte des Außenhandels sei durch die »innere« Preisgestaltung der Multis bestimmt. Die politische Realität sei, daß Begriffe wie »Menschenrechte« und »Pluralismus« zu reinen Schlagworten heruntergekommen seien. Privatisierung werde vor allem als kriminelle Korruption erlebt – die sozialen Konsequenzen dessen seien unvorstellbar tiefgreifend. Nicht eine Privatisierungs-, sondern eine Industrialisierungspolitik werde gebraucht – mit einer den Erfordernissen angemessenen Infrastruktur- und Bildungspolitik. Aber: Obwohl man zum Beispiel auch in der britischen Labour-Party über Re-Nationalisierungen nachdenke, fehle solchen Re-Nationalisierungen, wie sie auch in Ungarn dringend erforderlich seien, ein günstiges internationale Umfeld.

In Regierungsberater László Számueli fand Andor einen Widerpart aus dem eigenen Land. Man könne – so Számueli – die Krise nicht mit solcher Ausschließlichkeit auf die Privatisierung schieben. Gewiß: Privateigentum sei nicht automatisch das effizientere. Dennoch müßten die negativen Wirkungen abgeschwächt beurteilt werden. Ohne Privatisierung gäbe es überhaupt keinen Kapitalzufluß von außen. Und mit Bezug auf Rußland: Bei so schwachem Parlamentarismus wie dem dortigen sei Unabhängigkeit der Wirtschaft oberstes Gebot – und diese Unabhängigkeit könne nur durch Privatisierung erreicht werden.

Die Privatisierung als Ausdruck des festen Willens zum Beitritt zur EU charakterisierte Jiri Haval, Ökonom von der Prager

Der Widerstand muß ideologisch sein. Ideologisch: gegen ein einseitiges Denken, das im Kapitalismus einen Horizont sieht, hinter dem nichts mehr denkbar ist. Solcher Widerstand freilich schließt ein: radikale Kritik am real existierenden Kapitalismus, der eine Quelle wachsender weltweiter Unordnung darstellt; zugleich aber auch daran, was bisher weitverbreitet als »Sozialismus« begriffen worden ist. Es ist keine Linke denkbar ohne Besinnung auf die objektiven Fundamente des Sozialismus: auf die Befriedigung der Bedürfnisse und die sozialen Beziehungen, die dazu notwendig sind; auf eine soziale Demokratie, die es zu entwickeln gilt, und die durch nichts getragen sein darf als durch die Emanzipation des Menschen. Und der Widerstand muß sozial sein – erfordern eine Solidarität, die mindestens über Ländergrenzen hinweggehen muß, um effektiv werden zu können. – Catherine Samary, Ebenda.

Karls-Universität. Nur EU-kompatible Wirtschaftsstrukturen würden diesen Beitritt möglich machen. Allerdings habe Tschechien nicht den Schocktherapie-Weg gewählt. Eine Arbeitslosigkeit von 3 Prozent sei deutlichster Ausdruck dieser Entscheidung. Indes: Wollte man den Privatisierungsweg nachvollziehen, den Großbritannien gegangen ist, brauchte man 600 Jahre! Und so werde wohl auch der gegenwärtige gemächliche Kurs möglicherweise bald in Frage gestellt sein.

Dem fügte Petr Uhl, Journalist und Mitbegründer der »Charta 77«, zwei ergänzende Überlegungen zum tschechischen Weg behutsamer Privatisierung hinzu: Die konservative Regierung Vaclav Klaus habe sich zum einen für den Verzicht auf eine Schocktherapie entschieden, weil sie Tschechien deutlich vom »gefährlichen« Osten abgrenzen und isolieren wolle. Dies sei natürlich nur gegangen, weil die tschechische Wirtschaft nach der der DDR die bestentwickelte im Sozialismus gewesen sei. Der Abgrenzung wegen wolle Klaus auch lieber heute als morgen in die NATO. Mit dem EU-Beitritt aber verhalte es sich anders – und darin liege der zweite Grund für Behutsamkeit. Ein allzu schneller Beitritt könnte Tschechien zu eng mit den Strömungen des »westlichen Sozialismus« in Beziehung bringen, könnte zu einer Internationalisierung führen, an der man seitens der Konservativen nicht interessiert sei.

Auf das »Beispiel Ostdeutschland« brachte der französische Ökonom Norbert Holcblat noch einmal die Rede. Es sei auch bei gründlicher Prüfung nicht zu erkennen, welche vernünftigen Gründe es gegeben haben könne, die DDR-Industrie in solch gewaltigem Umfang zu vernichten. Die tschechische jedenfalls, die in vielem das gleiche Niveau gehabt habe wie die der DDR, habe nun vielleicht bessere eigenständige Entwicklungschancen.

Karol Modzelewski, Historiker aus Warschau und einstiger Solidarnosc-Führer, verwarf den Gedanken der Gleichsetzung von Tschechien und Ostdeutschland. Entscheidend für den Niedergang der DDR-Wirtschaft sei das nicht bremsbare Streben der DDR-Bevölkerung nach der D-Mark gewesen. Damit sei man sozusagen in einer Sekunde von 0 auf 100 gefahren. Gewiß habe sich die Treuhänder dann viele Irrtümer in der konkreten Privatisierungspolitik geleistet, aber die Grundentscheidung sei mit der D-Mark-Einführung gefallen – eine Entscheidung, die so in Tschechien überhaupt nicht zur Debatte stehe. Und im übrigen habe der katastrophale ökologische Zustand vieler Betriebe ihre Schließung erzwungen.

Die ostdeutschen Bedingungen nicht als unmittelbaren Vergleich, wohl aber als lehrreiches Beispiel begriffen wissen wollte Jiri Haval. Wenn, so sagte er, Tschechien jetzt in eine Währungsunion mit Deutschland käme, hätte die tschechische Industrie augenblicklich überhaupt keine Chancen mehr. Das tschechische Lohnniveau betrage gegenwärtig 10 Prozent des deutschen. Das sei also ein noch viel größerer Unterschied, als er zwischen der DDR und der BRD 1990 geherrscht habe. Was für den Fall eines EU-Beitritts unbedingt in Rechnung zu stellen sei.

Tagebuchnotiz III

Daß es zu einer ausführlichen Ostdeutschland-Debatte kam, hat mich ein bißchen überrascht. Aus einer ganz anderen Erfahrung des Jahres 1993 heraus. Damals hatte ich anlässlich einer Jahrestagung der Europabank für Wiederaufbau und Entwicklung in London versucht, mit JournalistInnen aus Osteuropa über eine gerade gehörte Birgit-Breuel-Rede, in der die Treuhandleistungen als unbestreitbarer Erfolg gepriesen worden waren, ins Gespräch zu kommen. Das Desinteresse, das meine Versuche hervorriefen, war nur zu verständlich: Schließlich war Ostdeutschland doch, wie man überall nachlesen konnte, in die festen und sicheren Hände der reichen Bundesrepublik geraten. Ungleich härter demgegenüber die materiellen Lebensbedingungen in Osteuropa, ungleich unsicherer die Perspektiven der Entwicklung einer marktwirtschaftlichen Infrastruktur. Da konnte ganz einfach kein Ohr da sein für Klagen um ostdeutsche Arbeitsplatzverluste – waren die doch immer noch mit einem Arbeitslosengeld »versüßt«, von dem man in Osteuropa nicht einmal zu träumen wagt! Man mußte es einfach klipp und klar zur Kenntnis nehmen: Ostdeutschland war nun nicht mehr Ost-, sondern Westeuropa. Und was sollte schlimm daran sein, wenn man sich in der Arbeitsplatzsuche nun in den Westen Deutschlands begeben mußte?: Deutschland ist vereinigt worden – warum die innerdeutschen zu europäischen Problemen hochstilisieren?

So 1993. Jetzt, 1996, ein durchaus verändertes Bild. Die deutschen Erfahrungen spielen offensichtlich eine Rolle, die Maßstäbe, die angelegt werden, sind nicht mehr nur die der materiellen Situation des einzelnen. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß man insgesamt nicht mehr so unmittelbar unter der Wirkung des Schocks der ersten Umbruchsjahre steht. Es wächst die Fähigkeit zur nüchternen Analyse des Ist-Zustandes und zum Blick auch ins Nachbarland.

Aber was tragen wir selbst eigentlich zu diesem Blick bei? Was haben wir selbst zu sagen zur Deutschland-Analyse in einer Weise, die anderen nützlich sein könnte? Und wie verarbeiten wir Osteuropa-Erfahrungen unsererseits? Schmerzhaft Defizite sind zu registrieren! Wie gehen wir dagegen an?

In Montreuil stand kein Deutscher auf der RednerInnenliste. Aber wenigstens blieb mir doch die Möglichkeit der Saal-Debatte. Wenig genug, was ich dann beisteuern konnte. Die Erfahrung zum Beispiel, daß die hohe Arbeitslosenquote in Ostdeutschland nun nach Westdeutschland zurückwirkt, weil die Ostdeutschen millionenfach als direkte Arbeitsplatzkonkurrenten der Westdeutschen in Erscheinung treten und dabei etwas tun, was sie ihrerseits dann den Osteuropäern auf ostdeutschen Baustellen oder in der ostdeutschen Landwirtschaft vorwerfen: Sie stellen ihre Arbeitskraft zu niedrigeren Löhnen zur Verfügung. Und sind damit – egal, was immer sie persönlich wollen – Instrumente der Aushöhlung des (westdeutschen) Sozialstaatsgefüges. Ost-west-deutsche Verhältnisse als Bestandteil des großen Ost-West-Europa-Problems.

Bericht – Dritter Teil. Themenkomplex: Was für ein System der sozialen Absicherung?

Walentin Roik, Direktor des Moskauer Instituts der Arbeit, umriß gleich zu Beginn das unerhörte Gewicht dieses Problemkreises. Es kann, so das Resümee seines Beitrages, von einer Herausbildung eines neuen Systems der sozialen Absicherung in Rußland überhaupt noch keine Rede sein. Weder die Absicherung der in Lohnarbeit Stehenden noch die Absicherung der Arbeitslosen genüge auch nur minimalen Ansprüchen. Einige der wesentlichen Faktoren dafür seien das weitere Absinken der Produktion, die massenhafte Absenkung von Löhnen und Gehältern, der unkontrollierte Abfluß gewaltiger Geldmittel aus eigentlich zum Staatsbudget gehörenden Fonds, die ebenfalls massenhafte Entstehung nicht erfaßter Massenarbeitslosigkeit und eine Verschlechterung der demographischen Situation. Der Staat habe dem Privatisierungskurs keinerlei Konzept der Reform des Sozialwesens zur Seite gestellt, es gebe weder eine öffentliche Debatte über die Notwendigkeit einer solchen Reform noch eine in diese Richtung gehende Gesetzgebung. Weder die Unternehmer noch die Beschäftigten noch der Staat seien gegenwärtig in der Lage, die ihnen angemessene Rolle in einem System der sozialen Absicherung zu spielen.

Auch in Rumänien, setzte die Professorin Livia Popescu von der Babes-Bolyai-Universität der Humanwissenschaften in Cluj fort, ziehe sich der Staat faktisch völlig aus seiner Verantwortung für die soziale Absicherung zurück. Eine Reform des Sozialwesens habe noch nicht stattgefunden, das alte System existiere mit all seiner Ineffizienz weiter fort, besitze keinen Bezug zu den Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen, und so erscheine der »dritte Weg«, der 1990/91 propagiert worden war und in dem man die Worte »Kapitalismus« und »Marktwirtschaft« vermieden hatte, mittlerweile als eine Zusammenfügung aller Negativa des Ostens und des Westens. Die Privatisierung der Wirtschaft habe nicht zu ihrer Effektivierung geführt – ergo könne sich auch kein neues System der sozialen Absicherung entwickeln.

Dominique Huez, französischer Arbeitsmediziner, schlug den Bogen nach Westeuropa, in ein erprobtes System sozialer Absicherung, und schilderte auf der Grundlage ausführlicher Studien den Verlust an Lebens- und Gesundheitsqualität bei denjenigen, die unter den heutigen scharfen Konkurrenzbedingungen Arbeit haben.

In der sich anschließenden Debatte wurde die Ratlosigkeit noch größer. Igor Jurgens, Vizepräsident der russischen Gewerkschaftsföderation, vermochte auf internationaler Ebene kein wirklich noch funktionierendes System der sozialen Absicherung zu entdecken, aus dem Vorbildliches für Rußland abzuleiten wäre. Schwedische Vorbilder? Japanische? Bruno Lautier, Soziologieprofessor an der Universität Paris I, lenkte die Aufmerksamkeit auf lateinamerikanische. Was für Gedinnas Pavirzis, den Vorsitzenden des Gesundheits-, Sozial- und Arbeitsausschusses des Parlaments von Litauen, aber nicht so ohne weiteres nachvollziehbar war. Auch für ihn stellte sich der Gesamtkomplex von Privatisierungs-Schocktherapie und Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung als gegenwärtig praktisch nicht beherrschbar dar.

Bericht – Vierter Teil. Themenkomplex: Die soziale Lage der Frauen

Mit der Privatisierung – so stellte Natalja Popowa vom Petersburger Zentrum für Geschlechterstudien im ersten Beitrag zu diesem Themenkomplex fest – wurde in Rußland die Diskriminierung der Frauen nicht nur nicht aufgehoben, sondern auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausgedehnt. Die Frauen stellten mit Abstand den größeren Anteil unter den Arbeitslosen. Ende 1993 waren 68 Prozent der Arbeitslosen in Rußland Frauen, unter denen wiederum 43,2 Prozent eine höhere oder mittlere Fachausbildung besaßen. Aber es sei nicht beim »bloßen« Verlust des Arbeitsplatzes geblieben. Alarmierend seien die jüngsten Zahlen über den Gesundheitszustand der Frauen, die sehr viel über den Niedergang der gesellschaftlichen Stellung der Frauen aussagten. So sei die Zahl an Brustkrebs erkrankter Frauen von – bezogen auf 10.000 – 36,4 im Jahre 1985 auf 47,1 im Jahre 1994 angestiegen. Die Syphilis sei wieder zu einer gesellschaftlich höchst relevanten Krankheit geworden: Habe es 1985 auf 10.000 Frauen 6,7 Erkrankungen gegeben, so liege diese Zahl heute bei 79,6. Bis zur Geburt geführte Schwangerschaften gebe es heute nur halb soviel wie 1985 – dennoch liege die Säuglingssterblichkeit bei 18,6 auf 1.000 Geburten. Diese Zahl sei in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ebenso ohne Beispiel wie die der Schwangerschaftsunterbrechungen. Diese liege absolut bei 83,4 auf 1000 Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, und in bezug auf die Geburten ergebe sich ein Verhältnis von 2,17 zu 1 – das heißt, zwei von drei Schwangerschaften werden abgebrochen. Nur 3,69 Prozent der russischen Frauen bedienen sich 1994 kontrazeptiver Schwangerschaftsverhütungsmittel, und nur 19,8 Prozent mechanischer Mittel wie Spiralen. Für eine große Zahl der Frauen stelle sich die Unterbrechung als die einzige Methode der Geburtenkontrolle dar. Präsidentenerlasse wie der vom 4.3.1993 »Über die vorrangigen Aufgaben staatlicher Frauenpolitik« seien bisher lediglich Papier geblieben.

Auch Katja Wladimirowa, Generalsekretärin des bulgarischen Arbeits- und Sozialministeriums, sah in der hohen Frauen-Arbeitslosigkeit in Bulgarien mehr als nur ein Problem momentanen Arbeitsplatzverlustes. Dies zu unterstreichen, erinnerte sie – im Vergleich zu den Jahren vor 1945 – an einige Leistungen des sozialistischen Bulgariens. Hatten zum Beispiel 1934 nur 2,5 Prozent der Frauen über 15 eine mittlere oder höhere Bildung, und mußten 43 Prozent der Frauen zu den Analphabeten gezählt werden, so waren es Ende der achtziger Jahre über 40 Prozent, die einen mittleren oder höheren Bildungsabschluß nachweisen konnten. Mehr als 95 Prozent der Frauen zwischen 25 und 49 waren berufstätig. Dies sei zum Teil ökonomisch erzwungen gewesen – habe aber zum anderen zu einer starken Beteiligung der Frauen am ökonomischen und sozialen Leben Bulgariens insgesamt geführt. Jetzt gebe es demgegenüber einen deutlichen Rückzug der Frauen. Nur 13 Prozent der 400 Abgeordneten der Nationalversammlung, 8,2 Prozent der Bürgermeister der Städte und 15 Prozent der Bürgermeister der Gemeinden seien Frauen. In den nachgeordneten Exekutivorganen hingegen seien Frauen noch zu 60 Prozent vertreten –

Der Aufbau Europas wird ein Prüfstein sein für diesen Widerstand. Die Linke auf diesem Feld – das heißt: eine europäische Kraft, die sich weigert, die Kriterien des Profitwettlaufs als »ewiges Gesetz« hinzunehmen – gilt es erst noch zu schaffen. ...

Wenn ein Widerstand zu den Maastricht-Kriterien nicht zustande kommt, dann ist es ziemlich unvorstellbar, wie ein glaubhafter Widerstand zu den Privatisierungen im Osten zustande kommen soll.

Catherine Samary, Ebenda.

dort, wo Entscheidungen nicht getroffen, sondern nur noch ausgeführt würden. Bis 1990 habe es in Bulgarien Quotenregelungen gegeben, die Ende der achtziger Jahre zu einem Anteil der Frauen an den politischen Wahlämtern von 33 Prozent geführt hatten. Jetzt gebe es nicht eine einzige Partei im Land, die über solche Quoten öffentlich nachdenke. Von dem für ganze Generationen unbekannt gewordenen Phänomen Arbeitslosigkeit seien die Frauen jetzt besonders hart betroffen. 55 Prozent der Arbeitslosen seien Frauen – und unter diesen wiederum müßten zwei Gruppen die stärksten Rückschläge hinnehmen: zum einen die Höchst- und zum anderen die Niedrigstqualifizierten. Bei hochqualifizierten Ökonomen ohne Arbeit betrage der Frauenanteil 82,6 Prozent, bei arbeitslosen Universitäts- und Hochschullehrern und Pädagogen 87,1 Prozent, bei arbeitslosem medizinischem Personal 73,5 Prozent und bei arbeitslosen Künstlern 68,7 Prozent. Bei den niedrigstqualifizierten Arbeitslosen betrage der Frauenanteil 57 Prozent. Die absolute Zahl dieser Frauen sei aber deutlich größer als die der arbeitslosen Hochqualifizierten, und ihr Absturz in die Armut vollziehe sich ungleich schneller.

Jacqueline Heinen von der Universität Paris VII nahm die in den Beiträgen ihrer Vorrednerinnen genannten Fakten als weitere Belege für einen Prozeß, den sie als auch in Westeuropa seit langem bekannte Feminisierung der Armut bezeichnete.

Christine Delphy, Soziologin und Redakteurin der Zeitschrift »Nouvelles questions féministes«, versuchte, den bedrückenden Zahlen Überlegungen zu für die Frauen in Osteuropa entstandenen Gewinnen an Freiheit und Selbstbestimmtheit entgegenzustellen. Mit einer Analyse der ostdeutschen Entwicklung führte sie aber anschaulich vor, daß diese Gewinne nur partiell und dann wohl auch höchst zerbrechlich sind. Unter die Überschrift »Das Ende der sozialistischen Version von der Gleichberechtigung der Geschlechter in der DDR« hatte sie ihren Beitrag gestellt und an die Hoffnung erinnert, die aus den vielen Reformgedanken der Jahre 1989/90 in der DDR auch für die Frauenbewegung in Frankreich erwachsen sei. Man müsse heute aber in aller Klarheit erkennen: Die Reformgedanken hätten ganz selbstverständlich auf dem basiert, was in der DDR an ökonomischer und sozialer Gleichstellung tatsächlich – und trotz mannigfaltiger Kritik am Erreichten – schon realisiert worden sei. Mit dem Anschluß an die BRD sei nicht nur dieses schon Erreichte verschwunden, sondern damit auch die Basis für die erdachten Reformen. »Im Resultat«, so die Rednerin, »haben die Feministinnen alles verloren.«

Das im Sozialismus an Gleichstellung Erreichte als positive Erfahrung zu nehmen, lehnte Maria Adamik, Soziologin am Soziologischen Institut Budapest, ziemlich vehement ab. Immer schon habe der ungarische Sozialismus die Mikroperspektive – den Blick auf die Familie – in seinen Gleichstellungsdeklarationen außer acht gelassen. In der Familie sei die Gleichstellung nie verwirklicht worden, und die neue politische Freiheit habe dieser sozialistischen Lüge leider kein Ende bereitet. Daß Ungarn nun in der Transition zu einem ausgesprochen frauenfeindlichen Staat geworden sei, hänge aufs engste mit den Lügen der Vergangenheit zusammen.

Die deutsche Vereinigung vermittelt einige Lehren über die Effekte einer Integration – freilich unter offensichtlich spezifischen Bedingungen: Sie war unter anderem getragen von der Hoffnung der Bevölkerung der ostdeutschen Länder, nun am Lebensniveau der Westdeutschen teilhaben zu können. ...

Aber vergessen wir nicht: Diese Vereinigung und die westdeutschen Transfers in den Osten werden jetzt benutzt als Begründung für einen Rundumschlag gegen die sozialen Errungenschaften, die einst das Modell einer »sozialen Marktwirtschaft« gebildet haben. Und im Falle einer Integration Zentral- oder Osteuropas in die Europäische Union wird es weder einen Staat geben, der gewaltige Finanzmittel zu transferieren in der Lage ist, noch »nationale« Kapitale – und auch keine mächtigen Gewerkschaften, wie sie in der BRD noch existieren. Catherine Samary, Ebenda.

Die Männergesellschaft gehe heute ebenso schnell auf beliebige Forderungen des Internationalen Währungsfonds ein wie früher auf die des RGW.

Ewa Malinowska, Leiterin eines Frauen-Wiedereingliederungszentrums im polnischen Lodz, spannte den Bogen wieder zurück zur Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit in Abhängigkeit von den Produktionsverhältnissen. In Polen sei die Frauen-Arbeitslosigkeit regional sehr unterschiedlich verteilt: Während sie in den großen Städten wie Warschau oder Krakow nur 8 bis 9 Prozent betrage, liege sie in der Region Olsztyn im Norden bei rund 30 Prozent – Resultat des Zusammenbruchs der staatlich-kollektivierten Landwirtschaft. Die Aussichten für diese Frauen, je wieder Arbeit – und damit die Art Lebensqualität, die sie immer als selbstverständlich empfunden haben – zu finden, seien äußerst gering.

Von noch ganz anderer Dimension waren die Probleme, von denen Zarana Pagic, Soziologin am Soziologischen Institut Belgrad, berichtete. In Serbien habe der Krieg zu katastrophalen Zusammenbrüchen aller bis dahin im modernen Jugoslawien gelebten gesellschaftlichen Strukturen geführt. Es gebe eine Re-Traditionalisierung großen Maßstabs: der Patriarchismus feiere in Gestalt eines »großen Führers« an der Spitze des Staates und ihn tragender feudal-kollektiver Strukturen Wiederauferstehung. Die Macht des Führers sei das Männliche – alles andere sei weiblich, sei unterdrückt. In den vertikalen Strukturen seien die Frauen praktisch völlig ausgeschaltet. Die einzige Möglichkeit, unter solchen Bedingungen zu überleben, ergebe sich in den horizontalen, in den Familienstrukturen. Und dort entwickle sich tatsächlich unter dem Druck des orientalischen Despotismus der Herrschenden eine »Gleichheit in der Machtlosigkeit«, in der die Frauen wenigstens eine gewisse Art der Solidarität, des Respekts voreinander erlebten. Dies alles aber habe nichts mit einer modernen Entwicklung zu tun, und nachhaltige Fortschritte irgendwelcher Art seien auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

Letzte Rednerin des Themenkomplexes »Die soziale Lage der Frauen« war eine ehemalige Ministerin, deren Ministerium wieder abgeschafft worden ist: Yvette Roudy, einstmals Ministerin für Frauenrechte in Frankreich. Sie ging zunächst noch einmal auf das Problem der Dauerarbeitslosigkeit ein: In Frankreich gebe es mittlerweile Arbeitslose der dritten Generation – Menschen also, die nie ihre Eltern zur Arbeit gehen sahen und so gar nicht mehr erahnen, geschweige denn wissen können, was es heißt, ein durch Arbeit bestimmtes Leben führen zu können. Dann griff sie den Gedanken ihrer Vorrednerin hinsichtlich einer Re-Traditionalisierung auf. Auch in Westeuropa werde das Mittelalter wieder lebendig. Auf vielen Ebenen erlebten die »Integristen« eine Renaissance: katholische Fundamentalisten zum Beispiel, die »pour la vie« (für das Leben) auch den Aufruf zum Töten nicht scheuten: zum Töten der Gegner der wieder heilig und absolut gesprochenen Familie. Die Ergebnisse, die hinsichtlich der Selbstbestimmung der Frauen in Europa in den letzten Jahrzehnten auf durchaus unterschiedliche Weise erzielt worden seien, seien jetzt in größter Gefahr.

Bericht – Fünfter Teil. Themenkomplex: Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik

Yollanta Kulpinska, Soziologieprofessorin an der Universität Lodz, eröffnete die Debatte zu diesem Themenkomplex und bezeichnete den »Schock der Arbeitslosigkeit« als »den höchsten Preis, der für die Transformation zu zahlen ist«, und die Arbeitslosigkeit als die größte Quelle der Armut. Es entstehe jetzt eine »neue Armut«, der hauptsächlich junge Menschen zugehörig seien, die sich ihren Lebensunterhalt schon nur noch in einer Art »Untergrundökonomie« verdienen könnten. In einer Gegenströmung entwickle sich allmählich Widerstand gegen die Privatisierungspolitik.

Marina Moskwin, Vizepräsidentin des russischen »Föderalen Beschäftigungsdienstes«, konstatierte ähnliche Armutsentwicklungen für Rußland. Noch sei – der Statistik zufolge – die Arbeitslosigkeit nicht übermäßig hoch. Das liege aber daran, daß sie oft noch nicht offiziell erfaßt sei. Zu rechnen sei in den nächsten Jahren mit einem Anstieg auf 13,5 Prozent. Das wären 10,1 Millionen Arbeitslose – etwa sechseinhalb mal soviel, wie es die gegenwärtige Statistik ausweist. Dazu kämen schon heute rund 520.000 »nahe Ausländer« – EinwohnerInnen der benachbarten ehemaligen Sowjetrepubliken.

Michel Husson, Ökonom aus Paris, machte mit seinem auf Westeuropa bezogenen Beitrag deutlich, daß mit Hilfe aus Westeuropa bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht gerechnet werden könne. 17 Millionen Arbeitslose gebe es in der EU, 12 Prozent betrage die Arbeitslosenrate – nichts deute darauf hin, daß die Versprechungen, die im Zusammenhang mit Maastricht zur Schaffung von 15 Millionen Arbeitsplätzen bis zum Jahre 2000 gegeben worden sind, auch nur in Ansätzen realisiert würden. Der einzige Ausweg, der sich wirklich anbiete – nämlich Arbeitszeitverkürzung hin zur Dreißig-Stunden-Woche – werde nirgends ernsthaft ins Auge gefaßt.

Tatjana Tschetwernina, Ökonomin am Forschungszentrum Arbeitsmarkt der Russischen Akademie der Wissenschaften, beschrieb einen interessanten Stimmungsumschwung in der russischen Öffentlichkeit: Zunächst habe man sich von einem gewissen Maß an Arbeitslosigkeit eine positive Wirkung auf die Arbeitsproduktivität erhofft. Dies sei jetzt nicht mehr der Fall – denn wenn es wirklich hier und da eine solche Produktivitätserhöhung gebe, werde der sich daraus ergebende Effekt für die Bevölkerung nicht positiv spürbar. Außerdem reiche das wenige Arbeitslosengeld nicht zum Leben.

Auch Stanislaw Cieniuch, jetzt polnischer Botschafter in Südafrika und mit Frankreich bestens vertraut, weil er hier in den achtziger Jahren Zuflucht vor der in Polen aus politischen Gründen staatlich über ihn verhängten Arbeitslosigkeit gefunden hatte, räumte Illusionen hinsichtlich der Wirkung und Entwicklung der Arbeitslosigkeit ein. Zwar sei durch die künstliche Vollbeschäftigung im Sozialismus eine hohe Arbeitslosigkeit voraussehbar gewesen – aber man habe doch geglaubt, die großen Anforderungen des Umbruchs würden diese Arbeitskräfte »aufsaugen«.

Nein, erklärte László Számueli aus Budapest, genau dieses

»Aufsaugen« werde es nicht geben. Man müsse den Tatsachen ins Auge sehen. Die Schock-Arbeitslosigkeit sei unvermeidlich gewesen, aber die jetzt entstandene Arbeitslosigkeit sei nicht mehr ein nur zeitweiliges Transitionsproblem. Sie werde bleiben – und: sie werde schlimmer werden als die Arbeitslosigkeit im Westen. Dies gehe nicht einmal so klar aus den Arbeitslosenzahlen hervor – die würden sich auf ähnlichem Niveau einpegeln wie die im Westen. Aber die Beschäftigtenzahlen – die seien der eigentliche Maßstab. Sie sanken in Osteuropa so rapide – und machten eben nachträglich deutlich, daß es in Osteuropa ganz andere Beschäftigungsstrukturen mit einem viel höheren Anteil an selbstverständlich arbeitenden Frauen gab. Und so sei die Wirkung dieses Absturzes der Beschäftigtenzahlen eben auch so unerhört dramatisch für die Entwicklung der osteuropäischen Gesellschaften insgesamt.

Claire Villiers von der Französischen »Aktion gegen Arbeitslosigkeit« wollte diese Dramatik nicht auf den Osten beschränkt wissen. Diese Arbeitslosigkeit sei nichts anderes als die gewaltige Niederlage des Systems Kapitalismus. Nicht in dem einen oder anderen Land, sondern in ganz Europa. Und darum seien auch gesamteuropäische Aktionen gegen die Arbeitslosigkeit, für eine neue Verteilung des Reichtums, für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit notwendig.

Tagebuchnotiz IV

Solche direkten Aufrufe zur Aktion waren selten auf dieser Konferenz von Montreuil. Und sie kamen schon gar nicht aus dem Osten. Auch Vorschläge zur Überwindung der Krise, geboren vielleicht sogar aus der einen oder anderen positiven Erfahrung, waren kaum zu hören. Zu groß ist wohl die Ratlosigkeit, und zu stark – jedenfalls im Osten – die Gewißheit der gerade erst erlebten Niederlage, als daß man Ratschläge zu geben hätte.

Aber wie wichtig gerade deshalb die Empirie!

Die nun aufzugreifen wäre, um in neuerlicher und fortgeführter Debatte dorthin zu kommen, wohin man mit dem Thema der Montreuil-Konferenz eigentlich schon gelangen wollte: zur wirklich übergreifenden Ost-West-Diskussion. Nur selten blitzte gesamteuropäische Sicht tatsächlich schon auf – die meisten der RednerInnen beließen es bei der Analyse nationaler Problemlagen.

Also gar kein Vorausblick, gar keine Visionen?

Bericht – Sechster Teil: Rundtischgespräch

Nein, für Visionen war auch der abschließende Runde Tisch zum Gesamthema der Konferenz nur schwer zu haben. Dabei war es eine kluge Regie, die an diesem Runden Tisch drei Leute zusammenkommen ließ, deren Erfahrungen des Linksseins in jahrzehntelanger politischer Auseinandersetzung einen überzeugenden Hintergrund gaben für ein Konferenzresümee. Petr Uhl, und Karol Modzelewski, beide weiter oben schon mit Diskussionsbeiträgen benannt, debattierten mit Gilles Martinet, im Jahre 1936 Führer der kommunistischen Studentenbewegung in Frankreich, später Mitbegründer der französischen Vereinigten Sozialistischen Partei, seit langem Beförderer des Ost-West-Meinungsaustausches.

Die Linke in Westeuropa muß ebenso wie die Linke in Osteuropa die Bevölkerung gegen die Wirkungen einer schutzlosen Integration in eine kapitalistische Welt sensibilisieren, in der die Effizienz sich einzig mißt an der Zerschlagung der sozialen Errungenschaften ...

Aber sie darf sich auch in keinem Falle mit jenen identifizieren, die ein »Europa der Reichen« zu bauen beabsichtigen. Dies gleichzeitig zu bewerkstelligen verlangt, auf ein ganz anderes Europa hinzuarbeiten – auf eines, in dem die unmenschlichen »Effektivitätskriterien« des globalisierten Kapitalismus nicht mehr der Maßstab aller Dinge sind.

Catherine Samary, Ebenda.

In beeindruckender Illusionslosigkeit stellte Modzelewski seine Sicht auf die Probleme dar. Noch einmal betonte er, daß der ökonomische Crash in Osteuropa als Folge des politischen Crashes unvermeidlich gewesen sei, da die Ökonomie bereits viel zu sehr von der Politik dominiert worden sei. Vielleicht – so weitete er den Blick über Europas Grenzen hinaus – sei es China, daß sich in dieser Frage vielleicht in einer anderen, langfristig besseren Position befinde: Hier sei die Politik seit 1978 bereits schrittweise hinter die Ökonomie zurückgetreten, darum gebe es jetzt die Chance einer evolutionären, einer nachhaltigen Transition. Eine solche Transition brauche jedoch Zeit – und: sie brauche eine Geduld der Bevölkerung, auf die man so, wie die Dinge in Europa sich jetzt entwickelten, kaum bauen könne. In Polen müsse man bereits von einer krassen Zerteilung der Gesellschaft sprechen: Schon jetzt gebe es an der Universität, an der er lehre, keine Bauernkinder mehr – die Bauern seien zu Bürgern zweiter Klasse geworden. Aber könne man modernisieren unter Ausschluß einer Hälfte der Bevölkerung? Ein solcher Versuch werde die Widersprüche weiter vertiefen und zu neuen Aggressivitäten führen. Man komme einfach nicht umhin, nochmals festzustellen: Die Linke Europas und der Welt habe keine Antwort auf die seit zwei Jahrzehnten herrschende Welle des Neo-Liberalismus. Und sie habe also auch keine Antwort für Osteuropa.

Als müsse es, meinte Martinet, wohl doch eben eine neue gesamteuropäische Linke sein, die Antworten entwickeln könne – Antworten, die aus den neuen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts erwachsen. Vertiefung der Demokratie sei eine der Forderungen, die der Westen immer aufgemacht habe. Jetzt stelle sich heraus, daß die repräsentative Demokratie sich verselbständige, immer weniger zur Problemlösung taugte, und es stelle sich die Frage nach einer verstärkten partizipativen Demokratie, nach mehr direkter Mitbestimmung des einzelnen. Und was sei mit der Erfahrung des Ostens im Umgang mit dem sozialistischen Volkseigentums? Könne sie nicht in all ihrer Widersprüchlichkeit Quelle sein für neue Überlegungen hin zu nicht privatisierten, sondern vergesellschafteten, aber relativ autonomen, von den Produzenten selbst gesteuerten Betriebsformen? Brauche man darüber nicht eine europaweite Debatte?

Gewiß, schaltete sich Uhl ein, man brauche die europaweite Debatte, denn man brauche die europaweite Veränderung des Gesellschaftssystems. Die tschechische Bürgerbewegung der Jahre 1989/90 sei von der Vision eines vereinten Europa geleitet gewesen – eines Europa der gemeinsamen Werte. Deutschlands Vereinigung freilich taugte dafür kaum als Vorbild – hier seien die gemeinsamen Werte durch die Kraft der D-Mark ersetzt worden. Wie aber solle ein vereintes Europa entstehen, solange die jetzigen Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten dazu führten, daß zum Beispiel die hochgebildeten tschechischen Spezialisten ihre Leistungen auf dem Markt zu einem Bruchteil des im Westen üblichen Preises anböten? Und also eine personifizierte Bedrohung ihrer Fachkollegen im Westen darstellten? So sei unerbittliche Konkurrenz vorprogrammiert und an eine nachhaltige Entwicklung

nicht zu denken. Der Osten habe das Modell des Westens minus Zivilgesellschaft gewählt – nun sehe sich der Westen der daraus erwachsenden Konkurrenz gegenüber und büße dabei ebenfalls an Zivilgesellschaft ein.

Also müsse, warf Catherine Samary vom Saal aus in die Podiumsdebatte ein, die Neuformierung einer europäischen Linken in der radikalen Kritik an den Maastrichter Verträgen ihren Ausgangspunkt haben. Maastricht biete keinen Raum für neue Formen der Demokratie, wie sie auf Gedeih und Verderb der Zivilgesellschaft selbst entwickelt werden müßten. Maastricht biete auch keinen Platz für neue osteuropäische Erfahrungen und deren Rückwirkung auf den Westen.

Aber, konterte Martinet: Was werde, wenn Maastricht-»Europa« scheitert? Dann werde höchstwahrscheinlich ein »Atlantisches Europa« mit einer D-Mark-Zone entstehen. Und das werde zwangsläufig neue Abgrenzungen von Osteuropa mit sich bringen. Ob da nicht Maastricht-«Europa« die vorzuziehende Variante sei?

Jean-Pierre Brard nahm die vielen Fragezeichen des Runden Tisches zum Anlaß für die Schlußbemerkung, daß der Linken noch gewaltige intellektuelle Anstrengungen abgefordert seien, bevor man zu tatsächlich griffigen Alternativen zum Deliberalisierungskurs der in Europa Herrschenden gelangen könne. Für das Gespräch der Linken untereinander sei eine weitere Ent-Diabolisierung bestimmter Begriffe notwendig – »Post-Kommunisten« zum Beispiel gebe es nun mal in West- genauso wie in Osteuropa, und niemand müsse sich seiner Zugehörigkeit zu dieser großen Gruppe von Linken schämen –, und man müsse in aller Nüchternheit nicht nur das Scheitern des stalinistischen Modells des Sozialismus konstatieren, sondern auch des sozialdemokratischen. Daß man in Osteuropa nach wie vor so gläubig auf die Kraft des westlichen Parlamentarismus vertraue, sei für ihn nicht völlig verständlich. Selbstbewußtsein sei gefordert in der Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen.

Und Jacques Kergoat, der Ko-Organisator der Konferenz, fügte dem hinzu: Der Kampf um Arbeit für alle müsse im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen. Denn nur mit Arbeit für alle sei Demokratie wirklich lebbar. Arbeit für alle sei der wichtigste Schritt hin zu einer *citoyenneté nouvelle*, einer neuen, selbstbewußten, mitgestaltenden Bürgerlichkeit.

ERNST THÄLMANN

Gefängnisbriefe (1939/40)

Teil II

[N 6 Bl. I-XI Archiv 94-99]
d. 5.3.1940

Lieber Genosse !

Wenn ich mich ausnahmsweise auf diesem Wege an Dich wende, so in der Gewißheit, daß Du meine Wünsche und Hinweise nicht nur entgegennimmst, sondern auch bereit sein wirst, dieselben weiterzuleiten.

Vorerst meinen heißen und revolutionären Dank für die solidarische Hilfe, die Du meiner Familie und damit auch mir erwiesen hast. Möge recht bald die Zeit kommen, wo es mir vergönnt ist, Dir persönlich durch einen revolutionären Händedruck diesen Dank abzustatten.

Nun zu einzelnen Fragen und Hinweisen:

1) Ich bitte Dich dringend und ernsthaft, die älteren Materialien von meiner Frau *unverzüglich eigenhändig* in Empfang zu nehmen und für die Weiterleitung an meine Freunde Stalin, Molotow und andere zu sorgen.

2) Bezüglich der Abgabe einer Erklärung zum Hitler-Regime, die auf Grund mehrfacher Aufforderung in der Vergangenheit an mich gestellt wurde, ist unter anderem auch meine Stellungnahme dazu in diesen Materialien niedergelegt. Sie ist eine wahrheitsgetreue Wiedergabe der gegenseitigen Aussprache und zugleich ein wichtiges historisches Dokument, auf dessen sorgfältige Zustellung hinsichtlich späterer Erinnerungen ich den allergrößten Wert lege. Außerdem ist es eine einwandfreie Information für Euch Alle, *ein gewisses Bild meiner Schicksalslage*.

3) *Zum Problem der Freilassung Thälmanns noch einzelne neue Hinweise:*

Am 3. März 1940 jährte sich der Tag, wo ich – unter stärkster Sicherheitsbewachung – rund sieben Jahre ununterbrochen in Einzelhaft im Kerker eingesperrt war. Erst in der letzten Zeit meiner Inhaftierung wurden mir besondere Vergünstigungen gewährt, aber auch mit der bewußten Absicht, nun auf diese Art mit *technisch illegalen* und unsichtbaren Methoden die Einstellung eines standhaft-revolutionären Kämpfers überprüfen und kennenlernen zu können. Vielleicht auch in dem trügerischen Glauben, um dadurch das Ziel zur Kapitulation möglicherweise erreichen zu können. Aber beide Methoden wurden sofort erkannt und dementsprechend gehandelt.

Teil I der Briefe wurde im Heft 67 (Mai) 1996 von UTOPIE kreativ veröffentlicht. Die vollständige Ausgabe erscheint im Dietz Verlag Berlin im Herbst 1996, herausgegeben von Wolfram Adolphi und Heinrich von Einsiedel, unter dem Titel: »Thälmann an Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939-1941«.

Die Gestapo und der Beauftragte in der Direktion des Gefängnisses versuchten es dann mit einer *neuen* Methode. Nach Abschluß des Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes zwischen der Sowjet-Union und Deutschland erfand die Gestapo und ihr Vertrauensmann in der Person des Oberdirektors hier im Gefängnis zum Zwecke der Beeinflußung auf mich, den Schwindel, daß meine mehrfach ausgesprochene feste Hoffnung auf Stalin und Molotow hinsichtlich meiner Freilassung eine verfehlte Hoffnung sei. Da die Wahrscheinlichkeit bestehe, daß meine ehemaligen Freunde mich heute vergessen und Freund Stalin und Molotow sich nicht für meine erhoffte Freilassung bei den Verhandlungen in Moskau eingesetzt hätten. Dieser böswillige Versuch und diese Auskundenschaftsmethode schlugen ebenfalls fehl. Einmal beabsichtigte man bei mir vorzufühlen, ob ich über meine Frau eine Verbindung zu den russischen Freunden habe und zum anderen glaubte man ernsthaft an den neuen Versuch, auf diese hinterhältige Tour, meine unerschütterliche Einstellung zum Wanken bringen zu können. Als dann monatelang vom Ausland kein Geld mehr durch die Post an meine Frau eintraf, benutzte die Gestapo auch diese Gelegenheit, um sie in schmutziger Weise in Verbindung mit dem schon vorher aufgetischten Schwindel für sich auszunutzen.

a) meine Frau wurde eines Tages plötzlich von der Hamburger Gestapo geladen (sicher im Auftrage der Reichs-Gestapo) und dort befragt, wo sie jetzt eigentlich von lebe und woher sie jetzt das Geld habe usw. Meine Frau hat eine geschickte und vortreffliche Antwort darauf abgegeben, die der Gestapo nicht die geringsten Anhaltspunkte zum Mißtrauen gab;

b) es wurde ein neuer Druck auf mich ausgeübt, mit dem Hinweis, daß es jetzt doch völlig klar sei, daß Freund (ironisch gemeint) Stalin und Molotow mich nicht nur vergessen hätten, sondern sogar in Geldangelegenheiten sich nicht mehr um uns kümmerten. Auch diese raffinierte Methode prallte wirkungslos bei uns ab. Ja, ich füge hinzu, selbst wenn dies die Wirklichkeit gewesen wäre, ich hätte nicht eine Sekunde geschwankt, nach wie vor derselbe zu sein und weiterhin zu bleiben.

4) *Gibt es heute einen Ausweg, der zur Freilassung Thälmanns führen kann?*

Von dem aktiven Eingreifen meiner russischen Freunde verspreche ich mir den *einzigsten* und *allein ausschlaggebenden* Erfolg zu meiner baldigen Freilassung.

Die weitere Frage, ob bei einer eventuellen Freilassung ein Verbleiben für mich in Deutschland überhaupt möglich und denkbar ist, muß ich glatt verneinen. Denn ich werde so unter Beobachtung, unter fortgesetzter Bespitzelung und unter Polizeiaufsicht gestellt, daß ein Verbleiben unter der Kontrolle und Aufsicht des jetzigen Regimes faktisch eine Fortsetzung meiner schicksalsschweren Leidenszeit bedeuten würde? Deshalb werde ich – so oder so – gemäß der Tatsachen dazu gezwungen, mir eine neue Heimat zu suchen. Für mich ist heute schon klar, daß die Sowjet-Union diese meine neue Heimat sein wird. Ob sie mir bei evtl. Freilassung meine Geburts- und Heimatstadt Hamburg als Wohnort gewähren werden, ist noch sehr zweifelhaft, da sie nichts mehr fürchten, als

die Autorität der Persönlichkeit, die nicht bedingungslos in ihrem Lager steht und die deshalb dauernd ein möglich unruhiges Gefahrenmoment signalisiert.

Also denkt an Euren tapferen Kämpfer und unbeugsamen Revolutionär, der ungebrochen und standhaft an der heiligen Idee des Kommunismus festhält und der seine revolutionäre Pflicht auch hier im Kerker erfüllt, indem er allen Lügen und Angriffen gegen das sozialistische System immerfort trotzend, mit der größten Leidenschaft und mit überzeugenden Argumenten alle hier antreffenden offenen und versteckten Gegner des Sowjet-Systems sowie unklare Menschen wirksam und sehr oft *erfolgreich* bekämpfte und mehr oder weniger überzeugte. Während meiner langen Kerkerzeit habe ich die sozialistische und im allgemeinen grandiose Entwicklung in der Sowjet-Union stets mit glühender und unbeirrbarer Begeisterung verteidigt, so daß schon heute fast überall hier im Gefängnis anerkennend darüber gesprochen wird. In tiefer Liebe und unverbrüchlicher Treue gedenke ich der genialen Führer in der Sowjet-Union und weise, wo es nur möglich, alle Angriffe gegen meine teuren Freunde energisch und rücksichtslos zurück.

5) *Eine kurze Ergänzung zu der Frage, wie ist gegenwärtig die Stimmung und Einstellung in der NSDAP und in anderen Kreisen des deutschen Volkes zu der Sowjet-Union und ihre[n] Führer[n]?*

Hitler und Ribbentrop sind ehrlich und aufrichtig für die Fortsetzung und weitere Festigung der Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjet-Union. Am 30. Januar 1940 hat Hitler in seiner großen Rede die Sowjetunion und Italien als fast *gleichrangige* Partner für Deutschland behandelt. In der letzten Hitlerschen Rede im Hofbräukeller in München wurde zwar Italien und die Sowjet-Union vor Japan in den Vordergrund gestellt, aber das Schwergewicht wurde weitaus stärker auf Italien gelegt. Das erklärt sich aus *innerparteilichen* Gründen oder aber es sind noch andere mir nicht bekannte Gründe dafür ausschlaggebend gewesen. Das Glückwunschtelegramm Hitlers an Stalin zum 60. Geburtstag war zweifelsohne eine große Sensation. Dr. Goebbels selbst, sein Apparat (zum größten Teil) und viele seiner Freunde sind nicht mit dem Russenpakt einverstanden und *schweigen* wissentlich dazu oder arbeiten im *stillen* und für den politischen Laien *ungemerkt* dagegen. Nur einzelne greifbare Beispiele:

a) Die Neujahrsansprache von Dr. Goebbels war im wesentlichen ein Rückblick auf das Jahr 1939. Alle wichtigen politischen Tatsachen des Jahres 1939 wurden von ihm genannt und behandelt, aber der so bedeutsame deutsch-sowjetische Freundschaftspakt mit keinem Wort. Das war *Absicht* und *kein Zufall*.

b) Auch im Referat in der Massenkundgebung in Posen am 18. oder 19. Januar 1940 von Dr. Goebbels gehalten, wurde *nichts* erwähnt von der Bedeutung der Sowjet-Union, trotzdem er dort die ganze Polenfrage und die Kriegsprobleme behandelte. (Von einem Menschen der einmal die Theorie aufstellte, daß Bolschewismus und bürgerliche Demokratie eins seien und der im Schwindeln und im Lügen gegen die Sowjet-Union sich schon oft den ersten Preis und die goldene Medaille erobert hat, kann man nicht erwarten, daß er der Wahrheit die Ehre gibt).

c) Zu einem Kameradschaftsabend einer Propaganda-*Ersatz*-kompanie in Potsdam am 10.1. d.J. nach Abschluß ihrer militärischen Ausbildung waren u.a. anwesend: Dr. Goebbels, Dr. Ley, Generalmajor Schröder, Oberst von Wölfen u.s.w. Außerdem der Leiter der Abteilung Deutsche Presse im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, *Ministerialrat Fritsche*. Es heißt in der Presse u.a. die »PK« Männer also die *neuen Männer* der Kriegsberichterstattung wirkten u.a. mit an dem »Don-Ersatz-Kosaken-Chor« (!!!). Warum denn keine Aufführung mit dem Motto »Kampf gegen England« oder »Raubstaat England« oder »Intelligence Service«? (Nebenbemerkung: Die Männer der Propagandakompanien des Heeres, der Marine und der Luftflotte haben gewissenhaft (?) das Erbe ihres Leiters übernommen und verstehen sich glänzend und raffiniert im Lügengeschäft).

d) In der Presse werden die neuen aufsteigenden Produktionsziffern insbesondere die Gesamtzahlen für das Ergebnis der Produktionsentwicklung für das Jahr 1939 der Sowjet-Union nicht gebracht. In den Vorjahren, wo das Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjet-Union immer ein gespanntes gewesen ist, war es mir möglich, fast alle wichtigen Produktionsziffern statistisch zu erfassen und Vergleiche bis zurück zum Jahre 1926 aufzustellen. Jetzt bei dem Freundschaftsverhältnis zwischen der Sowjet-Union und Deutschland bekommt meine hier aufgegliederte Statistik eine Lücke, da die Produktionszahlen im Endergebnis für 1939 sowohl in der »B.B.Z.« wie in der »DAZ« nicht gebracht wurden. Zwar werden die für Deutschland nützlichen Artikel aus der »Iswestija« und der »Prawda« fortlaufend gebracht, aber sonst bringt man nur Brocken von Produktionsziffern aus Sowjetrußland und keine *Gesamtzahlen* der steigenden Produktionsentwicklung. Also insofern ist es schlechter zu vorher geworden und auch die jetzt von deutschen Verlagen über die Entwicklung in der Sowjet-Union herausgegebenen Broschüren, so z.B. »Schlag nach über Rußland« sind ganz unvollkommen und alte, teilweise ungenaue Zeitungsstatistiken.

e) in einem kurzen Artikel »Der neue Disraeli« in der »DAZ« vom 8.1. d.J. heißt es u.a.: »Der neue Disraeli«, der nach dem Ende der Aera Blum und dem Abgang Litwinows allein, allerdings in der Schlüsselstellung der Kriegshetzer, übriggebliebene »dritte Jude« hatte alles darangesetzt, um die [in] ihn gesetzten Hoffnungen seiner Rassen- und Gesinnungsgenossen zu erfüllen. Kommentar überflüssig. (Der Präsident der sowjetrussischen Umsiedlungsdelegation, Litwinow, wurde später feierlich und herzlich vom Gouverneur Dr. Frank in Krakau empfangen, wenn auch die deutsche Presse den Namen ungern oder auf Order überhaupt nicht brachte).

Das sind einzelne Beispiele der Tätigkeit des Reichsministerium[s] für Volksaufklärung und Propaganda.

Von Rosenberg und seinen engsten Freunden kann man nicht erwarten, daß sie Interesse und Zustimmung zeigen für den deutsch-sowjetrussischen Pakt.

Die Gestapo (und sehr wahrscheinlich auch ihre Führung) ist ebenfalls keineswegs begeistert von dieser neuen Entwicklung mit

der Sowjet-Union. Diese mir bekannten und nicht ganz unbedeutenden Hauptauffassungen gegen die Sowjet-Union innerhalb der NSDAP. spiegeln sich mehr oder weniger in der Gesamtpartei, wenn auch nicht so ausgeprägt, wider. Die antibolschewistische und antirussische Politik ist noch zu fest innerhalb der NSDAP. verankert. Immerhin ist die Tatsache auffallend, daß in der deutschen Presse schon seit vielen Monaten ideologisch nicht mehr ganz offen gegen Bolschewismus und Marxismus (diese Begriffe werden bekanntlich seit Jahren in der deutschen Presse und in der Politik der NSDAP. getrennt behandelt) geschrieben und gekämpft wird. Nur zur Zeit des 30. Januar d.J. wurde davon verschiedentlich Abstand genommen.

Gegenwärtig sind leider auch der größte Teil der festgebliebenen sozialdemokratischen Funktionäre und ihre festen Anhänger gegen die Sowjet-Union und ihre Führer eingestellt. Zwei Hauptgründe sind dabei für sie ausschlaggebend:

a) sie glauben fest daran, daß die Sowjet-Union die Schuld trägt, daß es zum Kriege in Deutschland mit England und Frankreich gekommen ist, weil die Sowjet-Union mit Deutschland das Bündnis vereinbarte. Sie behaupten ferner, wenn das Bündnis der Sowjet-Union mit Deutschland nicht gekommen wäre, hätte Deutschland es nicht in der Polenfrage zum Krieg kommen lassen. Der mögliche Fall, daß England und Frankreich den Krieg gegen Deutschland begonnen hätten, leuchtet ihnen nicht ein. Selbst die Frage, daß Deutschland das ungelöste Polenproblem dann in 3-4 Jahren später mit allen Konsequenzen aufgerollt hätte, verneinen sie ebenfalls. Die alte sozialdemokratische Ideologie, wenn auch in neuer Form, tritt hier wieder drastisch in Erscheinung. Der bestechende Gedanke für den Sturz des nationalsozialistischen Regimes ist zwar die innere Triebkraft zu dieser antibolschewistischen Einstellung.

b) In der Finnlandfrage sind sie ganz [folgt ein Wort unleserlich, evtl. »verdreht«] und vertreten den verbitterten Standpunkt, daß die Sowjet-Union die Frage Finnland genau so ag[g]ressiv in Angriff genommen habe, wie Deutschland die österreichische, tschechoslowakische und polnische Frage. Selbst die taktischen Verschiedenheiten, die sich im jeweiligen Vorgehen dieser beiden Großmächte auf der Verhandlungsgrundlage zu ihren Gegenpartnern ergaben, wollen sie nicht wahrhaben und anerkennen. Aber noch viel weniger begreifen sie (besser wollen sie nicht begreifen) die Grundumrisse und Grundgedanken *der* Politik, wie sie sich in den grundsätzlichen Unterschieden einmal aus der Problemstellung der Sicherung, Festigung und Ausbreitung des sozialistischen Systems und zum anderen aus der Problemstellung der Sicherung, Festigung und Ausbreitung des kapitalistischen Systems mit seiner imperialistischen Expansion ergeben. Leider sind sie auch hier fast unbelehrbar und erkennen nicht ihre, wenn auch ungewollt vertretenen kapitalistischen Auffassungen.

Bei den ehemaligen Kommunisten gibt es leider auch in diesen zwei Hauptfragen einzelne unklare Auffassungen, die in Form von trotzkistischen Abweichungen hervortreten. Aber im allgemeinen ist die übergroße Mehrzahl des deutschen Volkes mit dem Freund-

schaftsbündnis zwischen Deutschland und der Sowjet-Union voll- auf und zustimmend einverstanden, ja, sie hat darüber hinaus eine sehr starke und wirklich echte Sympathie für die Sowjet-Union und ihre Führer, besonders für Stalin und Molotow, die sie besonders von der guten Seite in den letzten Monaten kennenlernten.

Ich erlaube mir, auf einzelne Vorschläge aufmerksam zu machen hinsichtlich der letzteren politischen Frage, ohne dabei den Anspruch zu erheben, sie als vollkommen oder ausreichend, als spruchreif oder als unabänderlich zu halten. Aber als allgemeine Richtpunkte für bestimmte dementsprechend einzuleitende politische Maßnahmen können sie gelten und Anregung geben.

Erstens: *Zur Popularisierung der Entwicklung in der Sowjet-Union in Deutschland.*

Alle neuere deutsche Literatur, die mir bis heute bekannt ist und zugunsten der Sowjet-Union geschrieben wurde, ist so arm an Lebendigkeit vom Leben des sozialistischen Systems und bringt nicht das *Wesentliche* der Entwicklung in der Sowjet-Union, wie z.B. die grandiose Aufwärtsentwicklung, wie sie mit Hilfe der Stalinschen Fünf-Jahrespläne zur Durchführung gebracht wurde (auch in Zahlen auf verschiedensten Gebieten in den letzten zehn Jahren).

Das jetzt viel gekaufte Buch »Schlag nach über Rußland« herausgegeben von den Fachschriftleitungen des Bibliographischen Instituts AG. Leipzig (Kostenpunkt 50 Pf) ist nur ein oberflächlicher Abklatsch aus den deutschen Zeitungsstatistiken der Vergangenheit (teilweise auch unrichtige Produktionsziffern) und es fehlen ausgerechnet die neuesten Produktionszahlen der immerfort ansteigenden Aufwärtsentwicklung der Sowjet-Union. Es ist auch sonst völlig ungenügend und im ganzen schlecht. Trotzdem sagte mir meine Frau, daß beim Einkauf in der Buchhandlung in Hamburg das Buch mehrfach vergriffen war und daß schon die vierte Sendung vom Verlag angeschafft werden mußte, um der starken Nachfrage Rechnung zu tragen. Ein eklatanter Beweis für das Bedürfnis des deutschen Volkes für diese billige deutsche Sowjet-Literatur, das überall in Deutschland heute stark vorhanden ist.

Ich schlage deshalb vor, folgendes zu überlegen und evtl. einzuleiten:

a) ein *billiges* Buch oder besser *billige* Broschüre von einem großen deutschen Verlag möglichst bald herauszugeben oder herausgeben zu lassen mit der Überschrift „*Sowjetrußland spricht*“ oder »Hier spricht die Sowjet-Union« oder »Tatsachen aus Sowjetrußland«. Es muß alles *Neueste kurz* und *klar* enthalten und mit *überzeugender Lebendigkeit* und volkstümlicher Frische geschrieben sein. Es muß im Inhalt taktvoll gehalten sein, daß es in jeder Beziehung geeignet ist, eine Brücke der weiteren Freundschaft zwischen der Sowjet-Union und dem deutschen Volke zu schlagen.

b) dem Bibliographischen Institut durch irgendeine Sowjetstelle alle neuesten und richtigen Produktionsziffern und sonstige wichtige kurze Tatsachen aus der Sowjet-Union zu übermitteln zwecks Ergänzung und Erneuerung für den Inhalt der bereits herausgegebenen Broschüre;

c) entgegen dem Nachlassen der günstigeren Berichterstattung über die Entwicklung in der Sowjet-Union in den deutschen Zei-

tungen, für eine *neue Auffrischung* zu sorgen und entsprechende Maßnahmen *anzubahnen*;

d) die baldige Aufführung von den besten russischen Filmen in Deutschland durchzusetzen.

Zweitens: In der Frage, der fälschlichen Behauptung, die hier und da aufgestellt wird, daß die Sowjet-Union schuld daran sei, daß es in Deutschland zum Kriege mit England und Frankreich gekommen sei, vielleicht durch ein Interview von Stalin oder Molotow eine *bolschewistische Antwort* zu geben. Ebenfalls in der *Finnlandfrage* müßt Ihr die glänzenden Argumentationen in der Molotow-Rede, die er in dieser Frage überzeugend dargelegte, in neuer oder in anderer Form wieder in der Öffentlichkeit auffrischen und in Erinnerung bringen. Denn wer hat die Molotow-Rede gelesen? Wer kennt diese glänzenden Argumente in der Finnlandfrage? Wer hat sie noch im Gedächtnis und wer erinnert sich ihrer Behandlung in der Finnlandfrage heute noch? Vielleicht sollte Molotow in Form eines Interviews in einer deutschen Zeitung die absolute Rechtfertigung der Sowjet-Union in dieser Frage erneut darstellen?

Wenn ich in Form von Hinweisen und Vorschlägen zur Verbesserung der Stimmung für die Sowjet-Union Euch hier zu unterstützen und zu helfen versuche, so deshalb, weil ich glaube, daß unsere führenden Genossen gegenüber Deutschland allzu bescheiden sind, was die Propaganda für die Sowjet-Union anbetrifft. Der jahrelange Haß- und Lügenfeldzug in Deutschland gegen die Sowjet-Union muß paralysiert werden, die Zeit und die Gelegenheit dazu ist außerordentlich günstig und muß mit neuer Intensität ausgenutzt werden.

Zum Schluß einzelne Bemerkungen zu einer für mich weniger angenehmen Sache, zu der Frage der Regelung in der Geldangelegenheit mit meiner Frau. In der ganzen Zeit als noch das Geld aus Paris mit der Post an meine Frau gesandt wurde, hatte die Gestapo fast wenig oder gar kein Mißtrauen gegenüber meiner Frau hinsichtlich evtl. Verbindung mit Auslands- oder Inlandsstellen. Als dann von Mitte August 1939 an monatelang kein Geld mehr aus Paris ankam, wurde die Gestapo mißtrauisch und Ende Januar 1940 wurde schließlich meine Frau geladen. Man mußte vermuten, daß meine Frau jetzt von irgendeiner Stelle auf illegalem Wege ihr Geld weiterhin bekommt, aber die ausgezeichnete Antwort, die meine Frau bei der Hamburger Gestapo auf die Frage, wovon sie jetzt lebe usw. abgab, hat zweifelsohne das vorhandene Mißtrauen wieder beseitigt. Die kurz darauf überwiesene Geldsumme einer dänischen Genossin über einen Verlag in Stockholm (400 schwedische Kronen = 236,50 RM.) an meine Frau hat weiter zur Beruhigung bei der Gestapo beigetragen. Die Gestapo ist bekanntlich in meinem Falle so eingestellt, daß sie bisher gegen Geldsendungen, die aus dem Ausland an meine Frau geschickt wurden, keine Einwendungen erhob, da die Übermittlung dieser Geldsendungen an meine Frau schon von Anfang an auf *legalem* und *offiziellem* Wege vor sich ging. Auch heute noch ist die Einstellung bei der Gestapo vorhanden, wie die letzte Übermittlung des Geldes sogar mit einem parteilich gehaltenen Brief aus Stockholm zur Genüge beweist.

Deshalb eine möglichst baldige Regelung, am besten auf völlig *legale* und *ganz offizielle* Art.

Welche Möglichkeiten sind heute dafür gegeben?

a) durch die legale Post über eine Auslandsstelle eines neutralen Staates, in dem noch keine Devisenbewirtschaftungsgesetze verordnet sind; oder

b) durch die legale Post *offiziell* und *direkt* von Moskau aus, *vorangesetzt*, daß es die außenpolitischen Beziehungen und sonstigen politischen Abmachungen zwischen der Sowjet-Union und Deutschland erlauben und gestatten sollten. Evtl. sogar durch entsprechende vorherige Mitteilung an die Gestapo, also ungeniert aus Moskau an meine Frau regelmäßig absenden. (Das wäre der größte *erfolgreiche* Schlag gegen den Lügenschwindel der Gestapo, daß Stalin und Molotow mich heute vergessen hätten); oder

c) durch regelmäßig monatlich eingeleitete Sammlungen in den auf deutschem Boden sich befindenden sowjetrussischen Instanzen. Evtl. Mitteilung vorher an die Gestapo und völlig legale offizielle Übermittlung des Geldes durch die Post.

Die vielseitigen Anregungen, die ich in dieser Frage hier gegeben und niedergelegt habe, sind nicht etwa der Absicht entsprungen, Ansprüche von Euch zu erheben oder Forderungen zu stellen. Nein, das liegt mir nicht. Das Recht habe ich und beanspruche ich auch nicht. Denn erst als ich durch meine Frau davon unterrichtet wurde, daß Du und meine Freunde gerne bereit sind, uns zu helfen, unterbreite ich Euch diese Vorschläge, in der Hoffnung, durch beiderseitige Übereinstimmung diese Angelegenheit für die Zukunft so zu regeln, daß hiermit alle hemmenden Unannehmlichkeiten oder sonstige vorhandenen Verdachtsgründe seitens der Gestapo endgültig aus dem Wege geräumt werden.

Zur letzten Information:

Meine Frau ist echt, zuverlässig und vor allem schweigsam und sie hat im Laufe meiner Kerkerjahre viel gelernt und Erfahrungen auf dem Gebiete der Illegalität gesammelt, sodaß Du mit vollem Vertrauen und auch in allen anderen Fragen mit ihr Dich aussprechen und ohne Gefahr zu laufen unterhalten kannst.

[N 8 Bl. o.N.-II Archiv 122-122ob.]

d. 30.4.1940

Teurer Genosse!

Wenn ich mich auf diesem ungewöhnlichen Wege an Dich wende, so in der Hoffnung und Gewißheit, daß Du meine ernsthaften Wünsche nicht nur entgegennimmst, sondern sie auch so oder so erfüllen wirst.

1) Ich bitte Dich dringend und mit allem Ernst, doch meine Frau endlich zu erlösen von den alten mitgebrachten Materialien. Denn die Gefahr, der sie ausgesetzt ist, indem sie diese Materialien aufbewahrt und nötigenfalls bei sich trägt, muß beseitigt werden. Durch unvorhergesehene Unglücksfälle könnte doch einmal etwas passieren, noch dazu wo wir in Deutschland unter verschärften Kriegsverhältnissen stehen.

Schon wegen meiner schriftlich niedergelegten Stellungnahme

hinsichtlich der mehrfachen Aufforderung an mich, ob ich bereit bin eine Erklärung abzugeben, ist die sofortige Abnahme dieser Materialien nicht nur eine revolutionäre Selbstverständlichkeit, sondern auch ein Akt der tiefsten revolutionären Solidarität.

2) Zur sofortigen Regulierung in der mir schon peinlich und unangenehm berührenden Geldfrage schlage ich folgendes vor:

a) Sollte es nicht möglich sein, die Übergabe des Geldes an meine Frau *offiziell* über Moskau beziehungsweise eine andere Stelle übermitteln zu können, so bleibt nur noch als letzte Entscheidung folgender Vorschlag übrig:

b) Meine Frau teilt der Gestapo mit, daß sie gestern früh in ihrer Wohnung von einem ihr völlig unbekanntem Menschen eine Summe Geldes übermitteln bekommen habe (die entsprechende Summe Geldes wird mit angegeben). Der Mann sei sofort wieder weggegangen, ohne seinen Namen zu nennen oder sonstige Bemerkungen gemacht zu haben. Er habe nur gesagt, daß die Freunde aus der Sowjet-Union mir diese Summe Geldes übermitteln ließen, da sie annehmen, daß sie sich in finanzieller Not befinde. Er habe die Summe Geldes in Reichsmarkscheinen hingeählt und sei sofort weggegangen. (Über Aussehen und Kleidung des Mannes wird sie schon auf dementsprechende Fragen an Sie zu antworten wissen).

Wenn Du Bedenken gegen diesen Vorschlag haben solltest, so gibt es noch einen anderen Ausweg und der ist:

c) die jetzt in Deutschland verweilende russische Wirtschaftsdelegation unter Führung von Teßwojan [?] übermittelte ihr ganz offiziell die dementsprechende Summe Geldes oder ein Vertreter der Schiffsbesatzung eines im Hamburger Hafens liegenden russischen Dampfers überbrachte ihr eine Summe Geldes von russischen Freunden übermitteln (der russische Dampfer muß wirklich im Hafen liegen, denn vom 10. Mai an geht es doch im Hamburger Hafen wieder los).

In allen diesen Fällen halte ich es für zweckmäßig, daß meine Frau die Gestapo am nächsten Tag in Kenntnis setzt, damit sie in punkto Geldfrage von der Gestapo nicht mehr belästigt und befragt wird. Ob die Gestapo diese Mitteilung zur Kenntnis nehmen wird, ohne Folgerungen daraus zu ziehen, entzieht sich meiner vorherigen Beurteilung. Aber so wie es heute läuft, geht es auf keinen Fall weiter. Ich bin Dir im voraus dafür dankbar, daß Du meine der Not gehorchenden Wünsche zu erfüllen weißt und drücke Dir mit tiefer Herzlichkeit die Hand. Teure und revolutionäre Grüße an Dich und alle Freunde.

[N9 Bl. I-XII Archiv 144-149ob.]

Mitte Juni, 1940

Zur politischen Information an Dich und an einzelne Deiner treugebliebenen Glaubensgenossen

Als ich in diesen Tagen, im Rückblick auf die politische Lage in Deutschland, die Entwicklung der letzten Jahre bis zur Machtübernahme Hitlers überdachte, dabei auch einen Ausblick auf die

gegenwärtige Situation in Europa mit ihren logischen Folgerungen auf die Zukunft nahm, wurden mir einzelne Deiner politischen Bemerkungen, die Dir treue Genossen unterbreitet und mitgeteilt hatten, noch viel klarer.

Und wenn Du das letzte Mal in der Besuchszeit auf dem üblichen Wege zu mir sagtest, was würden diese Genossen denken und sagen, wenn sie durch mich erfahren würden, wie Du die gegenwärtige Lage beurteilst, glaube mir, sie würden dann ganz und gar verzweifeln? Oder auf gut deutsch ausgedrückt, sie möchten auch von mir lieber Wunschträume und Utopien zur Lage zu hören bekommen, als eine reale, zwar bitter klingende Beurteilung der voraussichtlichen Entwicklung zur Kenntnis nehmen. Hierbei werfe ich die zur Klarstellung wichtige Frage auf: weshalb sind bei mir, trotz der siebenundeinviertel Jahre schon andauernden Kerkerhaft, bei dieser nüchternen, aber richtigen Einstellung über Gegenwart und Zukunft, keine solche Verzweiflungsstimmungen aufgekomen? Eine einfache und doch klare Antwort gibt Euch Auskunft: weil ich revolutionär und konsequent und zugleich logisch denke, ohne von Wunschträumen zu faseln, in der Beurteilung der internationalen Lage von festen Grundsätzen ausgehe und in Fragen Kommunismus und im Urteil der Außenpolitik der Sowjetregierung keine Schwankungen und Abweichungen kenne noch zulasse. Aber überlege Dir einmal, ist es nicht verständlich, wenn diese mit Skeptizismus und mit unklaren Gedanken behafteten Genossen schon auf Grund des Nichteintreffens ihrer eigenen Wunschträume immer stärker zur Verzweiflung gedrängt werden? Angenommen, mein Blick über das Bild der Lage würde auch noch unklar sein, sie würden dann, beim Nichteintreffen meiner – in diesem Falle – falschen Voraussagen noch tiefer zur Verzweiflung hingetrieben? Es ist gut, daß es nicht so ist! Die Wahrheit auszusprechen, ist meistens schwer, wenn sie bitter und unangenehm wirkt, aber besser ist es, sie trotzdem auszusprechen, als gefesselt zusehen, wie andere in der Gefangenschaft ihrer Fata morganas dahin vegetieren.

Jetzt einzelne Bemerkungen zur politischen Entwicklung in Deutschland in den Jahren bis zur Machtübernahme durch Hitler: Um ganz im orthodoxen Sinne einmal zu sprechen, will ich die Frage des Rätsels aufwerfen, ob man nicht Thälmann, als den langjährigen damaligen Führer der K.P.D. eine gewisse Schuld zumessen könne, weil die K.P.D. den Vormarsch und Aufstieg der N.S.D.A.P. nicht verhindert habe?

In einer unserer letzten Zwiesgespräche wurden von Dir die Wortausdrücke »radikaler« oder »linker« benutzt. Auf die kapitalistische Parteienbewegung sind diese Wortausdrücke des öfteren anwendbar. In unserer Bewegung finden diese Wortbegriffe nur dann Anwendung, wenn es sich um eine spezielle Bezeichnung einer Opposition innerhalb der Partei oder um Abweichungen usw. von der Parteilinie handelt. Denn nach den kommunistischen Parteigrundsätzen gibt es weder »Radikaleres« noch »Linkeres« hinsichtlich der Politik der offiziellen Parteiführung. Gewiß; es gab auch damals oppositionelle führende Parteigenossen, die in ver-

steckter Form gegen ein Zusammengehen mit der S.P.D. waren. Auch bezüglich der weiteren Entwicklung der N.S.D.A.P. waren diese sogenannten »Radikalen« so »überraadikal«, daß z.B. einer von ihnen, nämlich Heinz Neumann, die konterrevolutionäre Theorie predigte, »daß der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland nach der Errichtung der faschistischen Diktatur (sprich nach der Machtübernahme Hitlers) erst kommen werde [Ausführungsstriche fehlen] oder wie die S.P.D. Führer damals propagierten, »daß der Faschismus in Deutschland sich abwirtschaften müsse.« Also Heinz Neumann und die sozialdemokratischen Führer stellten die These auf, »laß die Faschisten ran an die Macht, unsere Ernte kommt nachdem.« Das Ergebnis dieser Ernte ist uns in Deutschland zur Genüge bekannt, Worte zu finden, für diese ruchlose Entwicklung, ist fast unmöglich. Dazu kommt neuerdings die Theorie verzweifelter Glaubensgenossen, »daß nach dem militärischen Sieg Hitlers die proletarische Revolution komme.« Alle drei hier genannten Theorien sind klarer Unsinn und ganz und gar falsch, die beiden ersten sind offen konterrevolutionär, sie aber erzeugen gefährliche Illusionen in unseren Reihen und schwächen zugleich vorherige revolutionäre Kampfesgrundlagen.

Die damals schon drohende Gefahr der NSDAP für die proletarische Bewegung in Deutschland wurde zwar auch von uns und teilweise auch von unseren Freunden mehr oder weniger unterschätzt, erst im Jahre 1932 wurde unser Blick klarer, wo es schon zu spät war. Als dann im September 1932, auf der Tagung der Exekutive, der politische Kurs um 180 Grad besonders zur Sozialdemokratie hin und unmittelbar auf die proletarische Revolution gerichtet wurde, war es für beides, als strategische Wendung betrachtet, leider schon viel zu spät. Denn dazu waren die Nazis schon zu stark und überall in Deutschland in der SA und SS in militärischen Gliederungen bewaffnet organisiert und zum anderen die SPD nicht gewillt, im offenen Kampf gegen die Nazis mit uns gemeinsam vorzugehen. Aber nehmen wir den Fall an, wir hätten schon in den Jahren 1926 – 1928 mit der SPD ein Bündnis auch hinsichtlich der gemeinsamen Regierungsbildung abgeschlossen? Wäre dann die Entwicklung in Deutschland wesentlich anders verlaufen, als es der Fall gewesen ist? Die Antwort darauf ist nicht schwer und doch klar zu geben. Denn das hing in allererster Linie mit davon ab, ob die SPD gewillt war, *ihre bisherige Politik einer umfassenden Änderung zu unterziehen*. Ein interessantes Problem, von der die weitere Entscheidung der Entwicklung in Deutschland wesentlich beeinflußt worden wäre! Wir änderten also unsere Politik zur SPD (schon Jahre vor der Machtübernahme Hitlers), aber nicht unsere prinzipielle Politik. Aber die Sozialdemokratie mußte logischerweise ihre vorher eingeschlagene prinzipielle Politik ändern, wenn ein gemeinsamer und entschlossener Kampf gegen den Kapitalismus aktiv herbeigeführt werden sollte? Vielleicht werden jetzt einzelne sagen, war denn die SPD nicht stets bereit für den Sieg des Sozialismus einzutreten und dementsprechend auch gewillt den Kapitalismus zu bekämpfen?

Nein! Denn sie wollte, besonders in Deutschland, im Rahmen

des Kapitalismus den Sozialismus durchführen (wie es angeblich auch zu tun die Nazis, wenn auch in anderer Form, fälschlich angeben). Oder wenn wir mit Brandler sprechen, der vor dem Reichsgericht in Leipzig fast dieselbe Theorie in den Worten ausdrückte: »er wolle auf dem Boden der Verfassung die proletarische Revolution durchführen.« Die K.P.D. hatte demgegenüber ein klares Programm: nicht im Rahmen des Kapitalismus oder auf dem Boden der Verfassung oder mit der kapitalistischen (die Nazis behaupten fälschlich ihrer sozialistischen) Wirtschaft führt der Weg zum siegreichen Sozialismus, *sondern nur durch den Sturz des Kapitalismus in einer dafür geeigneten, das heißt revolutionären Situation.*

Denn je drohender die Gefahr des Herannahens der proletarischen Revolution für den Kapitalismus wird, um so stärker wird er alle auf dem Boden des Kapitalismus sich bewegenden politischen Kräfte einzuspannen versuchen, um sie in den Kampf gegen die [sich] formierenden Kräfte der proletarischen Revolution zu werfen.

In ruhiger und selbstsicherer Überlegung komme ich heute zu dem Entschluß, daß bei einem bündnismäßigen Zusammengehen mit der SPD, schon in der fortlaufenden Praxis, bei der Erfüllung der revolutionären Aufgaben, das Programm der KPD mit dem Programm der SPD kollidiert hätte. Es sei denn, daß die SPD Lehren aus der historischen Entwicklung zu ziehen bereit gewesen wäre, was dann die Aufgabe ihres bisherigen Programms erfordert hätte? Konnte und wollte die SPD ihr Programm zugunsten der revolutionären Bewegung ändern, opfern oder gar aufgeben? Ich behaupte »Nein«! Denn einmal wollte sie Regierungs- und Oppositionspartei im Rahmen des Kapitalismus bleiben, zum anderen dachte sie nicht im entferntesten daran, ihre Politik in die taktisch veränderte Politik der KPD. aufgehen zu lassen.

Selbst aus den großen Lehren der historischen Entwicklung in Deutschland, die zum Siege des Nationalsozialismus führte, hat bedauerlicherweise die internationale Sozialdemokratie nicht die notwendigen Konsequenzen und Folgerungen gezogen, während es in der Politik der Komintern in weitgehen[d]stem Maße geschehen ist und durchgeführt wurde. Ihre verderbliche Politik, die in Deutschland mit dazu beigetragen hat, daß der Faschismus zum Siege kam, findet im internationalen Maßstab auch weiterhin, in etwas geänderter Form, ihre Fortsetzung. Ein paar krasse Beispiele dafür sollen hier illustriert und gekennzeichnet werden:

1) Sofort nach der Besetzung Dänemarks durch die deutschen Truppen hat der sozialdemokratische Ministerpräsident [**Scavenius** folgt der schwer lesbare Name] seine Regierung, die aus Sozialdemokraten und Demokraten zusammengesetzt war, durch je drei Vertreter der Opposition, der *Konservativen* und der *Venstra* erweitert, trotzdem Sozialdemokraten und Demokraten die absolute Mehrheit im dänischen Reichstag haben.

2) In Schweden wurde der 1. Mai 1940 zum ersten Male als »Staatsbürgertag« gefeiert. Die Sozialdemokraten demonstrierten gemeinsam mit zwei der *Rechtsparteien* und allen anderen *sonstigen bürgerlichen Parteien*.

3) Mit dem Rücktritt der Chamberlain-Regierung Anfang Mai 1940 wurde bekanntlich das Kabinett durch Churchill neu gebildet.

Die neue Regierung in England, mit dem Premierminister Churchill an der Spitze, einschließlich der Staatssekretäre, umfaßt: 29 *Konservative*, 11 Vertreter der Labour-Party (also Sozialdemokraten), 4 Simon-Liberale, 3 Oppositionsliberale, 1 Vertreter der Nationalen Arbeiterpartei, sowie 7 Vertreter, die an keine Parteien gebunden sind.

Als führende Persönlichkeiten der Labour-Party sind im konservativen Kabinett zu finden u.a. Attlee, Greenwood, Bevin, Morrison, Alexander und Dalton.

Im *Kriegskabinett der Konservativen* sitzen neben Churchill und Chamberlain, der Vorsitzende der Labour-Party, der Sozialdemokrat Attlee und mit ihm zusammen sein Parteigenosse Bevin, als Vorsitzender der englischen Gewerkschaften.

Ein Ausspruch Stalins, der schon vor 14 Jahren (also 1926) gesagt hat, soll hier besonders in Erinnerung gebracht werden: »Es gibt eine Kraft, die das englische Imperium zerstören kann und unbedingt auch zerstört wird. Das sind die englischen Konservativen. Sie sind diejenigen Kräfte, die das britische Imperium unvermeidlich dem Untergang entgegenreiben.« [Es folgt eine auf den Rand geschriebene, in der Vorlage nicht lesbare Einfügung.]

Die internationalen Sozialdemokraten wollen auch heute noch im Rahmen des Kapitalismus und gemeinsam oft mit den reaktionärsten Vertretern der Bourgeoisie angeblich den Sozialismus durchführen. Sie haben nichts gelernt oder wollen nichts lernen aus der Historik der Entwicklung in den letzten Jahrzehnten. Zwei große und geschichtlich entscheidende Lehren stehen vor uns: Die siegreiche proletarische Revolution im Jahre 1917 in Rußland und ihre grandiose Entwicklung zum wirklichen Sozialismus auf der einen und die nationalsozialistische Umwälzung im Jahre 1933 in Deutschland mit ihrer reaktionären Entwicklung und [ein Wort nicht lesbar, entweder den oder ihren] faschistischen Folgerungen auf der anderen Seite. Für jeden ehrlichen Marxisten und Sozialisten, muß es heute klar sein, daß *der Sieg der russischen, der einzigen proletarischen Revolution, der unter der Führung der bolschewistischen Partei erkämpft und errungen wurde, nur durch den radikalen Sturz des Kapitalismus ermöglicht und erreicht wurde.*

Kann man ernsthaft annehmen, daß damals die sozialdemokratische Führung und mit ihr ein ausschlaggebender Teil ihrer Funktionäre einsichtig genug und dazu entschlossen gewesen wäre, einen offensiven Kurs in Deutschland einzuschlagen, der unter besonderer Berücksichtigung der nationalen Eigenart und Verhältnisse den Lehren, Erfahrungs- und Bewegungsgesetzen der siegreichen russischen Revolution entsprochen hätte? Ich behaupte, nein und niemals!

Das ist die geschichtliche Tragik, die mit dazu beitrug, daß es in Deutschland zum Siege des Nationalsozialismus gekommen ist! Selbst im internationalen Maßstab gesehen, hat sich die Politik der Sozialdemokratie, trotz der deutschen Lehren, fast nicht geändert. Aus ihrer falschen programmatischen Einstellung zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer dementsprechenden Politik zum kapitalistischen Staatssystem ergibt sich ganz von selbst ihre falsche Stellungnahme zur siegreichen Oktoberrevoluti-

on in Rußland. Auch ihre fehlerhafte Haltung zur sozialistischen Sowjet-Union ist die logische Folge dieser falschen Politik. Warum attackieren die deutschen Sozialdemokraten neuerdings wieder die Außenpolitik der Sowjet-Regierung? Weil sie nicht erkennen oder nicht erkennen wollen, daß die Sowjet-Union, das einzige Land in der ganzen Welt ist, wo unter Führung der bolschewistischen Partei mittels der proletarischen Revolution der Sturz des Kapitalismus siegreich gelang, die Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitalismus verwirklicht und der Sozialismus in seiner freien Entwicklung in der Praxis durchgeführt wurde.

Sie wollen diese staunenerregende und grandiose sozialistische Entwicklung dieses Systems nicht begreifen, denn selbst die kühnsten Träume von Marxisten sind noch übertroffen worden? Die große Bedeutung dieser historischen Entwicklung wird gerade jetzt um so klarer, weil mit dem militärischen Siege Hitlers in Europa, die zwangsmäßige Ausbreitung des Faschismus unvermeidlich ist. Schon deshalb muß jeder ehrliche Marxist erkennen, daß *jede* Anwendung in der Außenpolitik der Sowjetregierung, die diesem Lande verstärkte militärische Sicherung, neuen Raumgewinn mit strategisch verbesserten Positionen und im allgemeinen Nutzen bringt, auch dann richtig ist und unterstützt werden muß, wenn die Sowjetregierung, selbst über die Brücke von zweckmäßigen Bündnissen mit faschistisch orientierten Mächten, diese sozialistischen Vorteile errang und durchzuführen mußte. Die Stalinsche Politik des Friedens und der Sicherung der Grenzen erforderten notwendige Schlußfolgerungen. Denn die bereits durchgeführten und vielleicht noch durchzuführenden notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des friedlichen und glücklichen Lebens der Völker der Sowjet-Union, kommen im späteren Zeitraum auch der revolutionären Weltbewegung zunutze.

Wie kleingläubig und einfältig dumm sind doch manchmal selbst revolutionäre Menschen, wenn sie diese Handlungen nicht begreifen und das nötige Verständnis entgegenbringen. Führen wir uns die gegenwärtige Situation einmal ernsthaft vor Augen ohne irgendwelche Sentimentalitäten: dazu nur drei bestechende Hinweise, die schon vieles zu klären vermögen:

1) angenommen, wenn Stalin damals mit England und Frankreich zusammengegangen wäre, ist es nicht wahrscheinlich, daß Deutschlands Sieg bestimmt über Frankreich, aber darüber hinaus auch über England gekommen wäre? Die Frage, ob Deutschland dann gegenüber der Sowjet-Union ebenfalls hätte siegen können, ist zwar mehr als zweifelhaft zu beantworten? Trotzdem hätte die Sowjet-Union in diesem Falle entgegen ihrer jetzigen außerordentlich günstigen und verbesserten Position, den Kürzeren gezogen. Die Sowjet-Union hätte dann nicht die Segnungen des Friedens genießen und sich dem inneren Aufbau ihres Staates widmen können, eine längere Kriegezeit wäre unvermeidlich gewesen, dazu den Prestigeverlust mit den Geschlagenen verbündet gewesen zu sein. Und zuletzt hätte die drohende Gefahr bestanden, daß im Verlauf des Krieges, Deutschland versucht hätte, von der Ostsee und vom Finnischen Meerbusen, von Polen, Litauen, Estland, Lettland, evtl. von Finnland aus, die Sowjet-Union anzugreifen.

2) Die Frage, daß auch nach der Niederwerfung Frankreichs und Englands Deutschlands Angriffsbasis gegen die Sowjet-Union gegeben ist, ist zwar richtig, nur mit dem nicht ganz unbedeutenden Unterschiede zu vorher, indem es heute schon viel schwieriger ist, von den von Deutschland beherrschten Gebieten aus, die Sowjet-Union anzugreifen. Denn einmal durch die militärisch weitaus verbesserte und strategisch gefestigte Lage im neuen Grenzbereich der Sowjet-Union, zum anderen durch den Vorteil der Friedenszeit, in der ein Vorsprung auf allen Gebieten der militärischen Vervollkommnung zu verzeichnen ist, ist dem Lande eine wesentliche Stärkung seiner militärischen Festigung gesichert worden.

3) Der abgeschlossene Handelsvertrag mit Deutschland gab der Sowjet-Union die Gewißheit, ihren sozialistischen Aufbau im bisherigen Tempo fortzusetzen, was bei einem Zusammengehen mit Frankreich und England ganz unmöglich gewesen wäre?

4) Mit der Ausschaltung zweier Großmächte aus dem Machtbereich des europäischen Kontinents, wäre logischerweise eine gewisse Schwächung der Sowjet-Union eingetreten, falls sie sich in einem Bündnis mit diesen Mächten damals eingelassen hätte? Darüber hinaus wäre es auch nicht zum Vorteil für die marxistische Bewegung in Europa und in der übrigen Welt gewesen, wenn die Stabilität der sozialistischen Sowjet-Union darunter mit gelitten hätte?

5) Die jahrelange Einkreisungspolitik gegen die Sowjet-Union, die mit der Antikominternmächtspolitik unter der Führung Deutschlands durchgeführt wurde, ist mit dieser Außenpolitik durchbrochen und von der Sowjet-Regierung damit gesprengt worden. Die Wendung in der Außenpolitik der Sowjetregierung im allgemeinen und der außenpolitische Kurs, der im Sommer 1939 mit der Bereitschaft zum Abschluß des engen russisch-deutschen Einvernehmens eingeschlagen wurde, läßt uns wieder einmal das große Genie eines Staatsmanns und Revolutionärs, wie Stalin es ist, aufs deutlichste erkennen. Er, der gemeinsam mit seinem nächsten und teuren Freunde und Parteigenossen Molotow, diese niederschmetternde Entwicklung für Frankreich und England und den Sieg Deutschlands schon damals voraussah, handelte klug und entschlossen, im Interesse der revolutionären Weltbewegung, indem er die Vorteile für die Sowjet-Union geschickt auszunutzen verstand, auch wenn er sich, ohne irgendwelche Konzessionen einzugehen, vorübergehend mit dem faschistischen Teufel verband. Die Völker der Sowjet-Union verehren Stalin, der als Revolutionär und Marxist den Weg zum Lenker der Geschichte Rußlands fand und dessen staatsmännischer Blick sich darin zeigte, daß er es erneut verstand, die Geschicke der Völker der sozialistischen Sowjet-Union in die einzig richtigen Bahnen zu lenken. Unsere in dieser Frage schwankenden Genossen, tun gut, ungewollt eingedrungene sozialdemokratische Tendenzen baldigst abzuschütteln und darüber hinaus sich zu entschließen, ihre volle Solidarität mit den Völkern der sozialistischen Sowjet-Union und ihrer bolschewistischen Führung auszudrücken.

Denn ein Beharren auf ihrem fehlerhaften und falschen Standpunkt wird sie in neue Widersprüche hineintreiben. Dazu nur ein Beispiel von so vielen:

Als die Sowjet-Truppen in Finnland einmarschierten, trat bei einzelnen unserer sonst festen Leute eine Stimmung auf, daß die Sowjetregierung es ja ebenso betreibe, wie es Hitler an anderer Stelle Europas getan habe. Aber selbst wenn zwei dasselbe tun, wie Ihr in Eurer falschen Einstellung behauptet habt, so ist es nicht immer dasselbe. Das hattet Ihr nicht erkannt und nicht begriffen. Denn heute sagt Ihr, von herzlichen Sympathien für die Sowjet-Union getrieben, wenn Hitler Frankreich und England besiegt hat, dann gehen alle zusammen auf die Sowjet-Union los. Wenn aber Stalin in weiser Voraussicht einer solchen möglichen Entwicklung, die militärischen und strategischen Positionen der Sowjet-Union an verschiedenen Stellen in der unmittelbaren Nähe des neuen Machtbereichs Hitlers zu erweitern und zu verbessern wußte, so ist es, wenn ich Euch sprechen lasse, dasselbe was Hitler hier und da getan hat. Nein, meine lieben Genossen, das ist zweierlei, was sich hier an Handlungen vollzog? Wenn Ihr nämlich logisch und revolutionär nachdenkt, so würdet Ihr sofort erkennen, daß es perspektivisch betrachtet, auch ins Gegenteil auslaufen könnte, denn was die Sowjet-Regierung zur militärischen Sicherung der Sowjet-Union unter geschickter Ausnutzung der gegenwärtigen Situation getan und durchgeführt hat, ist eine neue strategische Basis mit neu ausgebauten Marine-, Flugzeug- und sonstigen Stützpunkten, die bei einem Krieg gegen die Sowjet-Union, das Eindringen feindlicher Streitkräfte erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen soll. Alles, was die Sowjet-Union in der letzten Zeit auf diesem Gebiet durchführte, geschah im Einvernehmen mit Deutschland, aber das schließt nicht aus, daß diese neuen Verteidigungs- und Angriffsbasen der Sowjet-Union auch gegenüber Deutschland strategische Bedeutung haben?

Der Weisheit letzter Schluß ist die große Lehre, nicht als Kleinbürger diese Tatsachen zu betrachten, sondern als Revolutionär und darum ohne alle Schwankung.

Ich hoffe, daß Ihr nach Kenntnisnahme dieses Schreibens, von der unbedingten Notwendigkeit der durchgeführten Maßnahmen vollauf überzeugt seid, denn dem Geiste Eurer revolutionären Tradition und Eurer im allgemeinen richtigen Einstellung zum Kommunismus und zur Sowjet-Union entsprechen alle diese Handlungen der Sowjetregierung.

HELMUT MEIER

Ostdeutsche Befindlichkeit fünf Jahre nach der Herstellung der staatlichen Einheit

Zum dritten Male fand in Potsdam am 16. März 1996 eine Tagung statt, die sich unter dem Titel »Zwischen Anschluß und Ankunft« den Reaktionen und Reflexionen der Ostdeutschen und Ostberliner widmete, die im Gefolge des Vereinigungsprozesses erwachsen sind.¹ Einberufer waren erneut der Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« e.V. und das Gesellschaftswissenschaftliche Forum e.V., dessen Projektgruppe »Identitätswandel« auf dieser Tagung wieder neueste empirische Untersuchungsbefunde vorstellte. Seit der ersten Zusammenkunft 1992 sind nicht nur vier Jahre vergangen, es hat sich auch manches in der Haltung zu diesem Themas in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit verändert. Während 1992 die Befindlichkeit der Ostdeutschen als ein Reflex ihrer Zurückgebliebenheit gewertet wurde und man erwartete, daß im Prozeß einer »nachholenden Modernisierung« eine völlige Annäherung an die Denk- und Verhaltensweisen der Westdeutschen erfolgen würde, sind seit einiger Zeit Zweifel an der Richtigkeit einer solchen Anschauung aufgekommen. Es mehren sich, zumindest in den Sozialwissenschaften, die Stimmen, daß Haltungen, Urteile und Reaktionen der Ostdeutschen ernstgenommen zu werden verdienen und vielleicht gar nicht so veraltet oder überholt sind, vielmehr u.U. für künftige Entwicklungen mehr Ansatzpunkte bieten, als man sich bislang eingestand. Glaubte man 1992 noch, Feststellungen einer auf der DDR-Identität beruhenden »Ostidentität« ungeprüft abweisen zu können, so haben die Realitäten mittlerweile diese Ignoranz Lügen gestraft.

Angesichts dieser Tatsachen haben die begleitenden Untersuchungen der Projektgruppe »Identitätswandel« seit Juli 1990 bis in den Herbst 1995 einen eigenständigen Wert erlangt. Mit gleichbleibenden Fragestellungen, lediglich modifiziert um aktuelle Akzente liegt ein vergleichbares Material vor, das gestattet, die Reaktionen und Reflexionen der Ostdeutschen zu unterschiedlichen Zeitpunkten nachzuzeichnen, Trends auszumachen oder aufzuzeigen, welche Veränderungen sichtbar werden.

Die Tagung wurde durch ein Referat von J. Hofmann (GWF) eröffnet, das unter dem Titel »Altlast oder neue Erfahrung? Zum Phänomen des ostdeutschen Sonderbewußtseins« thesenhaft die neusten Ergebnisse vorstellte und eine Bilanz der mehrjährigen Untersuchungsreihe zog.² Er stützte sich auf die Auswertung von 850 ausgefüllten Fragebogen aus allen neuen Bundesländern und Ostberlin. Etwa 300 Probanden davon bilden das sog. Panel

Helmut Meier – Jg. 1934,
Prof. Dr. sc. phil., Historiker,
Berlin. Ehrenamtlicher
Vorsitzender des Gesell-
schaftswissenschaftlichen
Forums e.V.

Welche der nachfolgenden
Fragen trifft für Sie zu ?
Ich fühle mich vor allem als
Europäer

19,2 Prozent

Ich fühle mich als Deutscher
53,4 Prozent

Ich fühle mich als Bürger
der Bundesrepublik
17,8 Prozent

Ich fühle mich als Ostdeut-
scher
41,2 Prozent

Ich fühle mich als ehemali-
ger DDR-Bürger
35,1 Prozent

derjenigen, die bereits an allen oder mehreren Befragungen teilgenommen haben.

Seine erste Feststellung bestand darin, daß er das von Teilen der westdeutschen Öffentlichkeit mit Mißtrauen wahrgenommene ostdeutsche Wir-Bewußtsein als festen Bestandteil der Befindlichkeit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer kennzeichnete. Er sprach sich damit kategorisch gegen die Auffassung aus, es nur als eine konjunkturelle Erscheinung abzutun. Er knüpfte daran die Frage, ob dieses Wir-Bewußtsein eher eine »Altlast« oder mehr eine »neue Erfahrung« darstellt. Seiner Ansicht nach ist es eine komplexe Erscheinung, die sich aus unterschiedlichen Einflüssen speist.

Einer dieser Einflußfaktoren ist die Langzeitwirkung der DDR-Sozialisation. Sie ist an den feststellbaren Wertorientierungen ablesbar. Die Untersuchungen bekräftigen erneut die bestimmende Rolle von Arbeit, sozialer Sicherheit und materieller Unabhängigkeit im Wertekatalog der Ostdeutschen. Diese Werte beherrschen die Vorstellungen über Lebensqualität, über Gerechtigkeit und über die sie bewegenden Probleme.

Ein ebenso gravierender Wirkungsfaktor ist die dramatische Desillusionierung und der Vertrauensverlust gegenüber dem System und den Strukturelementen der Gesellschaft der Bundesrepublik. Fünf Jahre Leben unter diesen Verhältnissen veranlassen die Ostdeutschen zu einer anders gearteten Gewinn- und Verlustrechnung über die DDR und die Einheit, als sie sie unmittelbar nach dem Scheitern des sozialistischen Versuchs in der DDR und in Erwartung der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands aufgemacht hatten. Der Vorzug, über eigene Erfahrungen mit zwei Gesellschaftssystemen zu verfügen, schlägt infolge der schwerwiegenden Fehler der regierungsamtlichen Politik stärker zuungunsten der BRD aus. Hofmann machte darauf aufmerksam, daß sich die Schärfe der kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Wirklichkeit abgemildert hat. Der Spiegel hat diesen Tatbestand ziemlich undifferenziert als »DDR-Nostalgie« denunziert³. Hofmann gestand zu, daß solche Tendenzen nicht ausgeschlossen werden können, daß aber auch dann die Frage zu stellen ist, warum sich das Meinungsbild in dieser Richtung verschoben hat. Es gibt dafür nur eine Erklärung: Die bundesrepublikanische Realität hat nicht gehalten, was ihre Protagonisten den Ostdeutschen verheißen haben. So manche Erscheinungen des Lebens ähneln fatal denen, die die Ostdeutschen an der DDR seinerzeit scharf kritisierten und um deren willen sie dem Sozialismus die Gefolgschaft aufkündigten. Groll und Ablehnung gegen Mängel des Systems, unter dem die Bürger heute leben, drängen die Verbitterung über das Versagen des DDR-Systems in die zweite Reihe. Statt dessen erinnert man sich einer ganzen Reihe von Vorzügen des Lebens in der DDR, deren Verlust man heute herber empfindet als seinerzeit ihren Wert.

Hofmann wies nachdrücklich darauf hin, daß es keine Veranlassung gibt, die herbe Kritik an der BRD-Wirklichkeit als Ablehnung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu deuten. Es gibt schließliche Hinweise darauf, daß sich die Mehrheit der Befragten des Wertes dieser Erscheinungen wohl bewußt ist, um so harscher ist

Ich fühle mich als Berliner,
Sachse, Mecklenburger usw.
41,8 Prozent

Datenbasis: ident '95,
Frage 2

Welche Entwicklungswege sehen Sie für die Zukunft?

Ja	Nein	ohne Antw.
(in Prozent)		

In der Zukunft wird die sozialistische Idee wieder aktuell werden

44,9	38,6	16,5
------	------	------

Die Marktwirtschaft bleibt der einzige Weg, die kommenden Probleme zu lösen

31,5	47,5	21,0
------	------	------

Die Menschheit muß völlig neue Wege gehen

78,2	12,0	9,8
------	------	-----

Die Menschheit ist unfähig, ihre Zukunft zu gestalten

21,7	51,2	26,1
------	------	------

Datenbasis: ident '95,
Frage 20

ihre Kritik, daß Anspruch und Wirklichkeit derzeit immer stärker auseinanderklaffen. Im übrigen ist es auch nicht so, daß die DDR-Vergangenheit kritiklos betrachtet würde. Es bleibt bei der schon früher gewonnenen Ansicht, daß die Befragten für eine realistische Betrachtungsweise der DDR-Geschichte eintreten, die der Realität Rechnung trägt, daß die DDR neben abzulehnenden und kritikwürdigen Erscheinungen auch positive, nützliche und von den Bürgern akzeptierte Seiten aufwies. Unverkennbar ist allerdings: Die Befragten lehnen den einseitig negativen Umgang mit DDR-Geschichte, der von den herrschenden Politikern und den führenden Medien praktiziert wird, in der Mehrheit ab.

Abschließend kam Hofmann auf die Reaktionen der Befragten auf die Frage zu sprechen, wie sie sich die Lösung der Probleme in der Zukunft vorstellen. Auch dieses Resultat dürfte ein Ausweis für die geschichtliche Prägung und den Erfahrungshintergrund der Ostdeutschen sein. Dafür spricht, daß immerhin 45,4 Prozent der Befragten den Standpunkt vertraten, daß die sozialistische Idee in der Zukunft wieder an Aktualität gewinnen werde. Eine solche Auffassung dürfte in den westlichen Bundesländern kaum anzutreffen sein. Das gleiche gilt für die Bewertung der Fähigkeit der Marktwirtschaft zur Lösung der anstehenden Probleme. Nur ein knappes Drittel der Befragten (31,3 Prozent) sieht in ihr den einzigen Weg, um mit den kommenden Problemen fertig zu werden, während 47,5 Prozent dem kategorisch widersprechen. Bemerkenswert ist jedoch, daß mit 78 Prozent eine deutliche Mehrheit die Auffassung artikuliert, daß die Menschheit völlig neue Wege gehen muß, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Rein rechnerisch ist damit klar, daß auch ein großer Teil derjenigen, die sozialistische Lösungen favorisieren, dabei keineswegs die Rückkehr zu geübten Verhältnissen im Auge haben, sondern darunter völlig neue Lösungsvarianten verstehen. Es spricht für die grundsätzlich optimistische Sichtweise der Befragten, daß sie mehrheitlich ablehnen, der Menschheit die Fähigkeit abzusprechen, ihre Zukunft zu gestalten.

Uwe Markus (Soziologe, Berlin) knüpfte mit seinen Ausführungen zum Wandel ostdeutscher Lebensmilieus an die Darlegungen von Hofmann an. Er konnte dabei auf Untersuchungen sowohl in den alten wie den neuen Bundesländern zurückgreifen. Anhand von Reaktionen auf Fragen, die die persönliche und gesellschaftliche Zukunftserwartung, die finanzielle Lage, die Altersvorsorge, Spar motive und anvisierte Geldanlageformen betrafen, machte er auf Tendenzen der Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschen aufmerksam, die es selbstverständlich auch gibt. Gleichzeitig kristallisierte er signifikante Unterschiede heraus. Das ausgebreitete Erhebungsmaterial ließ erkennen, daß z.B. bei den Ostdeutschen die Absicherung der Existenz und die Vorsorge für die Kinder stärker das Sparverhalten beeinflußt als bei den westdeutschen Befragten, bei denen die allseitige Unabhängigkeit im Vordergrund steht. Auch er mußte darauf verweisen, daß Ungerechtigkeiten, wie z.B. bei den Renten, bei den ostdeutschen Befragten Anlaß zu scharfer Kritik an den Verhältnissen in der Bundesrepublik geben. Ihr gestiegenes Selbstwertgefühl konnte er deutlich ausmachen.

Thomas Koch (BISS Berlin) sprach über die »Heraufkunft ostdeutscher ›Sonderidentität‹« und diskutierte die Frage, ob sie mehr »Brücke« oder »Barriere« im Ringen um Zugehörigkeit zur BRD-Gesellschaft sei. Von vielen geteilte Vorstellungen über Verbindendes und Trennendes bezeichnet für ihn Identität. Als Indikatoren für die Ermittlung von Identität waren bei Untersuchungen, die das BISS unter neuen Selbständigen im Osten durchführte, die Selbstbezeichnung, Differenzen der Ost-Ost-Grenzen, die Haltung zu einer eher Osteuropäischen Zugehörigkeit und das Gefühl »Bürger zweiter Klasse« in der BRD zu sein. Außerdem spielten eine Rolle Solidarität und Vertrauensbonus unter Ostdeutschen .

Koch konstatierte seit 1990 eine ständig steigende Aufwertung von Praxen und Erscheinungen des Lebens in der DDR. Dabei legte er Wert darauf, darin nicht vorwiegend eine ideologisch vorgeprägte Haltung zu sehen. Nach seiner Ansicht überwiegen dabei normative Haltungen, unideologische funktionelle Überlegungen, die Folge der Erosion der Wertigkeit importierter Werte und Eliten und der Distanz zu BRD-Mustern der Beurteilung von Demokratie, Sozialismus, Freiheit und Gerechtigkeit sind.

Bei dem untersuchten Personenkreis machte Koch Anzeichen dafür aus, daß der signifikante Nachweis von ostdeutscher Sonderidentität eher Brücke zur Teilhabe an der neuen Wirklichkeit als Barriere sei. Er deutete sie als Medium, eine aktive Lebensposition wiederzufinden und die vor sich gegangenen Brüche erträglich zu machen, als Form der Annäherung und Distanzierung gegenüber der westlichen Lebenswelt, durch die Druck kanalisiert und erträglich gemacht werden kann, und schließlich als sanfter Gegendruck aktiver ostdeutscher Kräfte, durch den produktive eigene Akzente in die gemeinsame Zukunft eingespeist werden können.

Jochen Fleischhacker (Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin) machte unter der Überschrift »Anpassung oder neue Muster?« mit der Bevölkerungsentwicklung fünf Jahre nach der Einheit bekannt. Anhand solcher Indikatoren wie Eheschließungsrate, Geburtenrate, Sterberate, Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung machte er darauf aufmerksam, welche gravierenden Folgen sich in dieser Hinsicht aus dem Umbau der gesellschaftlichen Verhältnisse in den ostdeutschen Ländern ergeben haben. Der Rückgang der Geburten auf etwa ein Drittel gegenüber dem letzten Jahr der DDR und die Verringerung der jüngeren Jahrgänge durch Abwanderung haben eine Bevölkerungspyramide entstehen lassen, die auf lange Sicht befürchten läßt, daß die Reproduktion der Bevölkerung auf das höchste gefährdet ist. Aus der Fülle der Daten ging hervor, daß das leichte Ansteigen der Zahl der Geburten im Jahre 1995 noch keine Trendwende bedeutet. Fleischhacker wies darauf hin, daß die vorliegenden Daten einen Reflex dafür darstellen, daß in der ostdeutschen Bevölkerung auf Enttäuschungen über die Folgen der Einheit sichtbar auch durch Zurückhaltung bei der Familiengründung und -planung reagiert wird.

Harry Nick (Wirtschaftswissenschaftler, Berlin) hatte sich die Frage vorgelegt, ob die wirtschaftliche Bilanz der deutschen Einheit hätte anders ausfallen können? Er deutete solche Möglich-

»Die ostdeutsche Sonderidentität ist sowohl Medium der Annäherung als auch der Distanzierung gegenüber der Welt der Westdeutschen und ›ihrer‹ Ordnung. Mittels ihrer signalisieren die Menschen, auf welchen Gebieten sie angeglichene Lebensverhältnisse wollen und auf welchen nicht.«
Thomas Koch

» Die allgemeine Veränderung des Medienverhaltens, des Lesens und der Bibliotheksbenutzung der Ostdeutschen verläuft als Trend der Angleichung an westdeutsche Verhältnisse
Signifikante Unterschiede bestehen fort beispielsweise beim Belletristiklesen, bei der Häufigkeit und Intensität der Bibliotheksbenutzung, beim Anteil der eingeschriebenen Bibliotheksnutzer an der Bevölkerung.«
 Steffen Rückl in:
 Medienverhalten und Bibliotheksnutzung vor und nach der Wende. Untersuchungen 1988/93 im Regierungsbezirk Magdeburg.
 Forschungsbericht, Berlin 1995, S.198 f.

»Gesellschaftliche Neuorientierung und neue Identitätsfindung sind für diese Gruppen biologisch, historisch wie gegenwartsbedingt nur in Grenzen möglich. Aber weder Alter noch lebenslange Prägung in einer anderen Gesellschaft schließen kritischen und selbstkritischen Umgang mit Geschichte und eigener Biografie aus. Nur zwei Dinge sollte niemand verlangen: ein vorschnelles, nicht gereiftes und damit wohl nutzloses Bekenntnis zu den Werten der westlichen Welt und die absolute Negation westlicher Werte und Haltungen, ihres ganzen, vergangenen Lebens.«
 Egbert Fischer (Hrsg.):
 Ehemalige Berufssoldaten der NVA in der Bundesrepublik Deutschland. Report

keiten an. Die Ausgangsbedingungen hätten eine aktivere Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand ermöglicht und erfordert. Dazu wäre allerdings ein Verzicht auf die bedingungslose Privatisierung notwendig gewesen, der gegenüber der Sanierung höherer Rang hätte eingeräumt werden müssen.

Kerstin Schindel (Unabhängiges Institut für Friedens- und Konfliktforschung/UIFK e.V., Berlin) stellte Untersuchungen über das Medienverhalten (insbesondere das Leseverhalten) der Ostdeutschen vor. Im Vergleich mit vorliegenden Forschungen über die Situation in den alten Bundesländern und im Vergleich zwischen 1989 und 1993 traten interessante Unterschiede hervor. Sie wies darauf hin, daß eine Reihe objektiver Faktoren offenbar nivellierend wirken, was sich in Unterschieden zwischen den Zeitebenen äußert. Solche Faktoren sind: die Verfügbarkeit elektronischer Medien, die Breite des Printmedienangebotes und die Reduzierung der Freizeitangebote. Hieraus ergeben sich gravierende Veränderungen von 1989 auf 1993. Selbstverständlich sind auch unter den Ostdeutschen nunmehr Computer, Videorecorder und Videokameras in höherem Maße verbreitet als es in der DDR der Fall war. Ähnliches gilt für das Spektrum der Printmedien. Auf das Leseverhalten wirken sich nachteilig die Preisentwicklung auf dem Buchmarkt und die Reduzierung öffentlicher Bibliotheken aus. Dennoch erbrachten die Untersuchungen das Resultat, daß die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger immer mehr Geld für Bücher ausgeben, die Bibliotheken stärker frequentieren und offenbar mehr lesen als das bei den Westdeutschen beobachtet werden kann. Dennoch läßt der Zeitvergleich von 1989 mit 1993 vermuten, daß sich eine eindeutige Angleichung vollzieht.

Dr. P. Hartmann (Deutscher Bundeswehr-Verband, Landesverband Ost, Berlin) berichtete über eine vom Bundeswehr-Verband geförderte Befragung »Ehemalige Berufssoldaten der NVA in der Bundesrepublik Deutschland«.⁴ Obwohl vor allem soziale Folgen der Einheit für diese Bevölkerungsgruppe im Vordergrund standen, wurden auch Aussagen zu den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen abgefordert, die Auskunft über die Befindlichkeit der Befragten geben. Es versteht sich von selbst, daß die Befragten, deren Tätigkeit in ganz exponierter Weise mit Staat und Gesellschaft der DDR verbunden war, da sie ja gewissermaßen Angehörige eines Staatsorganes waren, auch heute noch eine stärkere Verhaftung in den Denktraditionen und Wertmaßstäben der DDR zu erkennen geben. Interessant ist jedoch, daß sich trotzdem allgemeine Trends in der Bevölkerung auch bei dieser Personengruppe niederschlagen. Das gilt für die Bereitschaft, sich sowohl kritisch mit der eigenen als auch der Vergangenheit der DDR auseinanderzusetzen. Ebenso gilt für sie, daß sie mit einer gewissen Erwartungshaltung in die Einheit eintraten, wobei sie große Hoffnungen auf die demokratische Grundordnung, wie sie im Grundgesetz verankert ist, setzten. Um so schärfer fällt angesichts der besonderen Diskriminierung und Ausgrenzung der Offiziere natürlich die Enttäuschung über die erlebte Wirklichkeit aus, die sich mit der allgemeinen Ernüchterung und Desillusionierung in anderen Bevölkerungsteilen trifft.

Die Tagung war durch eine lebhaftere Diskussion gekennzeichnet. Es wurden an die Referenten viele Fragen gestellt und auch eigene Standpunkte geäußert. Neben kritischen Anmerkungen standen immer wieder Ermutigungen, die Forschungen unbedingt fortzusetzen. Ob die materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, ist allerdings ungewiß. Der Wille bei allen Beteiligten war jedoch vorhanden.

Die Veranstalter werden den in den Referaten und Diskussionsbeiträgen enthaltenen Extrakt der Forschungen in einem Sammelband einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen.

- 1 Vgl. Detlef Eckert/Jürgen Hofmann/Helmut Meier: Zwischen Anschluß und Ankunft. Identitätskonflikte und Identitätssuche der Ostdeutschen auf dem Weg zum Bundesbürger. Hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« e.V., Potsdam 1992; – Zwischen Anschluß und Ankunft (II). Beiträge zu einer ostdeutschen Zwischenbilanz. Materialien eines wissenschaftlichen Kolloquiums. Hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« e.V., Potsdam 1994; – Helmut Meier: Neue Ergebnisse der Identitätsforschung. Bericht über eine wissenschaftliche Tagung in Potsdam. In: UTOPIE kreativ, Heft 43/44, Mai/Juni 1994, S. 160ff.
- 2 Vgl. Jürgen Hofmann/Erhard Weckesser: Identitätswandel in den neuen Bundesländern. In: Sozialreport. Neue Bundesländer, 1. Quartal 1996, S. 4ff.
- 3 Vgl. SPIEGEL-Umfrage: Das Ost-Gefühl. Heimweh nach der alten Ordnung. In: SPIEGEL, Nr. 27, vom 3. Juli 1995, S. 40ff.
- 4 Vgl. Egbert Fischer (Hrsg.): Ehemalige Berufssoldaten der NVA in der Bundesrepublik Deutschland. Report 1995, Ergebnisse einer Meinungsumfrage in Kameradschaften »Ehemalige« des Landesverbandes Ost des Deutschen Bundeswehr-Verbandes e.V. In: Forschung aktuell, Bd. 5, Karl-Theodor-Molinari-Stiftung, Bonn 1995.

1995, Karl-Theodor-Molinari-Stiftung, Bildungswerk des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, Forschung aktuell, Bd. 5, Bonn 1995, S. 37

Frage 38: Fühlen Sie sich eigentlich als Bundesbürger?

Im allgemeinen ja
4,2 Prozent

Ja, aber mehr als »Bürger
2. Klasse«
87,8 Prozent

Nein, überhaupt nicht
7,5 Prozent

Datenbasis: Meinungsumfrage im Auftrage des Landesverbandes Ost im Deutschen Bundeswehr-Verband. Frage 38.

GERD BEDSZENT

»Das warenförmige Subjekt zwischen Krise und Aufhebung«.

Seminar der Krisis-Gruppe

Längst sind die Zeiten vorbei, da kaum mehr als eine Handvoll linker Szeneaktivisten die Theoriearbeit der Gruppe aus dem Fränkischen um den Publizisten Robert Kurz zur Kenntnis nahm. Krisis hat sich zu einer Theoriezeitschrift entwickelt, die von einem nicht geringen Teil der (West-)Linken sehr wohl gelesen und diskutiert wird.

Dies war jedenfalls mein Eindruck nach dem (zerknirscht: verspäteten) Eintreffen in dem Nürnberger Vorort Eschenbach. Obwohl der Termin keineswegs öffentlich propagiert, sondern nur über interne Zirkulare verbreitet worden war, drängten sich über 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in dem angemieteten Gasthof »Grüner Schwan«, um den angekündigten Referaten zu lauschen und über die jüngsten Artikel und Thesen zu diskutieren. Ohne eine Aufteilung der Teilnehmer/innen je nach Interesse in verschiedene Zuhörer- und Diskussionsgruppen wäre die Veranstaltung wahrscheinlich nicht durchführbar gewesen – so war es lediglich schwierig für den Berichterstatter, der nicht überall sein konnte.

Die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises war relativ heterogen – von inzwischen weitgehend etablierten Alt-68ern bis hin zu jugendlichen Szeneaktivisten. K-Grüppler und Parteipromis fehlten. Die Mehrzahl der Teilnehmer/innen kam aus dem Altbundesgebiet, einige aus Österreich und der Schweiz. Deutlich unterrepräsentiert waren sowohl Frauen als auch Teilnehmer/innen aus den östlichen Provinzen »Bundistans« (ganze drei Leute unter Ein-schluß des Autors dieser Zeilen).

Von den thematischen Veranstaltungen sei hervorgehoben ein Vortrag von Ernst Lohoff, der die aktuellen Positionen der Krisis-Gruppe zu »Fetischherrschaft und Subjekt« erläuterte – die nachfolgende Diskussion war allerdings ohne intensivste Vorbereitung für einen Teil der Zuhörer schier unverständlich.

Sehr interessant und aufschlußreich war der Vortrag von Udo Winkel zum »Subjektivismus und Objektivismus in der Soziologie«. Das Referat war eine mehr oder weniger komplette Darstellung Geschichte der Soziologie als Wissenschaft – lediglich die zaghaften Ansätze der Soziologie in der DDR waren ausgeklammert (was wahrscheinlich mehr auf Unkenntnis als auf böse Absicht zurückzuführen ist).

Der Vortrag von Jutta A. Metzger und Rainer Höltschl über »Reale Medien – Mediale Subjekte« fand eine treffende Ergänzung in der abendlichen Vorführung einer Verfilmung von Guy Debord's

Gerd Bedszent – Jg. 1958, Bauingenieur, Diplom-Ökonom, Berlin; veröffentlichte in UTOPIE kreativ eine Reihe von Rezensionen (u. a. in Heft 65).

»Die Gesellschaft des Spektakels«. Die Übersetzung dieses französischsprachigen Films gestaltete sich allerdings infolge einer technischen Panne schwierig.

Eine heftige Debatte rief die Veranstaltung über »Kasinokapitalismus und Individualisierung« mit Roswitha Scholz hervor, die ihre bereits in der Krisis 16/17 vertretene These vom Ursprung der rassistischen und neofaschistischen Welle im kasinokapitalistischen Yuppie-tum verteidigte. Ein durch einen Diskussionsteilnehmer platt hervorgebrachtes Gegenargument, Nazis und Rassisten hätten ihren Ursprung doch in der Ex-DDR, rief heftige Proteste einer anwesenden Minderheit hervor. Die nachfolgende Diskussion verdeutlichte nochmals die vielerorts bestehenden Theoriedefizite zu Nationalismus und Faschismus, aber auch die tiefen Gräben, die Ost- und Westlinke noch immer trennen.

Das nächste Seminar der Krisis-Gruppe zum Thema »Logik und Geschichte – Begriff und Wirklichkeit« ist geplant für den 6. – 8. September 1996 in der Göhrde (bei Lüchow-Dannenberg). Anmeldung und weitere Informationen sind möglich über:

Förderverein Krisis e.V.
Postfach 21 11
91011 Erlangen

Gerhardt Schürer:
Gewagt und verloren.
Eine deutsche Biografie,
Frankfurter Oder Editionen
Frankfurt/Oder 1996,
295 S. (24,80 DM)

Die Welt ist voller Sprüche. Den allbekanntesten Satz »Gewagt und gewonnen« kehrt Schürer im Titel seines Buches zur Hälfte um in: »Gewagt und verloren«.¹ Er wird selbst wissen, ob und wann er was gewagt hat. Dieses Buch enthält hierüber durchaus sympathische Aussagen. Aber das mit dem Wagnis und Verlust zielt ja wohl auch auf die gesellschaftspolitische Dimension. Und das ist auch nötig, denn der Werde- und Untergang der DDR zwingen einen solchen Autor wie Schürer direkt dazu, sich auf eine solche Ebene zu erheben.

Gemäß dem Untertitel »Eine deutsche Biografie« sind Fakten, Hintergründe und Verallgemeinerungsfähiges zu erwarten. Dazu hat Schürer nicht wenig zu sagen. Immerhin war er nicht nur in der Phase der Etablierung der sozialistischen Planwirtschaft »dabei«, sondern in den letzten drei Jahrzehnten in der Spitze der Partei- und Staatsführung, ein Insider des Machtmechanismus des in der DDR entwickelten »realen« Sozialismus. Schon darum ist das Buch als in mehrfacher Hinsicht lesenswert sehr zu empfehlen. Zu den persönlichen Darlegungen, auch ganz privater Art, ist ein anerkennendes Wort am Platze. Sie schönen nicht, und sie sind offen sowie interessant geschrieben. Sie zeigen übrigens u.a. auch, wer alles – wann und wie – in der DDR zur Karriere kommen konnte.

Wesentlich ist sein ganz am Anfang des Buches geäußertes ehrliches Eingestehen persönlicher Mitverantwortung für all das, was in der DDR so geschehen ist. Das DDR-Geschehen umfaßt ja nun keineswegs nur Böses, aber eben auch sehr sehr üble Dinge – und es schließt vor allem ein, daß in diesem Land und in dieser Zeit reale Chancen zum Neuanfang, damit die Hoffnungen und Lebensinhalte von Millionen einfacher Menschen, sehr dumm, selbstsüchtig und auch zynisch verpielt wurden.

Diese seine Selbstkritik ist wichtig, nicht zuletzt auch zum Bedenkensvorlauf für künf-

tige Versuche. Merkwürdig ist nur, daß er hier hinzufügt, ein früheres ähnliches Statement habe ihm eine »heftige Kritik aus den eigenen Reihen eingebracht«. (S. 13) – Ja, aber was heißt hier denn »eigene Reihen«? Sind das Leute, die sich für Marxisten und Sozialisten ausgeben, aber im Widerspruch hierzu weder lernen wollen noch können? Und warum in aller Welt muß sich ein Schürer von denen eine derartige »Kritik« anhören?

Die Motive für seinen 1945/46 erfolgten Einstieg in die Ideenwelt des Sozialismus beschreibt Schürer mit den Worten: »Ich begann nach und nach, an die Idee zu glauben, daß es eine neue Welt, eine Welt ohne Krisen und ohne Kriege geben kann, und wagte es, diesen neuen Weg mit zu beschreiten.« (S. 28)

Ja genau, so war das damals für Hunderttausende Menschen, die auf keinen Fall noch einmal Faschismus und Krieg erleben wollten – und die zu begreifen begannen, aus welchem Schoß das gekrochen war. Es war nur die tragische Konsequenz der jüngeren Geschichte der Deutschen, daß sie ihren Neubeginn jahrzehntelang an der Leine der Siegermächte gestalten mußten, eben der Führungsmächte der beiden einander schroff gegenüberstehenden Systeme. Die daraus erwachsenden Kämpfe und Krämpfe – über 17. Juni 1953 und Mauerbau bis zum Verfall der DDR und der nachfolgenden »Abrechnung« – sind in diesem Buch gut dargestellt. Und es ist wichtig, daß Schürer dabei immer im Auge behält – auch ausspricht –, daß die Fehler der Politik der SED und auch in Moskau das erst möglich gemacht haben.

Im Bereich der sachhistorischen Ausführungen sind seine Ausführungen zur Reformpolitik des »NÖS« der sechziger Jahre in der DDR besonders bemerkenswert. (S. 55 ff.) Er leitet diesen Abschnitt mit der Schilderung des Agierens der damaligen Reformgegner (Honecker, Neumann, Fröhlich und andere) ein. Das waren immerhin Mitglieder des Politbüros, z.T. auch des Ministerrates. Es gab erhebliche Differenzen an der Spitze, was schon deshalb wertvoll zu lesen ist, weil damit das von der SED-Führung gepflegte Bild von der monolithischen Geschlossenheit der Partei, aus berufnem Munde und mit konkreten Faktenangaben über den Haufen geworfen wird.

Die Vertreter der zeitweise ziemlich gegensätzliche Richtungen in der Führung von »Partei und Staat« haben teils offen, vorwiegend jedoch verdeckt, um Einfluß gerungen. Dabei haben diese in ihrem jeweiligen Führungsbereich eigenwillige generelle Verhaltenslinien durchgeführt. Denn was war das eigentlich anderes, wenn Politbüromitglieder gegen die beschlossene Parteilinie und auch gegen den Generalsekretär sich positionieren und handeln, dabei die politischen und theoretischen Vertreter der Reform als »Quatschköpfe«, ja »Banditen« bezeichnet haben? Kann man sich vorstellen, was ihre jeweils Untergebenen dann gemeint haben, sich gegen die Reformmaßnahmen erlauben zu dürfen (zu sollen/zu müssen)?

Die »Loyalität« der Mitarbeiter eines jeden »Apparates« gegenüber »ihrem Chef« und auch das Bedenken »der weiteren Aussichten« des Ganzen werden natürlich Grundüberzeugungen der Mitarbeiter prägen und/oder verändern. Nicht zuletzt wirken die Interdependenz der in den Leitungen von Partei, Staat oder Wirtschaft tätigen Apparate, samt zugehörigem »Buschfunk«, dann verallgemeinernd auf solcherart Grundhaltungen. Klar, daß so der Apparat insgesamt meinungsbildend und verhaltensmotivierend beeinflußt wird und dessen Fungieren im realen Ablauf der Dinge (passiv, manchmal auch aktiv) bestimmt.

Dieses Beispiel macht überdies gut deutlich, wie sehr Schürer sich täuscht, wenn er den Einfluß der »Apparate« bestreitet. (S. 165) Man kann jedoch die stille Macht der Apparate, dieses Filzes zwischen Leitungsebenen und Ressorts, nicht leugnen, schon aus der Erfahrung heraus, erst recht nicht bei näherem Nachdenken über das Funktionieren von machtausübenden Apparaten. Natürlich stimmt es schon, daß der einzelne Mitarbeiter meist nur geringen Einfluß hat. Aber es geht hier um ein soziales Gruppen-Phänomen (das übrigens allen hierarchischen Strukturen mit Machtfunktionen eigen ist) – und durchaus nicht um ein individuelles Phänomen.

Die nachfolgenden Abschnitte bringen über Planung, Planwirtschaft etc. Interessantes über Fakten und Ereignisse, leider aber keinen, auch nicht gedrängten, Überblick zum damaligen systematischen, umfassend ange-

legten Reformansatz. Immerhin beurteilt Schürer heute selber, historisch rückblickend, das NÖS als bedeutende Gesamtkonzeption, die in Aufgabenstellung und Zielsetzung weit über die anderen, seinerzeit diskutierten, Reformvorstellungen hinausging. (S. 56) So wird die Gelegenheit verpaßt, einige heute gängige Legenden über das NÖS auszuräumen. Es ging in dieser Konzeption ja nicht nur (oder vorwiegend) um eine Reform der Formen und Methoden von Planung (und Leitung). Es handelte sich beim NÖS um eine »nach vorn offene«, im Prozeß der Durchführung stets weiterzutreibende Gesamtkonzeption – was aber leider in der Darstellung von Schürer kaum anklingt.

Die Reformkonzeption hat sich trotz der in den sechziger Jahren durchschrittenen Stufenfolge nur bedingt entfalten können. Aber generell war sehr wohl eine Tendenz zum immer tiefergehenden und immer umfassenderen Reformanspruch zu bemerken. Als ein solcher Schritt war z.B. die 11. ZK-Tagung der SED Ende 1965 angelegt. Es ist darum nicht zutreffend, sie ausschließlich vom Aspekt des »kulturellen Kahlschlages« zu sehen – wie das heute vielfach der Fall ist. Schürer bleibt dabei, meint aber, daß es »als Forum der kritischen Abrechnung mit der Arbeit der Regierung und besonders mit der Staatlichen Plankommission einberufen worden war«, sich dann aber wegen Apels Selbstmord vorrangig der Kulturpolitik zugewendet hat.

Eine solche Sicht – vor rund 30 Jahren subjektiv verständlich – ist heute nicht mehr nachzuvollziehen. Immerhin kann man – mit Distanz zu den damaligen Gerüchten und Bedenken – das Auftreten der auf dieser Tagung agierenden Spitzenpolitiker heute in Ruhe nachlesen und sich deren politische Diktion auf der Zunge zergehen lassen. Ulbricht proklamierte damals den Übergang zur »zweiten Etappe des NÖS«, die überhaupt erst zum »eigentlichen« (!) »Ökonomischen System des Sozialismus« führen soll. Er beschwor die Selbständigkeit, Markt- und Rentabilitätsorientierung sowie die Eigenerwirtschaftung der VVB und Betriebe. Er erklärt dazu, das sei mit den bisherigen Methoden der Planung und Bilanzierung nicht machbar – was aber nur heißen würde, daß wir eben lernen müssen, das Neue zu beherrschen.

Ulbricht blieb auf dieser ZK-Tagung mit seinen Signalen fast so allein, wie dann im Frühjahr 1971 mit seinen Reden zur Weiterführung der Reform. Honecker dagegen wirbt mit dem Bericht des Politbüros um die schon etwas verblaßte Linie des Lernens von der Sowjetunion (auch zur Vervollkommnung der Methoden der Leitung und Planung) und blies dann zum Sturm an der Front der Ideologie und Kultur. Die Reden von Neumann, Rumpf u.a. hätten nach Anlage und Aussage genauso gut drei Jahre vorher (oder sechs Jahre später) gehalten werden können. Bei all diesen Rednern kommt ein Ringen um die Entwicklung und Durchsetzung des NÖS gar nicht vor. – Von Aufbruchsstimmung keine Spur, eher im Gegenteil. – Diese 11. Tagung des ZK der SED Ende 1965 könnte man (aus heutiger Sicht) als eine Art Generalprobe für die 14. Tagung Ende 1970 auffassen. Ihr Ablauf war keineswegs ein mißglücktes »Abrechnen mit den Planern«, sondern das Unterlaufen des vorgehabten Starts in eine qualitativ höhere Phase der Reform.

Auch bezüglich anderer Fragen der NÖS-Reform kann man die Wiedergabe Schürers nicht unwidersprochen stehen lassen. So ist es nicht exakt, wenn er schreibt (S. 59), daß »das in der DDR bestehende Preissystem niemals verändert« worden sei. Richtig ist, daß es nicht gelungen ist, ökonomisch begründete und marktgerecht elastisch wirksame Preise, von denen ein Druck auf Kostensenkung und Innovationsfortschritt ausgeht, einzuführen. Das lag z.T. an den bereits geschilderten Umständen, die bremsend wirkten, z.T. auch an Unvollkommenheiten einiger korrespondierender Regelungen. Immerhin waren ja die Industriepreisreform, die Preisbeweglichkeit für »alte« und »neue« Erzeugnisse sowie in Abhängigkeit von Umfang und Termin erfolgter Bestellungen, ferner die Preisverantwortung der VVB und überhaupt das Öffnen eines Bereichs für variable Preisrealisierung seitens der Unternehmen Einstiege in qualitativ wesentliche Änderungen des Preissystems. Daß der Komplex »Preise« in der Reform zurückblieb, heißt nicht, daß er überhaupt liegen gelassen wurde.

Unzutreffend ist auch Schürers Aussage, es sei versäumt worden, den Betrieben »nach Zahlung der Steuern die Verfügbarkeit über

Gewinne und Amortisationen zu geben, anstatt sie nur daran materiell zu interessieren und alle anderen finanziellen Mittel über den Staatshaushalt umzuverteilen.« (S. 59) Dieser kritisierte Zustand trifft nicht das NÖS (wenigstens nach 1966 nicht mehr), er trifft eher für die zaghaften Reformansätze der UdSSR der sechziger Jahre zu. In der DDR untergruben andere Faktoren die in seinem Sinne gewollten Lösungen: *Erstens* sträubte sich das Finanzministerium (aus Sorge um die Stabilität des Staatshaushaltes), konsequent zu mittelfristigen Prozent-Normativen der Nettogewinn-Abführung in der Wirtschaft überzugehen.

Zweitens kamen die VVB meist gar nicht erst in die Lage, eigenverantwortlich über ihren Gewinn und ihre Amortisationen (nach Abzug der normativen Abführungen an den Staat) entscheiden zu können. Denn ihnen wurden ab 1967 im Namen der »Strukturpolitik« durch zentrale (verbindliche) Festlegungen überdimensionierter Invest-Objekte ihre eigenerwirtschafteten Mittel fremdbestimmt und – meist aus demselben Grunde noch eine dicke Kreditverschuldung aufgezwungen (durch die wiederum andere Glieder des Wirtschaftsmechanismus nicht richtig wirken konnten). Gerade diese Mammut-Strukturpolitik hat letztlich das NÖS erstickt.

Auf den Seiten 102ff. schreibt Schürer über den »Fehler mit den halbstaatlichen Betrieben«. Das war aber kein bloßer Fehler oder eine »tragische Fehlentscheidung«, das war politischer und auch ökonomischer Wahnwitz. Nur zum letzteren äußert er sich – und auch nur in Form von Anekdoten. Es ist schon richtig, »das war auch ein Stück Geschichte der DDR«. Nur ist es schade, daß er zu diesem Vorgang keine tiefere Wertung findet, die seiner grundsätzlichen und historisch-faktischen Tragweite angemessen wäre. Denn das hätte aus seiner Feder schon eine Bedeutung für »Lehren aus der Geschichte« gehabt.

Im ganzen Buch überwiegen die mehr persönlichen Reminiszenzen zu den wichtigsten Personen, mit denen Schürer es zu tun hatte – bzw. die mit solchen Personen verbundenen Ereignisse, Fakten und Verhaltensweisen. Das ist einerseits von Vorteil für die Aufnahme dieses Buches als subjektiv ehrlichen Bericht. Schreibt er doch über diese Aspekte so wie er

sie heute eben sieht, unabhängig davon, ob er in den einzelnen Episoden eine gute Figur macht oder ob sein Entstehen zu früheren Bindungen oder seine heutige kritische Bilanz derselben wem auch immer gefallen mag oder nicht. Allein dies macht seine Ausführungen angenehm zu lesen.

Andererseits kommt durch eine solche Darstellungsweise nicht nur manchmal »der Faden« abhanden. Das geht auch auf Kosten der Tiefe, in der die einzelnen anekdotisch wiedergegebenen Episoden oder Personenbeschreibungen ausgelotet werden. Zum Teil spürt man, daß Schürer subjektives Empfinden beim Niederschreiben manche der heute eigentlich nötigen objektiven wissenschaftlichen bzw. politischen Wertungen überdeckt.

Das gilt besonders für seine Bemerkungen über Honecker und Mittag. (S. 130ff.) So schreibt Schürer von den »überhöhten Forderungen Ulbrichts nach der Ausarbeitung kaum realisierbarer Pläne.« (S. 131). Er kennt diese Abläufe und weiß wohl, welche Rolle G. Mittag dabei gespielt hat, aber er erwähnt ihn nicht. Dann berichtet er, daß er zu den überhöhten Wachstumsforderungen Ulbrichts seinerzeit von Honecker den Rat erhalten habe: »Mach es doch einfach nicht, wenn es nicht geht.« Und er verweist auf die Unterstützung dazu im Politbüro, die Honecker »organisiert und gegeben« hat. In der Tat, so war die Lage ab etwa 1968, als zwischen dem destabilisierenden Hochjagen der Investitionen für »strukturbestimmende Objekte« plus des »Imports von technischer Revolution« einerseits und dem irrsinnigen Bemühen, die dazu notwendige Akkumulationskraft aufzubringen andererseits, die seinerzeitigen Reformen mit Erfolg zerrieben wurden.

Hierauf und auch auf die naheliegende Frage, ob das Zusammenspiel von Gigantismus in den Entscheidungen und Obstruktion bezüglich deren Konsequenzen in ein und derselben Führung als normal anzusehen oder wie zu werten war, geht Schürer leider nicht ein. Dafür bescheinigt er Honecker das Image eines Parteisolddaten: Er führte sein Leben lang stets Parteibeschlüsse aus. Aber aus Schürers Buch geht eindeutig hervor, daß Honecker und andere Spitzenleute des Politbüros jahrelang die NÖS-Reform und deren Weiterentwicklung hintertrieben haben, wel-

ches nicht bloß ein beliebiger Parteibeschuß, sondern immerhin Beschlüsse zweier Parteitage und auch etlicher Plenartagungen des Zentralkomitees der SED gewesen sind.

Es ist richtig, wenn er dann feststellt, Honecker sei in seiner hohen Funktion überfordert gewesen und habe sich zu einem eitlen, überheblichen und uneinsichtigen Menschen entwickelt. Doch ohne Keim wächst nichts. Zumindest der Dünger der Überheblichkeit der kommunistischen Spitzenpolitiker mit der Formel »Die Partei bin ich!« spielte da eine Rolle. – Und das wäre ja auch bezüglich der von Schürer kritisierten Verhaltensweise Honeckers ab Herbst 1989 zu sagen. Honecker hatte für sich nicht akzeptiert, daß er »für den Niedergang seines Landes Verantwortung zu tragen hat.«

Honecker hat sich dieser Verantwortung entzogen, statt sich vor die von ihm Geführten zu stellen. Sicher kann man einem alten und sehr kranken Manne noch verzeihen, daß er sich in physischer Hinsicht der Verantwortung zu entziehen suchte. Unverzeihlich für einen Politiker, dazu noch für einen Marxisten, ist jedoch seine Flucht aus der intellektuellen Verantwortung, indem er auch noch publizierte und hierbei alle und jeden für das politische Desaster – nur nicht sich selbst – verantwortlich machte und obendrein überall Verrat und Verräter ausmachen wollte.

Kommt Schürer noch mit der Wertung Honeckers einigermaßen zurande, so ist seinen Äußerungen zu Günter Mittag wohl kaum zuzustimmen – wenn auch einzuräumen ist, daß in seiner primär subjektiv-psychologischen Darlegungsweise die subjektive Sicht eben das Bild prägt. Dennoch bleibt unverstänlich, daß er das Buch von G. Mittag: »Um jeden Preis« (Aufbau-Verlag Berlin/Weimar 1991) heute mit den Worten würdigt: »Mindestens zwei Drittel seines Buches halte ich für wertvoll...« Kurz nach dem Erscheinen eben dieses Buches sagte er jedoch: »Ich kenne kein Buch in der Memoirenliteratur ehemaliger Parteifunktionäre, das verlogener wäre.«

Sicher sind das zum Ausdruck gebrachte Pietätsgefühl und die subjektive Befangenheit Gründe für die generell sanfte Behandlung Mittags durch Schürer, die aber der objektiven Rolle Mittags keineswegs gerecht wird. Er

möchte den Eindruck vermeiden, er wolle eine Konterattacke gegen Mittags Buch führen, »da dieser sich ja nicht mehr wehren kann«. (??) (Was er übrigens für Honecker nicht gelten läßt – vgl. dazu S. 133). Aber, das ist hier einzuwenden: Man darf die historische Wahrheit niemals hintanstellen, nicht aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit – und genauso wenig aus Gründen der Pietät, Sentimentalität u.ä. (letzteres bestimmt ihn hier offensichtlich).

So aber beschränkt er sich »auf eine ausführliche Charakteristik der Persönlichkeit Günter Mittags und seiner Handlungsweise« – und geht auch verbal nicht zimperlich mit ihm um. Mittags Behauptung, die von ihm geleitete Wirtschaftskommission hätte nichts zu sagen gehabt, kennzeichnet er als eine »infame Lüge«. Er sagt, daß er Leute »schikanieren, beleidigen und heruntermachen« konnte und daß Mittag »seinem Wesen nach« ein »intragierendes Organisationsgenie« war (S. 137/38). Aber bedenklich ist schon die Aussage: »Oft waren Mittags Ideen richtig, aber sein extremes Denken ließen diese sehr oft zum Unsinn verkommen.« Dazu werden Beispiele angeführt, nach denen Mittag »gute Ideen« in derartigen Ausmaßen durchzudrücken pflegte, die »für die DDR-Wirtschaft kommerzieller Wahnsinn« waren. (S. 138) Diese Beispiele kann man leicht um etliche weitere vermehren.

»Gut« waren die jeweiligen Einstiegsideen zu konkreten Projekten der »strukturbestimmenden« Investitionen, zur Kombinatbildung, zur Erdölablösung, zum Übergang auf Hochtechnologien mit Erzeugung und Nutzung der Mikroelektronik etc. schon, aber die Ausmaße, Tempi und Methoden ihres praktischen Durchdrückens waren jeweils für die DDR nachweislich ruinös – und je weiter auf der Karriere-Leiter Mittags, um so tiefer und nachhaltiger ruinös. Das ist bekannt – aber, wieso kann man dann die Frage umgehen, ob Mittag diese sich jahrelang hinziehenden verderblichen Wirkungen nicht gesehen und bemerkt haben muß? Das insbesondere, wenn man (wie Schürer tut) dem Mittag Intelligenz, Fleiß und Agilität bescheinigt (was ja alles zutreffend ist).

Hier zeigt sich die Grenze des persönlich-subjektiven Schreibens von Geschichte. Das

erst recht in den merkwürdigen (evtl. naiven) Erwartungen Schürers, Mittag hätte sicherlich »mit dazu beitragen können, gegen die pauschalisierenden Einschätzungen, daß die DDR ein verbrecherischer Staat mit maroder Wirtschaft gewesen sei, aufzutreten und damit das Land mit all seinen Widersprüchen so zu zeigen, wie es wirklich war.« (S. 138) »Mittag habe 1990 sein Buch in verbitterter Stimmung aufgeschrieben«. (S. 136) Und dann noch: »Damit verpaßte leider Günter Mittag die Chance, Bleibendes zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR beizutragen.« (S. 139)

Wie kann man heute noch solche Erwartungen hegen? Dagegen sprechen nicht nur der tatsächliche Ablauf, die Inhalte und Methoden des Wirkens Mittags als SED-Spitzenpolitiker in den letzten drei Jahrzehnten der DDR, genau so aber auch die Lektüre des hier erwähnten Buches von Mittag – mit den darin enthaltenen ganz offenen Bekenntnissen zu seinen (wahren) Auffassungen und Bestrebungen, z.T. ausdrücklich bis zu den sechziger Jahren zurückgehend. Die Gesamttenenz dieses Buches ist doch eindeutig: nicht nur persönliche Reinwaschung zu sein, sondern auch klare Absage an seine vorher mit aller Härte vertretenen und verfochtenen Positionen »des Sozialismus«, einschließlich seiner Offenbarung, daß er diesem schon lange kaum noch Chancen gegeben hat. In einem Punkte bezüglich Mittag hat Schürer allerdings recht: Der Mittag war nicht der Totengräber der DDR (wie der Titel eines sehr merkwürdigen Buches eines jahrzehntelangen Mitarbeiters von Mittag behauptet). Solches behaupten, heiße Mittag extrem überschätzen und die DDR erheblich unterschätzen. K.H. Janson, der Autor jenes Buches, wird allerdings schon selber wissen, warum er im Sommer 1991, den allgemein nur als Scharfmacher für das SED-System bekannten Mittag so kraß der Schädlingarbeit gegen das nämliche System bezichtigte.

Schürers weitere Aussagen zu den Persönlichkeiten, Positionen und Geschehnissen der Welt dieses Sozialismus sollen hier nicht weiter besprochen werden. Sie sind allesamt lesenswert, da sie zumindest nähere Kenntnisse über sonst nur dem Namen nach Bekanntes bringen, zum Teil auch Hintergrund-Zusammenhänge aufhellen und außerdem in unter-

haltsamer Weise mit sympathischen Wertungen geschrieben sind. Daß Schürer dabei weniger auf tiefeschürfende Untersuchungen Wert legt, als auf sein persönliches Erleben und deren ehrliches Bilanzieren, wurde schon gesagt, muß aber wohl als seine Art der Vergangenheitsbewältigung akzeptiert werden.

Dennoch ist eines aus dem Schlußteil des Buches besonders hervorzuheben. Das sind die Vorgänge in der Spitze während der Endphase des SED-Regimes. Es ist irgendwie niederschmetternd, wenn man so gedrängt vorgeführt bekommt, wie in den achtziger Jahren im Politbüro eine Gruppierung neben jeweils anderen sich ergebnislos zu verständigen versucht hat, wie man Honecker »absägen« und den Kurs ändern könne. Da erscheinen – aber handeln nicht – Stoph und Neumann, Krenz, Felfe und Schürer, selbst Mielke und Krolikowski usw. usf. – und wie bekannt reklamieren auch Schabowski und sogar Mittag für sich solche Bestrebungen. – Hierzu bleibt nur zu vermerken, daß das Ganze eben auch als ein »Markenzeichen« der Führung eines solchen Systems gewertet werden muß.

HERBERT WOLF

Hermann Scheer:

Zurück zur Politik.

Die archimedische Wende
gegen den Zerfall der Demokratie,
Piper München 1995,
238 S. (29,80 DM)

Hermann Scheer (geb. 1944) ist seit 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD). Der vorliegende Band ist nach »Parteien kontra Bürger« (1979) und »Sonnen-Strategie« (1993) das dritte umfangreiche Buch des Politikers. Scheers Ausgangsfrage lautet: Wo liegen die archimedischen Punkte, an denen gegen die Schwerkraft der gesellschaftlichen Entwicklungen Hebel angesetzt werden können? Denn: Die Notwendigkeit, Alternativen zu finden, werde objektiv immer deutlicher. Von den »tragenden Subjekten in der dominierenden Hemisphäre des Erdballs« würden sie aber »verleugnet«. »In ihren äußeren Erscheinungsformen sind die Krisen erkannt,

aber die Entscheidungseliten verdrängen die Ursachen aus ihrem Bewußtsein.« (S. 15)

Im ersten Kapitel kritisiert Scheer die dominierende Politik in den heutigen kapitalistischen Industriegesellschaften grundsätzlich als »westlichen Fundamentalismus«. Spätestens mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation habe der Westen die Chance gehabt, die alten Pfade zu verlassen; statt dessen entwickelt er einen »Fundamentalismus eigener Art«. Die politische und wirtschaftliche Ordnung halte er – nicht im Detail, aber aufs Ganze betrachtet – mittlerweile für unfehlbar. (S. 22) Alles, was eine tragfähige Entwicklung ausmache, weiche den Erfordernissen des globalen Wirtschaftskrieges: »Demokratische Staatsformen, die gerechte Verteilung wirtschaftlicher Erträge, Solidarität als Lebensform, kulturelle Errungenschaften, ökologische Vorsorge«. (S. 24) Eine internationale Friedensordnung, die die Belange der anderen berücksichtigt, werde zugunsten des Ausbaus eines westlichen Hochsicherheitstrakts vernachlässigt. Dort entwickle sich eine Festungsmentalität, die ausgeprägter als zu Zeiten des Ost-West-Konflikts sei.

Die grundlegenden Vorschläge Scheers, um die Krise des Wohlfahrtsstaates zu überwinden, sind nicht neu, aber immer noch zutreffend: Die Akteure müßten

»– eine grundlegende Strukturreform einleiten, die die öffentlichen Leistungen sozial produktiver macht;

– die Produktionsweise so verändern, daß die kostspieligen Folgeschäden einer ökologisch blinden Wachstumsgesellschaft vermieden werden und damit öffentliche Kosten zur Behebung dieser Schäden eingespart werden können;

– den Schritt in eine gerechtere Umverteilung wagen, worauf man bisher verzichtet hat, um Konflikten mit etablierten Interessen möglichst aus dem Weg zu gehen oder diese zu entschärfen.« (S. 55)

Der zweite Teil des Buches trägt die Überschrift: »Die Auflösung des Politischen«. Statt daß die Parteien der klassischen sozialen Bewegung Zulauf erhielten, seien sie ideologisch überwiegend in der Defensive, stagnierten oder verlören sogar an Rückhalt. (S. 91) Die allgemeine Parteienaversion werde zum Dauerzustand. (S. 99) Scheer diagnostiziert

zudem eine »Medienfalle«. Die moderne Medienwelt brauche mediengerechte Stars. »Um einmal bekanntgewordene und bekanntgemachte Personen dreht sich alles, immer weniger um politische Probleme und Ideen.« (S. 113) Die Reduktion des Politischen auf einen Personenwettbewerb führt dazu, daß Politik durch einen Spitzenkandidatenkult ersetzt werde, mit dem die Parteien nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch sich selbst entpolitisieren würden. (S. 116) Die Mechanismen einer selbstauferlegten Medienhörigkeit würden demokratische Beteiligungswünsche abstoßen. »Sie entfremden gerade politisch Interessierte von der Politik, wodurch die Parteien allmählich die potentiellen Aktivisten in der Bevölkerung verlieren.« (Ebenda)

Seine eigenen Alternativvorstellungen entwickelt Scheer im dritten Teil seines Buches. Schon die Überschrift »Der sozialökologische Gesellschaftsvertrag« zielt auf eine grundlegend andere Verfaßtheit der Gesellschaft. Der Vorrang der ökonomischen vor den elementaren ökologischen Interessen sei es, der die Menschheit in den Abgrund treibe. Somit werde die Überwindung dieses Gegensatzes zur entscheidenden Frage der politischen Neuformierung, die auf einen sozialökologischen Gesellschaftsvertrag abzielen müsse – als kategorischer Imperativ politischen Handelns.

Besonders interessant ist Scheers Sicht auf das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie: »Daß der Umweltschutz in der ›Wirtschaft‹ zweitrangig bleibt – weil man ihn als wirtschaftliche Belastung ansieht –, ist die folgerichtige Konsequenz einer dualistischen Betrachtung von Ökologie und Ökonomie. Deshalb wird die unökologische Ökonomie so lange dominieren, wie man sie nur ›ökologisch verträglicher‹ machen will...« (S. 165) Ein ökologisches Wirtschaftssystem sei keines, in dem es lediglich um einen faulen Kompromiß zwischen Ökologie und Ökonomie gehe – und zwar auf der gleichen Energie- und Rohstoffbasis von heute, »nur eben kanalisiert und effizienter genutzt«. Die Natur müsse zum Sinn und Zweck der Wirtschaftsweise werden. Folgerichtig sieht Scheer die Industrie als entscheidenden Ort einer ökologischen Reorganisation.

Die Abgrenzung gegenüber einem »ökolo-

gisch begründete(n) Lebensstilrigorismus, der sich meist über moralische Appelle vermittelt« und Ängste bei denjenigen schüre, »die nicht sehen, wie sie diesen Anspruch mit einem wirtschaftlichen Erwerbsleben vereinbaren sollen«, bleibt aber eher vage und nicht überzeugend.

Scheer wendet sich dann vorrangig der Energie- und Rohstofffrage zu. Das industrielle Wachstum auf herkömmlicher Energie- und Rohstoffbasis rufe unvermeidlich Verfügbarkeitskonflikte in rasantem Tempo in der Welt hervor. Er sieht nur eine Alternative: die Energiebasis auf die Sonnenkraft und Wind umzustellen. Neben der erneuerbaren Energie gehe es um erneuerbare Rohstoffe. Dies sei das zweite Basiselement einer neuen Ökonomie. (S. 172)

Zum Schluß des Buches geht der Autor auf die »Handlungsfelder der archimedischen Wende« ein. Drei Punkte bezeichnet er als die »Drehbühnen der archimedischen Wende«:

weltwirtschaftliche Märkteordnung als Alternative zur globalökonomischen Gleichmacherei, die weder die ökologischen noch die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Weltgesellschaft berücksichtigt;

weitgehende Entflechtung wirtschaftlicher Machtstrukturen, um sowohl eine funktionsfähige Marktwirtschaft als auch die notwendigen öffentlichen Regulierungen zu ermöglichen;

demokratieorientierte Entflechtung politischer Institutionen und privater Medienmacht, um elementar notwendige Staatsfunktionen zu verbessern und demokratische Spielräume zu erweitern. (S. 192)

Ausgehend von diesen grundlegenden Richtungsänderungen schlägt Scheer eine ganze Anzahl von Maßnahmen vor, um dies politisch umzusetzen. So tritt er u. a. für einen »ökologischen und sozialen Protektionismus« ein. (Vorrang internationaler Umweltschutz- und Arbeitsschutzregeln; Produktion in Binnenmärkten; internationale Investitionsfreiheit statt uneingeschränkter Handelsfreiheit; Zollsätze nach Arbeits- und Umweltstandards; Internationale Sozial- und Umweltschutzgerichte; Besteuerung von Devisengeschäften). Bei der Neuregelung der Finanzierung der Sozialversicherung schlägt Scheer eine Klima- und Gesundheitsschutzabgabe statt

höherer Steuern für herkömmliche Energien vor. Die Krankenkassenbeiträge sollten dann gesenkt werden. (S. 198) Wenn ein ökologisches Produkt genauso kostengünstig hergestellt wird, wie ein herkömmliches, sind Genehmigungsverbote für letzteres ein Gebot der öffentlichen Moral. (S. 199) Statt die Gesamtarbeitszeit zu verkürzen, sei es besser, die Arbeitsplätze mit längeren Pausenregelungen zu humanisieren, damit die Kommunikation verbessert wird... (S. 202)

Der Autor meint, daß »ohne politische Konflikte auszutragen, Alternativen nicht realisiert« werden können. Die Zielperspektive müsse konsequent vertreten werden. Für Klein-Klein-Konzepte, für Minimalreformen entsteht keine kraftvolle und anhaltende Bewegung in der Gesellschaft. Aktives politisches Engagement werde immer auch unterschiedliche Betreiber haben: Lotsen, Kreuzer und Begleitschiffe. Lotsen sind diejenigen, die das Eis brechen (jeder einzelne angesprochen). Kreuzer seien die Parteien. Diese werden zu Geisterschiffen, wenn sie Macht demonstrieren, ohne ein rettendes Ziel zu haben. »Sind die Kreuzer aber definitiv manövrierunfähig, dann müssen die, die nicht aufgeben wollen, neue bauen.« (S. 232)

Fazit: Das neue Buch von Hermann Scheer geht von einem radikalreformerischen Ansatz (vor allem in ökologischen Fragen) aus und übt grundlegende Kritik an den westlichen Gesellschaften. Er vertritt somit Positionen, die weitab vom sozialdemokratischen Mainstream liegen. Der Autor verliert sich nicht in allgemeinen Krisenszenarien. Er unterbreitet auch konkrete politische Alternativvorstellungen, die sicher nicht in der SPD dominant werden, aber als wichtiger Impuls für radikalreformerische Kräfte dienen können.

HORST DIETZEL

Peter Bender:

Die »Neue Ostpolitik«
und ihre Folgen.

Vom Mauerbau bis zur Vereinigung
(Reihe: Deutsche Geschichte der
neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert
bis zur Gegenwart, herausgegeben
von Martin Broszat, Wolfgang Benz
und Hermann Graml in Verbindung
mit dem Institut für Zeitgeschichte,
München),

Deutscher Taschenbuch Verlag
München, 3. überarbeitete und
erweiterte Neuauflage 1995,
370 S. (14,90 DM)

Heinrich Potthoff:

Die »Koalition der Vernunft«.
Deutschlandpolitik in den
80er Jahren,

Deutscher Taschenbuch Verlag
München 1995,
1030 S. (49,00 DM)

Nicht nur ostdeutsche Wissenschaftler und Beobachter bemängeln das einseitige Profil der Bundestags-Enquete-Kommission zur »SED-Diktatur«. Sie hat nicht allein die DDR als »Unrechtsregime« abgestempelt, sondern zugleich alle verständigen Versuche altbundesdeutschen Umgehens mit der DDR abgewertet. Um so erfreulicher ist es, auf zwei Publikationen zu verweisen, die aus Experten bzw. Anhörungen für diese Kommission hervorgingen. Ihre Verfasser sind Peter Bender, ein sich bereits in den sechziger Jahren engagiert für die DDR-Anerkennung und eine neue Ostpolitik einsetzender Publizist, und Heinrich Potthoff, langjähriger stellvertretender Vorsitzender des Historischen Kommission der SPD. Beide wenden sich nachdrücklich gegen Versuche des Umschreibens von Geschichte aus Sicht der konservativen »Sieger der Geschichte«.

Bender hat in seinem 1986 erstmals erschienenen Standardwerk zur Ostpolitik deren Geschichte umfassend und aus eigener Einsicht geschrieben. Als mitlebender und

handelnder Zeithistoriker ist er im Vorteil, denn »er hat im Gefühl und ›weiß‹ ..., wie sich das Klima der fünfziger, der sechziger und der siebziger Jahre unterschied und was wann denkbar, aussprechbar und möglich war«. (Bender/S. 325) Die Fortschreibung seines Buches in die Zeit der Regierungen Kohl korrespondiert mit seiner Stellungnahme vor der Enquete-Kommission. Nachdrücklich erinnert Bender an die fünfziger Jahre, in denen Todfeindschaft mit dem Osten bestimmend war. »Der Antikommunismus näherte sich an Rigorosität dem Kommunismus, die Verteidigung drohte zu gefährden, was verteidigt werden sollte.« (Ebd., S. 20) Er zeigt den sich zu Beginn der sechziger Jahre vor dem Hintergrund von Berlin-Krise, Mauerbau und Kuba-Krise abzeichnenden Wandel, in dem die westlichen Verbündeten ihren westdeutschen Partnern klar machten, daß sie keinen Kernwaffenkrieg für Deutschland oder Westberlin zu führen gedachten. (Ebd., S. 65, 72) Inspiriert von Kennedy entwickelten Brandt und Bahr Ansätze einer flexibleren Ostpolitik, die auf das Wirken der Entspannung setzte, über deren Zweischneidigkeit für beide Seiten sie sich im klaren waren: »Sie minderte die Bedrohung durch Raketen und Soldaten, aber schuf neue Gefahren durch Verlockung und Verführung.« (Ebd., S. 84) Dabei erinnert Bender daran, daß »die Ostverträge der Regierung Brandt/Scheel ... nicht Neues geschaffen, aber Neues ermöglicht (haben)«. (Ebd., S. 207) Es konnte nun gesamteuropäische Politik betrieben werden, es gab die Chance für die grenz- und systemüberschreitende Interessenrealisierung von »Nachbarn«. Dieser Sichtweise konnte sich die »Wende«-Regierung Kohl nicht entziehen, zumal der neue Kanzler in seinem Panzerschrank damit ein fertiges Konzept vorfand. Schon in den siebziger Jahren war der Widerstand der Unionsfraktion gegen die Ostpolitik »meist unter dem Niveau ihrer eigenen Einsicht« geführt worden. (Ebd., S. 202) Gleichzeitig begannen die Christdemokraten selbst eine Nebenaußenpolitik gegenüber dem Ostblock.

Potthoff steigt genau an diesem Punkt ein, indem er 86 Treffen bundesdeutscher Politiker mit Erich Honecker dokumentiert. Leider weist er nicht die schon früheren Erstveröffentlichungen mancher Protokolle, besonders

auch der Telefonate Honecker – Kohl aus. Besonders interessant und pikant ist es, daß er dabei DDR- und BRD-Protokolle nebeneinander legt und auch dann der nackte Kaiser nackt bleibt! Denn hier findet sich solch freundlicher Satz Helmut Kohls von 1983 an Honecker wie: »Sie sprechen hier mit einem Mann, der nichts unternehmen wird, um Sie in eine ungute Lage zu bringen.« (Potthoff/S. 234) Oder, wenn Bernhard Vogel 1988 seinem Gesprächspartner beteuert: »Eine stabile DDR unter Ihrer Führung ist der beste Weg zur Fortsetzung des eingeschlagenen Kurses in den Beziehungen.« (Ebd., S. 750)

Verständlich, daß dies nach 1989 keiner mehr wahrhaben will, obwohl es bei den Gesprächen zwischen den deutschen Staaten für beide um handfeste Interessen ging. Strauß war in diesen Einsichten der Union weit voraus: »Unser gemeinsames Interesse ist es, nicht Opfer eines Krieges zu werden, der alle weiteren Überlegungen überflüssig machen würde ... Wir wollen die DDR weder integrieren noch bekriegen noch aus der Welt schaffen... Alles andere werde in einem evolutionären Prozeß entschieden, in dem sich die Welt befinde.« (Ebd., S. 146) Unübersehbar wollten beide Seiten, besonders die westdeutschen Länder-Ministerpräsidenten von SPD wie CDU, den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zum Nutz und Frommen ihrer eigenen Ländle. Gleichzeitig haben ost- und westdeutsche Politiker angesichts der neuen Runde des Wettrüstens begriffen, daß beide Staaten »gemeinsame Sicherheitsinteressen« auch gegenüber ihren Hauptverbündeten besitzen, wie Dregger 1988 hervorhob. (Ebd., S. 795) Die Gefahr, erste Opfer eines Nuklearkrieges zu werden, war zu groß. Hier liegt die staatsmännische Leistung Honeckers, dies seinen westdeutschen Partnern immer wieder bewußt gemacht zu haben und von ihnen akzeptiert zu werden. In dem Moment, da die neue sowjetische Führung unter Gorbatschow diese Gefahren begriff und weitgehende praktische Schritte zur Abrüstung einleitete, war jedoch die Sonderrolle Honeckers obsolet.

Außerhalb der Wirtschaftsfragen, aber oft mit ihnen verknüpft, liegt das Problem der von der DDR gewünschten vollen Anerkennung, wie sie Honecker zugespitzt 1980

in Gera gefordert hatte. Genau hier gelangen ihm aber keine substantiellen Fortschritte. Pothoff resümiert: »Trotz einzelner Aufweichungserscheinungen (Salzgitter) wurde die Kernsubstanz (Staatsbürgerschaft) von der Bundesrepublik nicht preisgegeben und bewahrt.« (Ebd., S. 84) Vielfach konnte Honecker nur kleinlich um Millionenbeträge schachern und durch großzügige Gesten eines Landesfürsten versuchen, kleinere Zugeständnisse zu erhalten. Gelegentlich erwies er sich dabei, so in der Frage Postpauschale 1983, noch als schlechter Händler. Offiziell forderte die DDR damals 600 Mio DM, Honecker sprach gegenüber Schmidt lachend davon, daß »die Hälfte davon ... angemessen (sei)«. Erhalten hat die DDR dann 200 Mio DM. (Ebd., S. 174)

Die Zusammenarbeit mit der CDU war gut, als konservative Partei konnte sie weit beweglicher als die SPD agieren. Trotzdem wünschte die DDR, wieder die SPD in der Regierung zu sehen. In vielen Fällen gab es regelrechte Abstimmungen zwischen DDR und SPD hinsichtlich politischer Schritte. So wollte Lafontaine noch vor der Bundestagswahl 1987 »gemeinsam Vorstellungen entwickeln..., welche Vereinbarungen eine von der SPD geführte Regierung mit der DDR anstreben sollte«. (Ebd., S. 667) Gleichzeitig rechtfertigte er kritische Töne gegenüber der DDR mit reinem Pragmatismus: »Ein gutes Verhältnis zur DDR-Führung sei nur bei einem Image in der BRD möglich, daß es kein unkritisches Verhältnis ist.« (Ebd., S. 809)

Deutlich wird in den Dokumenten die funktionierende Arbeitsteilung zwischen Regierung und Opposition, besonders in den nüchternen, sach- wie ergebnisorientierten Verhandlungen Hans-Jochen Vogels. Die schon von Timothy Garton Ash aufgeworfene Frage, »ob zu diesem Zeitpunkt nicht eine eindeutigere Politik, die innere Reformen in der DDR klarer abmahnt, Dissidenten nicht entmutigt, die Achtung der Menschenrechte stärker akzentuiert und mit den finanziellen Leistungen der Bundesrepublik verknüpft hätte, möglich und angemessen wäre« läßt Pothoff offen. Daß sie nicht gestellt wird, ergibt sich sicher nicht allein aus der ablehnenden Haltung Honeckers zu Reformen und »Perestrojka« seit 1988. Warum aber sollte der

Westen überhaupt erfolgreiche Reformen für einen besseren Sozialismus wollen? Mehr Reisen, mehr Informationen, mehr Einfluß ja. Aber sonst?

STEFAN BOLLINGER

Erwin Geschonnek:
Meine unruhigen Jahre.
 Lebenserinnerungen
 (Hrsg. von Günter Agde),
 Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin,
 2. Erweiterte Auflage 1995,
 374 S. (16,90 DM)

Erwin Geschonnek, der große, alte Mann des Theaters und des Films, ist den Ostdeutschen seit Jahrzehnten gut bekannt. Jene Westdeutschen, die vielleicht noch nichts von ihm gehört haben, sollten dieses Buch lesen: Wie er sein unruhiges, schweres und reiches Leben beschreibt, läßt keinen Zweifel daran, daß sich seine überzeugende Kunst aus seinem kämpferischen Leben speist, daß er so zum Nachdenken, Parteiergreifen und Verstehenwollen anregt. Die bemerkenswerte Resonanz dieser Biographie eines Kommunisten schon in den achtziger Jahren in der DDR resultierte aus seiner – im Gegensatz zu einer die Widersprüche glättenden Geschichtsbetrachtung in der publizistischen und politischen Öffentlichkeit stehenden – individuellen Sicht auf die historischen Zusammenhänge in diesem Jahrhundert. Diese Ausgabe bekennt sich zu dem aus heutiger Sicht teilweise fremd anmutenden Stil einer DDR-typischen Sprache als Dokument des ständigen Ringens mit der Zensur um das Erscheinen dieser Biographie. Zum Vergleich ist die Urfassung des Manuskripts über die Jahre 1933-39 im Anhang aufgenommen. Bemerkenswertes und spannendes Zeugnis des Tabubruches ist sein Interview mit Thomas Heise über seine Erlebnisse im KZ, das 1987 verboten und erst 1989 gesendet wurde. Außerdem: seine Rede auf dem V. Kongreß des Verbandes der Film- und Fernseherschaffenden 1988 sowie der Briefwechsel mit seinem Freund Erwin Strittmatter (1982, 1985).

MARION KUNZE

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten vorzugshalber darum, die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere AutorInnen, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15

Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1:5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der AutorIn(nen)/HerausgeberIn(nen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN
(V.i.S.d.P.), MARION KUNZE, ARNOLD SCHÖLZEL,
JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber.:

Förderverein Konkrete Utopien e.V. unter Vorsitz
von GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Geschäftsführerin: RUTH KAMPA
Verlagsleiterin: MONIKA NOACK

Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030-24009-561)

Druck: Tribüne Druck GmbH,

Am Treptower Park 28, 12435 Berlin
Vertrieb: ASGmbH, Körnerstr. 26a,
13156 Berlin (Tel.: 030-4764527)

Einzelverkaufspreis: DM 7,50

Jahresabonnement (incl. Versand):